

Bevölkerungsschutz

4|2012

www.bbk.bund.de 

Risikokommunikation





Liebe Leserinnen und Leser,

„Information“ und „Kommunikation“ sind zu den herausragenden Markenzeichen der heutigen globalisierten Gesellschaft und das Internet sowie das Smartphone zu deren wichtigsten Symbolen geworden. Die



Welt telefoniert, mailt, simst, twittert, googelt und bezieht tagesaktuelle Informationen zunehmend aus dem Cyberraum und dem schnellen Austausch via „Social Media“. Diesen Veränderungen muss sich auch der Bevölkerungsschutz im Zuge der Fortentwicklung der Risiko- und Krisenkommunikation stellen. Die Anforderungen an eine wirkungsvolle Risiko- und

Krisenkommunikation sind durch die modernen Medien und Instrumente gewaltig gewachsen. Neben den Chancen, die „Social Media“ für eine schnelle und zielgerichtete Information im Katastrophen- oder Krisenfall bieten können, sind aber auch ihre Risiken nicht außer Acht zu lassen. Ein besonders brisantes Beispiel ist die Flucht von mehreren Tausend Indern am 19. August 2012 aufgrund von gefakten Meldungen über angebliche Massaker via Twitter, Youtube, Facebook und SMS in Bangalore. Kurze Zeit später kursierte erstmals der Begriff der „Cyber-Panik“ im Netz. Für die Gefahrenabwehrbehörden ist es mit Blick auf mögliche eintretende Schadenslagen, Krisen oder Katastrophen von entscheidender Bedeutung, frühzeitig effektive Strukturen einer umfassenden Risikokommunikation etabliert zu haben, auf die im Ereignisfall eine gut geübte Krisenkommunikation nahtlos aufbauen kann. Bei den Überlegungen dazu muss der „Faktor Mensch“ im Mittelpunkt stehen. Perfekte Informations- und Kommunikationstechnik ist für eine wirkungsvolle Risiko- und Krisenkommunikation nur ein Teilaspekt. Kommunikation gerade mit Bezug auf Risiken oder drohende bzw. eingetretene Katastrophen hat, wenn sie erfolgreich sein will, zwingend die Grundregeln der Kommunikationstheorie zu befolgen. Kommunikation wird gerade in der Behördenwelt leider immer noch zu oft

als einseitige Übertragung von Informationen von einem „Sender“ an einen „Empfänger“ begriffen. Dabei wird übersehen, dass Kommunikation immer einen prozesshaften Charakter besitzt: der „Empfänger“ einer kommunizierten Botschaft empfängt eben nicht nur passiv, sondern rekonstruiert aktiv die Mitteilungen des „Senders“ mit seinen eigenen kognitiven Werkzeugen. Das Ergebnis kann ein Einverständnis, ein Unverständnis oder auch ein Missverständnis sein. Gerade im Bereich der Risiko- und Krisenkommunikation spielen kommunikationspsychologische Faktoren eine große Rolle. So können Aussagen gegenüber den Medien, die sich auf reale oder fiktive Katastrophenbeispiele aus der Vergangenheit beziehen und im falschen Kontext vorgetragen werden, zu völlig gegenteiligen Wirkungen führen; so geschehen 1979 beim Beinahe-GAU des Kraftwerkes Harrisburg / USA. Eine sogenannte „unglückliche Assoziation“ des Pressesprechers mit dem Katastrophenfilm „Das China-Syndrom“ führte damals zur Massenflucht aus der betroffenen Region. Was bereits vor Jahrzehnten zum Problem werden konnte, wird durch die neuen Medien und deren Übertragungsgeschwindigkeiten und Erreichungsgrade um das X-fache potenziert. Der inhaltliche Schwerpunkt in unserem Magazin beschäftigt sich diesmal mit ausgewählten Themen rund um die Risiko- und Krisenkommunikation im Bevölkerungsschutz.

Ich wünsche Ihnen eine informative und anregende Lektüre!

Ihr

Dr. Wolfram Geier

RISIKOKOMMUNIKATION

Behördliche Risikokommunikation	2
Grenzüberschreitende Risikokommunikation	6
Risiko Hochwasser Erfahrungen aus dem BMBF-Projekt IMRA	10
Risikokommunikation Naturgefahren Praxiskoffer Risikodialog der Nationalen Plattform Naturgefahren in der Schweiz	15
Von der Information zum Diskurs	18

KRITIS

Trinkwassernotversorgung Betrieb eines Bundes-Notbrunnens in Darmstadt	23
Wendemanöver Die angepeilte Energiewende birgt Herausforderungen für die Elektrizitätsversorgung	26

KRISENMANAGEMENT

Aufgabenorientierte Lagedarstellung für operativ-taktische Stäbe	30
--	----

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund	36
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	38
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	40
Deutscher Feuerwehrverband	42
Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge	43
Deutsches Rotes Kreuz	46
Johanniter-Unfall-Hilfe	47
Malteser Hilfsdienst	49
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	50

RUBRIKEN

Nachrichten	53
Impressum	56

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	57
--------------------------------	----



„Kommunikation (lateinisch communicare „mitteilen“) ist der Austausch oder die Übertragung von Informationen. „Information“ ist in diesem Zusammenhang eine zusammenfassende Bezeichnung für Wissen, Erkenntnis oder Erfahrung. Mit „Austausch“ ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen gemeint. „Übertragung“ ist die Beschreibung dafür, dass dabei Distanzen überwunden werden können, oder es ist eine Vorstellung gemeint, dass Gedanken, Vorstellungen, Meinungen und anderes ein Individuum „verlassen“ und in ein anderes „hinein gelangen“. Dies ist eine bestimmte Sichtweise und metaphorische Beschreibung für den Alltag. Bei genaueren Beschreibungen des Phänomens Kommunikation wird die Anwendung dieser Metapher zunehmend schwieriger.“ (Wikipedia)
 Insbesondere die Risikokommunikation stellt Ansprüche an alle Beteiligten, einige Ziele sind hochgesteckt. Probleme, Möglichkeiten, Aussichten S. 2 bis S. 22.
 (Bild: Marion Wagner / pixelio)



Das Wassersicherstellungsgesetz regelt Bau und Vorhaltung von Brunnenanlagen. Praktische Erfahrungen mit der Inbetriebnahme gibt es aber kaum. Im August gab es eine Übung in Darmstadt (S.23).
 (Foto: Rönnfeldt)

Behördliche Risikokommunikation

Hans-Peter Weinheimer

„Aktuell ist der Wald erst, wenn er stirbt“¹

Als in Deutschland Jodtabletten gehortet und Geigerzähler ausverkauft waren, weil im 9000 Kilometer entfernten Fukushima eine radiologische Katastrophe stattgefunden hatte, wurde wieder einmal deutlich, dass die Menschen mit den Bildern katastrophaler Ereignisse weitgehend alleine gelas-



Häufig sind Bilder und Nachrichten eher geeignet zu emotionalisieren als sachlich zu informieren. (Foto: M. Hemsdorf/pixelio)

sen werden. Der Berichterstattung fehlt häufig die erforderliche Differenzierung, die Ursache und Wirkung für die Menschen verständlich aufbereitet. So verwundert es nicht, wenn bei der Berichterstattung über die Ereignisse in Japan im März 2011 Tausende von Toten durch Erdbeben und Tsunami hinter die Havarie der Kernkraftwerksblöcke in Fukushima weit zurücktraten, und damit die Wahrnehmung der Menschen auf die Risiken und Gefahren der

Kernenergie gelenkt wurden, ohne jedoch deren komplexe Wirkungszusammenhänge wirklich zu erklären. Im Gegenteil, die Bilder, die uns aus Japan erreichten, waren eher dazu geeignet zu emotionalisieren, statt sachlich zu informieren. Die Bevölkerung kennt so die Risiken nur oberflächlich und häufig – gerade bei radiologischen oder biologischen Szenaren – besitzen die Menschen daher nur diffuse Vorstellungen der Wirkungen.

Einer meist journalistisch zugespitzten und sehr plakativen Berichterstattung, insbesondere vieler Printmedien, steht ein wenig ausgeprägtes staatliches Kommunikationsverhalten gegenüber, das daher auch nicht als Regulativ wirksam werden kann. Dieser Mangel an Kommunikation, im Sinne von Erklärung und Offenlegung von Zusammenhängen, ist den zuständigen Behörden – insbesondere im Bevölkerungsschutz – durchaus bewusst. So wird immer wieder nach einem Ereignis, auch von staatlichen Stellen selbst, festgestellt, dass man es wieder einmal versäumt hat, bestehende Risiken anlassunabhängig, und damit vorsorgend, ausreichend mit den Bürgern kommuniziert zu haben. Die Beispiele sind bekannt: Vogelgrippe, Schweinegrippe und zuletzt Fukushima. Aber auch bereits Tschernobyl und Seveso waren Ereignisse, die als Risiken der Kernenergie und der chemischen Industrie durchaus bekannt waren und nicht vorsorgend kommuniziert worden sind. Wir sind extrem ereignisorientiert und sind es gewöhnt, als relativ katastrophenarmes Land sehr schnell – nicht zuletzt durch die Medien befördert – zur Tagesordnung zurückzukehren oder mit der nächsten Katastrophe, und sei sie noch so weit von uns entfernt, medienwirksam in einer Weise konfrontiert zu werden, die zwangsläufig bei den Menschen dann allzu oft zu unangemessenen

¹ Thorbrietz, Petra: Ergebnis einer Untersuchung zum Waldsterben, 1986.

Schlussfolgerungen führen. So scheint es, mit Blick auf eine vorsorgende und erklärende Auseinandersetzung mit durchaus bekannten Risiken, so zu sein, dass im übertragenen Sinne tatsächlich erst der sterbende Wald das Interesse der Öffentlichkeit findet. Nur das Ereignis zählt, nicht aber das Risiko seines Eintritts. So bleibt in aller Regel die Vermittlung der Möglichkeiten, den durchaus bekannten Wirkungen vorsorgend entgegenzuwirken, aus.

Diese vorsorgliche Befassung, im Sinne von Aufklärung gegenüber den Bürgern, mit durchaus erkannten und auch in der Politik und in den Verwaltungen anerkannten Risiken, hat in unserem Land zu keiner Zeit in ausreichendem Maße stattgefunden und so können wir hier auch auf wenig Erfahrung zurückgreifen. Gleichwohl ist die Notwendigkeit einer anlassunabhängigen Kommunikation – also Risikokommunikation – zwischen Politik, Verwaltung und dem Bürger eine bereits seit vielen Jahren erkannte und angestrebte Zielsetzung staatlichen Handelns, auch im Bevölkerungsschutz. Dieses Ziel ist auch aktuell wieder ausdrücklich politisch gefordert und wissenschaftlich hinreichend begründet. Gleichwohl ist die Umsetzung in konkretes Verwaltungshandeln bisher nur rudimentär erfolgt.

Der Begriff Risikokommunikation

Der Wesenskern behördlicher Risikokommunikation wurde bereits vor mehr als fünfzehn Jahren sehr treffend formuliert. In einer Studie (Ruhmann/Kohring) von 1996 heißt es: „Hauptprodukt von Risikokommunikation sei nicht die Information selbst, sondern das Verhältnis, das durch sie erzeugt wird. In diesem Sinne geht es auch nicht um die einseitige Herstellung von Akzeptanz, sondern um ein beiderseitiges Vertrauensverhältnis.“

Hier wird also bereits die wesentliche Zielsetzung von Risikokommunikation auf den Punkt gebracht. Es muss vorrangig um die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen staatlichen Stellen und deren Repräsentanten und dem Bürger gehen. Hieraus sollte für das Verwaltungshandeln abgeleitet werden, dass Risikokommunikation nicht nur Informationsaustausch bedeutet, sondern vielmehr auch Dialog oder sogar im besten Falle ein Diskurs zwischen Behördenvertretern und Bürger.

Dieser Anspruch verlangt, dass die Information für den Bürger nicht nur bereitgestellt wird, sondern dass man ihn nachhaltig dazu bewegen muss, die angebotene Information, die auch behördliche Planungen einschließen muss, auch aufzunehmen. Eine solche Transparenz im behördlichen Handeln



Die meisten Naturrisiken (Sturmfluten, Erdbeben, Hochwasser, ...) sind der Bevölkerung durchaus bekannt; die Beschäftigung damit setzt allerdings meist erst bei Eintritt des Ereignisses ein.
(Foto: twingu / pixelio)

verlangt von den Akteuren ein Maß an Konflikt- und Kompromissbereitschaft, wie es bisher sicher nicht dem Selbstverständnis von Verwaltungshandeln entspricht. Man wird gegenüber dem Bürger ein Hinterfragen der offenzulegenden behördlichen Zielsetzungen und Absichten nicht nur zulassen, sondern sogar herausfordern müssen. Letztendlich muss akzeptiert werden, dass das Ergebnis eines solchen Diskurses mehr Klarheit ist und nicht unbedingt Einigkeit. Ein hoher Anspruch, der nur erfüllt werden kann, wenn man sich der Dimension dieses Paradigmenwechsels behördlichen Denkens und Handelns bewusst ist.

Politische Zielsetzungen und deren Begründung

Die Begründung für das Erfordernis behördlicher Risikokommunikation im Bevölkerungsschutz lautet kurzgefasst: Auch Deutschland kann für die Zukunft nicht ausschließen, dass es mit be-

deutschen Gefahren- und Schadenslagen konfrontiert wird, denen wir uns als Staat und Gesellschaft stellen müssen. Der Staat wird diese Aufgabe nicht alleine bewältigen können, daher bedarf es der stärkeren Inpflichtnahme des Bürgers. Es gilt daher, den Bürger davon zu überzeugen, dass er sich an der Sicherstellung seines eigenen Schutzes beteiligen muss. Das strategische Ziel lautet: „Vorbereitung der Gesellschaft/Bevölkerung auf aktuelle und künftige Herausforderungen“ (Bundesministerium des Innern [BMI] 2009). Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer sensiblen und differenzierten Risikokommunikation durch die zuständigen Behörden. Die überzeugende Zielformulierung des BMI hierzu lautet: „Entwicklung einer Kultur der Risikokommunikation auf allen Ebenen“. Diese Vorgabe macht sowohl die Dimension als auch den Anspruch staatlicher Risikokommunikation im föderal strukturierten Bevölkerungsschutz unmissverständlich deutlich.

Eine solche anlassunabhängige Kommunikation von Risiken – im oben dargestellten Sinne – ist ganz un-

zweifelhaft Voraussetzung für eine erfolgreiche Krisenkommunikation und darüber hinaus wird man nur mit diesem Prozess die Bereitschaft der Menschen zur Selbsthilfe wecken können. Auf dieser Grundlage kann dann vielleicht die Fähigkeit zur Selbsthilfe im Sinne einer notfallbezogenen Mündigkeit, die eine Selbstbestimmungs- und Solidaritätsfähigkeit einschließt (H. Karutz), erreicht werden.

Im Übrigen eine Zielsetzung, die wir in Deutschland über den Selbstschutzgedanken nie erreicht haben. Letztlich muss es, angesichts der Risiken und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, über die Risikokommunikation und das mit ihr verbundene Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und

seinem Staat gelingen, eine gesellschaftliche Resilienz aufzubauen. Dies bedeutet vor allem, neben dem Willen zum „Wiederaufbau“, die Bereitschaft und Fähigkeit der Gesellschaft, eine Katastrophe zu überwinden, ohne die rechtsstaatlichen Normen in Frage zu stellen.

Empfehlungen an das Verwaltungshandeln

Die folgenden ausgewählten Empfehlungen, die die Realisierung einer „Entwicklung der Kultur“ einer behördlichen Risikokommunikation unterstützen sollen, sind zum Teil der Broschüre „Standpunkt zivile Sicherheit – Behördliche Risikokommunikation im Bevölkerungsschutz“ entnommen. Der Autor hatte die Möglichkeit, mit einer Arbeitsgruppe beim Brandenburgischen Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS) in Potsdam das Thema Risikokommunikation zu untersuchen und mit Experten zu diskutieren. Das Ergebnis ist in der dargestellten Broschüre veröffentlicht und unter dem folgenden Link abrufbar: www.bigs-potsdam.org/index.php/de/projekte/risikokommunikation.

Der Arbeitsgruppe ging es vor allem um eine konzeptionelle Auseinandersetzung mit der staatlichen Zielsetzung und ihrer Überführung in Verwaltungshandeln im Bereich des Bevölkerungsschutzes. Von daher sind es die verwaltungsinternen Schritte auf allen Ebenen des föderalen Systems, die als Erstes in den Blick genommen wurden. Dies bedeutet, dass zunächst den potenziellen „Kommunikatoren“ in den Behörden die Aufgabe verdeutlicht werden muss. Ohne entsprechende Investition in einen solchen Prozess wird sich sicher kein Erfolg einstellen. Es gilt, das politische Ziel „Kultur einer Risikokommunikation“ in die Verwaltungen zu tragen. Es bedarf der überzeugenden persönlichen Vermittlung durch die Entscheidungsträger der politischen Gremien und der Ministerien. Priorität und Ernsthaftigkeit einer Aufgabe können nur so glaubhaft verdeutlicht werden. Hierzu gehört auch, dass für alle erkennbar eine der Aufgabe angemessene Ressourcenerstellung erfolgt.

Die durchaus bekannten und auch anerkannten Risiken, die kommuniziert werden sollen, müssen politisch bewertet und priorisiert festgelegt werden. Dabei bedarf es – wo immer möglich – einer Regionalisierung, da hier am ehesten Motivation und Ver-



ständnis beim Bürger zu erreichen sein werden. Der Umgang mit Risiken unterliegt prinzipiell einem staatlichen Regulierungsprozess. Er beinhaltet die Identifizierung von Risiken, die Risikobewertung und -analyse sowie die Auswahl der Maßnahmen zu Abwehr und Minimierung der Folgen, wenn sich die Risiken als konkrete Gefahren- und Schadenslage manifestieren. In diesem Prozess ist Risikokommunikation integraler Bestandteil. Dies bedeutet, dass in allen Phasen dieses Prozesses eine offene, erklärende und beteiligende Kommunikation mit dem Bürger erfolgen muss.

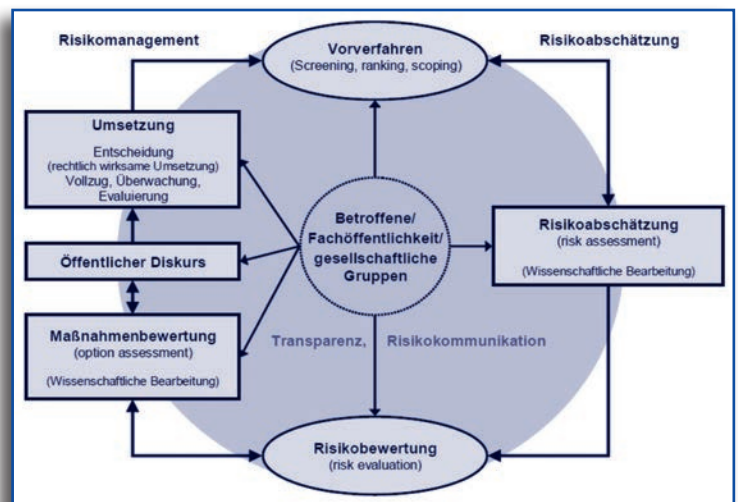
Diese Kommunikation – wo immer möglich diskursiv gestaltet – muss auf unterschiedlichen Plattformen, mit spezifischer Methodik erfolgen. Hierzu bedarf es strategischer Partnerschaften zwischen den Behörden und sonstigen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren (Medien, Industrie, Forschung/Lehre, Schulen und Verbände). Dieser Partner muss sich der Staat jedoch zum Teil erst noch versichern. Dies gilt insbesondere für die Zusammenarbeit mit den Medien, deren Selbstverständnis man kennen und respektieren muss.

Der Schwerpunkt behördlicher Risikokommunikation sollte, wie bereits angedeutet, bei den Kommunen liegen. Hier kann die notwendige Betroffenheit und Identifikation mit der eigenen Rolle im Schutzsystem am ehesten erreicht bzw. vermittelt werden. Es kann zunächst in einzelnen begrenzten Projekten / Feldstudien Erfahrung vor Ort gesammelt werden, die bereits zeigen wird, was es für behördliches Handeln bedeutet, in einem partnerschaftlichen und ergebnisoffenen Diskurs „Augenhöhe“ zuzulassen bzw. herzustellen.

Um langfristig den angestrebten Erfolg erreichen zu können, muss man sich als Behörde der gesellschaftlichen Wirklichkeit stellen und sich in einer Weise öffnen, die womöglich einen radikalen Bruch mit vertrauten Verfahrensregeln darstellt. Die Methoden dialogischer bzw. diskursiver Verfahren liegen vor und sie sind auch – entsprechende Unterweisungen vorausgesetzt – anwendbar. Neben dem Erkenntnisgewinn aus Workshops, Symposien und Studien müssen Verwaltung und Bürger sich vor allem in konkreten Projekten annähern und miteinander ins Gespräch kommen.

Für den Bürger muss letztlich praktisches Verwaltungshandeln sichtbar und begreifbar gemacht werden, und die Menschen in den Verwaltungen

müssen die Nähe zum Bürger spüren. Dieser grundsätzliche Anspruch einer „Kultur der Risikokommunikation“ ist richtig, gleichwohl aber auch risikobehaftet und verlangt auch von daher weitere wissenschaftliche Begleitung, höchsten Einsatz aller Beteiligten und einen langen Atem. Wichtig wird sein, dass Politik und Verwaltungen die Dimension des selbst gewählten Anspruchs erfassen und wirklich akzeptieren. Wer Risikokommunikation allerdings



Der Prozess der Risikoregulierung im Überblick. (Abschlussbericht Risikokommission, 2003, S. 28)

als Verwaltungsakt begreift, wird keinen Erfolg haben und die Menschen nicht erreichen.

Am Ende muss die Erkenntnis stehen, dass Risikokommunikation ein Prozess ist, der immer wieder in Gang gesetzt und verfolgt werden muss. Keine Aufgabe, die kurzfristig erfüllbar ist, vielmehr tatsächlich einen Paradigmenwechsel in der politischen Kultur und im täglichen Verwaltungshandeln darstellt, in dem Vertrauen immer wieder aufs Neue erworben werden muss. Diesen Weg zu gehen verlangt Mut, da man sich von vertrauten Vorgehensweisen lösen und gewohnte und sichere Pfade verlassen muss.

Oberst a. D. Hans-Peter Weinheimer ist Leiter des Arbeitskreises Risikokommunikation des Brandenburgischen Institutes für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS) und Berater in konzeptionellen Angelegenheiten des CBRN-Schutzes beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Grenzüberschreitende Risikokommunikation

Volker Stillig

Risikokommunikation – was ist das?

Ulrich Beck erklärte uns 1986 in seinem Buch *Risikogesellschaft*, dass „in der fortgeschrittenen Moderne (...) die gesellschaftliche Produktion von Reichtum systematisch einher[geht] mit der gesellschaftlichen Produktion von Risiken“¹. Ein Leben ohne Risiko ist nicht vorstellbar; durch das Eingehen von Risiken ergeben sich vielmehr neue Chancen und zukunftsweisende Innovationen. Das Festhalten vieler Staaten an der Atomenergie sowie ihr Ausbau veranschaulichen das sehr deutlich.

Die Kommunikation über eben diese Risiken ist Aufgabe von Wissensträgern wie privaten Unternehmen und Behörden. Das gilt vor allem dann, wenn Risiken nicht nur die Risikoverursacher selbst, sondern weitere Teile der Gesellschaft betreffen. Nicht zuletzt die gesellschaftliche Verantwortung von Entscheidungsträgern verlangt eine offene und transparente Aufklärung über mögliche Gefahren, die im eigenen Zuständigkeitsbereich, aber auch in der Nachbarschaft, vorhanden sind. In diesem Umfeld erlangt Risikokommunikation eine zentrale Bedeutung. Sie wird definiert als „Austausch von Informationen, Einschätzungen und Werthaltungen staatlicher Stellen mit gesellschaftlichen Akteuren und der breiten Öffentlichkeit darüber, wie bestimmte mögliche Gefahren für Leib und Leben, für Eigentum und Grundrechte der Menschen einzuschätzen sind

und welche Maßnahmen angemessen erscheinen, um diese Gefahren zu reduzieren“². Demzufolge vermittelt Risikokommunikation Informationen über potenzielle Schadensereignisse, ihre potenziellen Auswirkungen und die potenziellen Gegenmaßnahmen in krisenfreien Zeiten. Der Schwerpunkt dieses Artikels liegt in der Kommunikation mit der Öffentlichkeit.

Der Bürger als Empfänger von Informationen

„In demokratischen Gesellschaften erwarten Bürger, dass Entscheidungen, die ihr Leben und ihre Gesundheit betreffen, öffentlich legitimiert werden“³. Dieser Anspruch zielt darauf ab, den betroffenen Bürgern durch entsprechende Informationsangebote die Möglichkeit zu geben, ihren Anspruch auf Risikomündigkeit einzulösen. Dabei ist behördliche Risikokommunikation mehr als die bloße Informationsweitergabe über ein Risikopotenzial. Grundlage der Risikokommunikation ist die Aufklärung über Risikopotenziale mit dem Ziel, Wissen zu vermitteln sowie risikobezogene Einstellungen und Verhaltensweisen zu beeinflussen, um den Bürger auf mögliche Störfälle und Katastrophen vorzubereiten. Darüber hinaus strebt die Risikokommunikation hin zu einer verbesserten Beurteilungskompetenz der Öffentlichkeit sowie hin zur Vermittlung

¹ Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. 1. Aufl., (Suhrkamp Verlag) Frankfurt am Main, S. 25

² Bundesinstitut für Risikobewertung (Herausgegeben von Astrid Epp, Rolf Hertel, Gaby-Fleur Böhl) (2008): *BfR-Wissenschaft 01/2008 - Formen und Folgen behördlicher Risikokommunikation*. Berlin, S. 11

³ Bundesinstitut für Risikobewertung (Herausgegeben von R. F. Hertel, G. Henseler) (2005): *ERiK – Entwicklung eines mehrstufigen Verfahrens der Risikokommunikation*. Pressestelle Bundesinstitut für Risikobewertung) Berlin, S. 11

⁴ Baumgärtner, N. (2005): *Risiko- und Krisenkommunikation – Rahmenbedingungen, Herausforderungen und Erfolgsfaktoren, dargestellt am Beispiel der chemischen Industrie*. (Dr. Hut) München, S. 64,

Carius, R. u. O. Renn (2003): *Partizipative Risikokommunikation: Wege zu einer risikomündigen Gesellschaft*. In: *Bundesgesundheitsblatt: Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz* 7/2003. (Springer) Berlin, S. 580,

Heinzow, B. G. J. (2003): *Risikokommunikation – „It isn't about the adds. It's about the facts!“*. In: *Umweltmed Forsch Prax* 8 (3/2003). (ecom ed verlagsgesellschaft) Landsberg, S. 119,

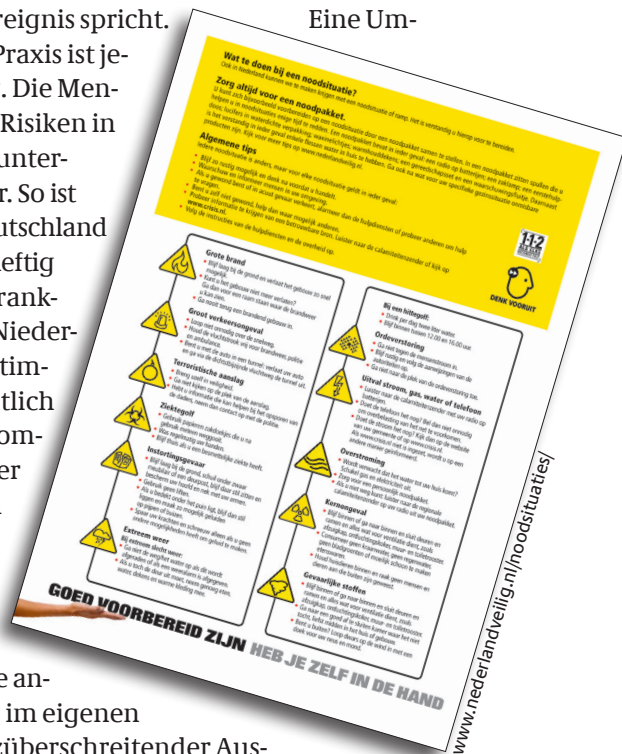
zwischen gesellschaftlichen Gruppen bei Konflikten über Risiken und Risikopotenziale. Durch die Wechselseitigkeit der Kommunikation kann auch die initiiierende Behörde ein Verständnis für die gesellschaftlichen Werte und Besorgnisse der Öffentlichkeit entwickeln.⁴

Grenzregionen als Nahtstelle Europas – auch im Kommunikationsprozess

In europäischen Grenzgebieten erhält die Thematik eine weitere Perspektive: Aufgrund einer immer stärker zusammenwachsenden europäischen Gesellschaft mit immensem Wirtschaftsverkehr und Austausch von Wissen, Personal und Gütern gewinnt der grenzüberschreitende Informationsaustausch an Bedeutung. Hierdurch entstehen nicht nur neue grenzüberschreitende Lebensräume, sondern gleichzeitig Kommunikationsräume im Bezug auf die Vermittlung von Risikoinformationen. Darüber hinaus lehren Katastrophen aus der Vergangenheit die Bedeutung der grenzüberschreitenden Kommunikation: Chemieabwässer in Grenzregionen fließen ins Nachbarland und richten dort Schäden an, wie es 1986 bei der Katastrophe von Sandoz im Großraum Basel passierte⁵. Weitere Risikopotenziale sind vorhanden: Hochwassergefahren betreffen insbesondere die deutsch-polnische und deutsch-tschechische Grenze, in deutsch-französischen Grenzregionen befinden sich zahlreiche Atomkraftwerke. Risikokommunikation beinhaltet also immer auch eine „Transnationalität der Problematik“⁶. Die Europäische Union hat diese Transnationalität erkannt und seit den 80er Jahren Richtlinien erlassen sowie Abkom-

men geschlossen, die dieser Entwicklung Rechnung tragen. Exemplarisch zu nennen ist das Abkommen von Helsinki aus dem Jahr 1992, das von einem Informationsaustausch über risikofolle Objekte lange vor einem Ereignis spricht.

Eine Umsetzung in die Praxis ist jedoch schwierig. Die Menschen nehmen Risiken in ihren Ländern unterschiedlich wahr. So ist Kernkraft in Deutschland von Anfang an heftig umstritten, in Frankreich und den Niederlanden ist das Stimmungsbild deutlich positiver. Die Kommunikation über Risiken wird im Nachbarstaat inhaltlich und organisatorisch also möglicherweise anders geführt als im eigenen Land. Ein grenzüberschreitender Austausch über Strategien und Inhalte scheint notwendig, will man nicht bei eingetretenen Katastrophen die Informationsunterschiede erklären müssen.



Praktische Umsetzung im deutsch-niederländischen Grenzgebiet

Risikokommunikationsaktivitäten gibt es sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden. Aufgrund der funktionalen Verflechtung und vorhandener Gefährdungen durch grenzüberschreitende Risiken (Erdbeben, Industrieunfälle, Waldbrände, Ausfälle in der Infrastruktur, Pandemie) ist eine ganzheitliche Betrachtung von Grenzregionen notwendig, in der die Staatsgrenze zwar eine Barriere darstellt, jedoch für die grenzüberschreitenden Aktivitäten flexibel gehandhabt werden muss. Die anwesenden grenzüberschreitenden Risiken bilden eine inhaltliche Grundlage für gemeinsame Kommunikationsmaßnahmen. Obwohl diese Risiken bestehen, ist es bisher zu keinem umfangreichen präventiven Austausch von Informationen,

Bundesinstitut für Risikobewertung (Herausgegeben von Astrid Epp, Rolf Hertel, Gaby-Fleur Böl) (2008): BfR-Wissenschaft 01/2008 - Formen und Folgen behördlicher Risikokommunikation. Berlin, S. 31f sowie Gutteling, J. M. u. E. R. Seydel (2000). Risicocommunicatie. In: van Gent, B. u. J. Katus (Hrsg.): Voorlichting in een risicovolle informatiemaatschappij: Theorieën, werkwijzen en perspectieven. (Samsom) Alphen aan den Rijn. S. 112ff

⁵ Hofmann, M. (2008): Lernen aus Katastrophen – Nach den Unfällen von Harrisburg, Seveso und Sandoz. (edition sigma) Berlin, S. 279ff

⁶ Neverla, I. (2006): Der Journalismus warnt – nur ungenügend? Potenziale der journalistischen Risikoberichterstattung zur Konstituierung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Langenbacher, W. (Hrsg.) (2006): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. (Verlag für Sozialwirtschaft) Wiesbaden, S. 232

insbesondere mit der Bevölkerung, gekommen. Diese ganzheitliche Betrachtung hängt momentan vom Engagement einzelner Akteure ab, ohne dass diese in langfristige strukturelle Rahmenbedingungen gegossen ist. Die Niederlande besitzen im Innenministerium ein Expertisezentrum für Risikokommunikation, welches als landesweite Koordinierungsstelle fungiert und das landesweite Risikokommunikationskampagnen entwickelt und implementiert.

Aufgrund föderal bedingter Zuständigkeiten in Deutschland gibt es eine solche koordinierende Stelle nicht. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) bietet zwar im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben Informationsmaterialien an, diese dienen jedoch insbesondere der Information der Bevölkerung im Verteidigungsfall. Die Kommunen können die Informationsmaterialien

als sogenannten „Doppelnutzen“

auch im Friedensfalle für den Katastrophenschutz verwenden, die originäre Aufgabe der Information der Bevölkerung obliegt jedoch den einzelnen Bundesländern, die für den Katastrophenschutz zuständig sind. Kommunen und Bürgern steht zudem das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem *deNIS* als Serviceangebot des BBK zur Verfügung, welches eine umfangreiche Linksammlung in den Bereichen Katastrophenschutz, Zivilschutz und Notfallvorsorge bereithält. Es verwundert jedoch nicht, dass die einzelnen thematischen Rubriken qualitativ und quantitativ sehr unterschiedlich sind; die Betreiber der Internetseite greifen schließlich auf frei zugängliche Informationen zu. Eine Informationsweitergabe durch die Bundesländer ist nicht vorgeschrieben, da sie schließlich selbst mit der Aufgabe betraut sind, sich auf entsprechende Großschadensereignisse vorzubereiten und über Risiken zu informieren.

Auch wenn die deutschen und niederländischen Risikokommunikationsstrukturen unterschiedlich aufgebaut sind, so sind sie, was ihren Inhalt betrifft, durchaus kompatibel zueinander. Dies zeigen deutsche Kampagnen wie „Für den Notfall vorgesorgt“ oder „Wir gegen Viren“ und niederländische Kampagnen wie „Denk Vooruit“. Gleichwohl ist es jedoch so, dass der Risikokommunikation in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit trotz offizieller Absprachen und gemeinsamer Erklärungen eine eher untergeordnete Bedeutung zugeordnet wird. Die grenzüberschreitenden Aktivitäten haben bisher das primäre Ziel, auf ein potenzielles Schadensereignis schnell und effektiv reagieren zu können; der Fokus liegt auf dem Aufbau und der Weiterentwicklung des reaktiven Krisenmanagements und der Krisenkommunikation, wo immense Erfolge in verschiedenen Grenzregionen erzielt wurden. Hier stehen für den Ernstfall vorbereitete Strukturen bereit, Alarmierungswege und Ressourcen sind abgestimmt. Dabei ist aus Sicht des Verfassers gerade der präventive Ansatz der Risikokommunikation wichtig, da Behörden der Gefahrenabwehr im Ernstfall auch auf die Mitwirkung und das richtige Verhalten der betroffenen Bevölkerung und auf ihr Verständnis angewiesen sind. Eine solche ‚Unterstützung der Bevölkerung‘ hilft den zuständigen Stellen bei der Abarbeitung der Schadenslage. Und nicht zuletzt ließe sich die Vorbereitung der Gefahrenabwehrbehörden auf potenzielle Ereignisse deutlich verbessern.

Der Versuch einer Begründung

Wir befinden uns im Jahre 2001. Durch die Explosion der Feuerwerksfabrik in Enschede im Mai 2000 und den Cafébrand von Volendam in der Silvesternacht 2000/2001 ist der niederländische Gesetzgeber, wie auch die niederländische Bevölkerung, für die Thematik Risikokommunikation sensibilisiert. Der Aufschrei in der Bevölkerung über die unzureichende Aufklärung gefährlicher Betriebe in Wohngebieten erzeugte bei den niederländischen Verantwortlichen die Notwendigkeit, Risikokommunikationsstrategien grundlegend zu überarbeiten und zu implementieren, was aufgrund ihrer Gesetzgebungsstruktur flächendeckend möglich war. Vor allem das Schadensereignis in Enschede führte zu



umfangreichen Gesetzesänderungen in der Zulassung risikovoller Betriebe und in der Informationsweitergabe an die Bevölkerung. In den untersuchten deutschen Gebieten ist diese Fortentwicklung nicht zu erkennen. Das ist aus Sicht des Verfassers verwunderlich, da die Katastrophe von Enschede im unmittelbaren Grenzgebiet zu Deutschland stattgefunden hat und auch eine Vielzahl von nordrhein-westfälischen und niedersächsischen Einsatzkräften an der Abarbeitung der Lage beteiligt waren.

Zu beobachten ist auch, dass die Niederländer bei der Information über Risikopotenziale deutlich offener mit ihrer Bevölkerung umgehen als die deutschen Gefahrenabwehrbehörden. In Deutschland fehlt es bisher an einer vor Ort implementierten bundesweit einheitlichen Risikoanalyse, die in den Niederlanden seit Jahren festgeschrieben ist. Ohne umfangreiche Risikoanalyse lässt sich der Folgeschritt hin zu einer konkreten und handlungsbasierten Risikokommunikation nur schwerlich vollziehen.

Dazu kommt, dass der präventive Ansatz der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bisher auf deutscher Seite nicht erkannt wurde. Einzig ein Austausch von Risikoinformationen zwischen den Gefahrenabwehrbehörden ist eingerichtet, die Bevölkerung erhält hiervon jedoch bisher keine Kenntnis.

Grenzüberschreitend tätig werden heißt für die Betroffenen, dass sie zusätzliche Ressourcen aufbauen und einsetzen müssen. Häufig basiert diese Zusammenarbeit auf finanzierten und somit zeitlich begrenzten Projekten, persönlichen Kontakten und persönlichem Engagement. Die Thematik ist hier zwar erkannt und wird angegangen, für eine nachhaltige Zusammenarbeit im präventiven Bereich fehlt es bisher jedoch an einer übergreifenden Struktur, die Erkenntnisse kanalisiert und Konzepte implementiert. Durch eine solche Struktur ließen sich bewährte Methoden und Vorgehensweisen in der Risikokommunikation teilen, so dass nicht jede Gebietskörperschaft ‚das Rad neu erfinden‘ muss. Ressourcen ließen sich gewinnbringend einbringen, die an anderer Stelle eingespart würden. Dieses Erkenntnis ist aus Sicht des Verfassers vor allem in den Entscheidungsebenen auf deutscher Seite noch nicht ausgeprägt vorhanden.

Dass ein solcher weiterführender Austausch hin zu einer grenzüberschreitenden Risikokommunikation möglich ist, zeigt die Zusammenarbeit

zwischen Baden-Württemberg und Frankreich sowie Baden-Württemberg und der Schweiz. In Zusammenhang mit den Vorsorgeplanungen für die deutsche Umgebung dreier grenznaher schweizerischer bzw. französischer Kernkraftwerke hat das Regierungspräsidium Freiburg nationale Notfallpläne erstellt, diese mit seinen grenzüberschreitenden Partnern abgestimmt und gemeinsam zwei Notfallbroschüren erstellt. Darin genannte Schutzmaßnahmen und Verhaltensempfehlungen beruhen auf beiden Seiten der Grenze auf den gleichen Prinzipien, wurden jedoch auf die jeweiligen nationalen Gegebenheiten abgestimmt. Eine solche Zusammenarbeit wäre ein erster Schritt, um nach einer umfassenden Risikoinventarisierung in den Gebietskörperschaften die Zusammenarbeit anhand eines Risikos als Pilotprojekt durchzuführen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Forschung im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit weitere interessante Themen bereithält. Vor allem die Implementierung dieser Zusammenarbeit in die tagtägliche Arbeit, die immer auch zusätzliche personelle und materielle Ressourcen der Akteure erfordert, ist bisher nicht erfolgt. Durch einen Austausch über sowie eine Angleichung der Inhalte ließen sich Ressourcen schonend einsetzen.

Es ist erforderlich, im modernen Europa mit immer engeren Verflechtungen den ‚europäischen Bürger‘ als Empfänger grenzüberschreitender Informationen zu sehen. Vielleicht kann die Harmonisierung von Risikokommunikationsstrategien auf europäischer Ebene helfen, hier einen verstärkten Austausch zu erreichen. Klar ist: Wenn der Mehrwert einer ausgeprägten Risikokommunikation mit der Bevölkerung für die eigentliche Katastrophenbewältigung erkannt wird, werden weitere Investitionen getätigt.

Volker Stillig studierte im berufsbegleitenden Masterstudienengang Katastrophenvorsorge – Katastrophenmanagement (KaVoMa). Der vorliegende Artikel basiert auf der Masterarbeit des Autors zum Thema „Internationale Aspekte der Risikokommunikation“, in der der Zustand der (grenzüberschreitenden) Risikokommunikation ausgewählter Gebietskörperschaften in Deutschland und den Niederlanden untersucht wurde. Hierzu wurden insbesondere Verantwortliche in der Grenzregion interviewt. Die Untersuchung wurde im Januar 2011 abgeschlossen. Die komplette Masterarbeit ist in der FIS einsehbar.

Risiko Hochwasser

Erfahrungen aus dem BMBF-Projekt IMRA

Im Rahmen des Projekts IMRA wurde vor dem Hintergrund der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie ein Ansatz zur Risikokommunikation entwickelt und Maßnahmen zur Kommunikation und Partizipation im Fallbeispiel Leichlingen (Rheinland) im Wupper-Verbandsgebiet durchgeführt. Aus der Durchführung des Projekts ergaben sich Schlussfolgerungen, die für die Ausgestaltung von Kommunikationsstrategien generell nutzbar sind.

Mark Fleischhauer, Stefan Greiving, Marc Scheibel, Monika Ebers, Florian Flex

Das Projekt IMRA (Integrative flood risk governance approach for improvement of risk awareness and increased public participation) war eines von sieben Verbundprojekten im Rahmen eines ERA-Net CRUE-Forschungsfördervorhabens, das den Umgang mit Hochwasserrisiken zum Gegenstand hatte (Thieken

IMRA

Das Projekt „IMRA – Integrative flood risk governance approach for improvement of risk awareness and increased public participation“ wurde im Rahmen der ERA-Net CRUE Förderinitiative im 2nd call „Flood Resilient Communities – Managing

the Consequences of Flooding“ mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) unter dem Förderkennzeichen 02WH1041 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Artikels liegt bei den Autoren.

& Beurton 2012). Hintergrund für das Projekt ist die „Richtlinie über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken“ (Europäische Union 2007), die sich in den EU-Mitgliedstaaten derzeit in der Umsetzungsphase befindet. Die Richtlinie stellt weitergehende Anforderungen an die Risikokommunikation im Hochwasserschutz. So ist „der Öffentlichkeit Zugang zu der ersten Bewertung des Hochwasserrisikos, zu den Hochwassergefahrenkarten, den Hochwasserrisikokarten und den Hochwasserrisikomanagementplänen“ zu ermöglichen sowie „eine aktive Einbeziehung der interessierten Stellen bei der Erstellung, Überprüfung und Aktualisierung der [...] Hochwasserrisikomanagementpläne“ zu fördern (Artikel 10).

Ziel des zwischen 2009 und 2011 durchgeführten IMRA-Projekts war es daher, geeignete Ansätze der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Einbeziehung von relevanten Akteuren des Hochwassermanagements zu identifizieren und zu erproben. Dabei wurde insbesondere auch das Risiko „hinter den Deichen“, also bei einem möglichen Versagen von technischen Hochwasserschutzanlagen, betrachtet. Dafür wurde neben den Flüssen Möll (Österreich) und Chiascio (Italien) auch das Einzugsgebiet der Wupper als Fallstudie bearbeitet. In jeder Fallstudie wurden zuständige Behörden als Praxispartner mit in die Fallstudien einbezogen. Die Ergebnisse wurden in einem Praxis-Handbuch zur schrittweisen Umsetzung einer Risikomanagement- und Risikokommunikationsstrategie zusammengefasst (Fleischhauer et al. 2011).

Im Rahmen des IMRA-Projekts wurde ein Konzept zur Kommunikation und Partizipation im Hochwasserrisikomanagement entwickelt und erprobt, dass im Folgenden beschrieben wird.

Bestandsaufnahme Hochwassergefahren und -risiken

Zu Beginn des Projekts stand die Bestandsaufnahme für das Fallstudiengebiet Leichlingen (Rheinland) im Einzugsbereich der Wupper, bei der die

politisch-administrative Situation sowie vorhandene Daten, Karten und Pläne im Fallstudiengebiet zusammengetragen wurden. Zusammen mit den vorläufigen Hochwassergefahrenkarten des Landes Nordrhein-Westfalen, die während der Projektlaufzeit veröffentlicht wurden, konnte die potenziell vom Hochwasser betroffene Bevölkerung durch die Verschneidung von Hochwassergefahren- und Siedlungsbereichen identifiziert werden.

Ein weiteres Ergebnis war die Analyse der sozialen Milieus, wonach Menschen nach ihren Lebensauffassungen und Lebensweisen gruppiert werden, um in diesem Fall die geplante Kommunikations- und Partizipationsstrategie adressatengerecht auszugestalten. Abgeleitet von Daten der Kommunalstatistik und ergänzt um Interviews mit lokalen Schlüsselpersonen konnte angenommen werden, dass der Großteil der Bevölkerung in Leichlingen den sozialen Milieus der bürgerlichen Mitte angehört (SINUS-Institut 2011).

Umfragen zur Risikowahrnehmung und Hochwasservorsorge

Im nächsten Schritt wurden die in den potenziell überschwemmungsgefährdeten Bereichen befindlichen Privathaushalte und Gewerbebetriebe im Rahmen einer Umfrage zur Risikowahrnehmung und -kommunikation befragt. Diese Umfrage diente als weitere Basis für die Gestaltung der Kommunikationsstrategie sowie in einer zweiten Umfrage am Ende des Projekts auch als Erfolgskontrolle. Die Umfrage wurde über eine Bürgerveranstaltung sowie die Berichterstattung in Presse und Radio angekündigt. In jeder Umfragerunde wurden jeweils 750 Fragebögen verteilt. In beiden Fällen lag die Rücklaufquote bei etwa 15 %, was zwar kein repräsentatives Ergebnis darstellt, aber Ansätze zur Interpreta-

tion der Risikowahrnehmung ermöglichte sowie eine hinreichend genaue Basis für die Auswahl von Maßnahmen zur Risikokommunikation darstellte.

Wesentliche Ergebnisse waren, dass insbesondere die lokalen Akteure (Stadt Leichlingen, Feuerwehr, Wupperverband) ein hohes Vertrauen bei der Bevölkerung genießen, wenn es um Fragen des Hochwasserschutzes geht. Des Weiteren bevorzugte



Besonders in häufiger von Hochwasser heimgesuchten Gebieten kann die Bevölkerung zum Teil ein beachtliches Detailwissen über die lokale Situation in die Diskussion einbringen.
(Foto: dieterwald/pixelio)

ein Großteil der Befragten als Informationsquellen persönliche Information, die Presse, Broschüren sowie das Internet. Schließlich wurde deutlich, dass eine Kommunikationsstrategie insbesondere auch stärker an junge Menschen adressiert sein muss.

Workshops mit Beteiligung von Behörden

Neben der Information und Kommunikation mit der Öffentlichkeit ist für die Umsetzung der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie eine Einbeziehung der relevanten Behörden gefordert. Zu diesem Zweck wurde zu Beginn und am Ende des Projekts ein Workshop mit jeweils ca. 25 Teilnehmern aus der Region durchgeführt. Die Teilnehmer repräsentierten Bezirksregierungen, den Wupperverband, Umweltverbände, Feuerwehren, Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Wissenschaft usw.

Ziel der Workshops waren das Kennenlernen der Akteure untereinander sowie die Schaffung einer Grundlage für deren weitere Vernetzung. Im Kern

stand die Identifizierung von Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten bezüglich des Hochwasserrisikomanagements.

jedoch als sehr schwierig, externe Akteure einzubeziehen. Hierzu wäre es notwendig, gemeinsam Indikatoren zu erarbeiten und insbesondere geeignete Sprache zu wählen.

Bewertung des Prozesses zum Hochwasserrisikomanagement

Zu Beginn des Projekts führte der Wupperverband als in das Projekt eingebundener aktiver Partner eine Selbsteinschätzung zum Prozess des Hoch-

Durchführung von Kommunikations- und Partizipationsmaßnahmen

Aus den ersten Analyseschritten, der Umfrage und den Workshops konnten folgende Schlussfol-

gerungen für die Ausgestaltung der Kommunikations- und Partizipationsstrategie gezogen werden:

- Entwicklung von zielgruppenorientierten Maßnahmen,
- Verwendung von verständlichen, klaren Informationen (Berücksichtigung der Bildung und des sozialen Umfeldes),
- Kommunizieren nicht nur der Berechnungsergebnisse zur Hochwassergefährdung, sondern der möglichen Auswirkungen und der Betroffenheit,



Informationsstand zum Hochwasserrisiko in der Fußgängerzone in Leichlingen/Rheinland. (Foto: Fleischhauer)

wasserrisikomanagements durch. Hierzu wurde ein Indikatorensatz zur Bewertung „guter Governance“ von Wasserbehörden zusammengestellt. Die Bewertung wurde zunächst intern durch Mitarbeiter des Wupperverbandes, später auch extern durch regionale Akteure des Hochwasserrisikomanagements durchgeführt. Auch hier erfolgte die Bewertung zu Beginn und am Ende des Projektes.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass eine derartige Bewertung gut geeignet ist, um den Prozess des Hochwasserrisikomanagements transparent zu gestalten, Veränderungen zu dokumentieren und um Prioritäten für zukünftige Aktivitäten zu setzen. Darüber hinaus ist ein solches Bewertungsergebnis auch für Außendarstellung nutzbar. Es zeigte sich

- Betroffenheit muss „sichtbar“ sein („mein Haus“),
- mehr persönliche Beratung, weniger „Flyer“,
- Übungen und Wiederholungen („Vergessen“),
- Ansetzen bei der Bildung bzw. Ausbildung („Nachhaltigkeit“).

Auf dieser Basis wurde eine Reihe von Kommunikations- und Partizipationsmaßnahmen ausgewählt, die im Fallstudiengebiet in der ersten Jahreshälfte 2011 durchgeführt wurden.

Online-Chat zum Thema Hochwasservorsorge

Ziel des Online-Chats war es, der interessierten Öffentlichkeit Fragen zum Thema Hochwasser und Hochwasservorsorge zu beantworten. Der online-

Chat wurde über das Internet, die Presse sowie eine TV-Meldung angekündigt. Zur Beantwortung der Fragen standen Mitarbeiter des Wupperverbandes sowie aus der Wissenschaft zu Verfügung. Im Ergebnis verzeichnete der Online-Chat eine recht geringe Teilnehmerzahl. Daraus ließ sich der Schluss ziehen, dass zukünftig eine bessere Ankündigung über das Internet erfolgen, insbesondere aber der Chat mit einem aktuellem Anlass bzw. Ereignis verknüpft werden sollte.

Welt-Café mit Bürgerinnen und Bürgern

Zur Vermittlung von Informationen über das Hochwasserrisiko, aber auch um aus den Erfahrungen der Bewohner zu lernen, wurde die Methode des Welt-Cafés gewählt. Die Methode kann zur Entwicklung von Strategien, zur Beteiligung und Zusammenführung von mehreren Akteuren, zur Arbeit über Generationen hinweg oder für die kooperative Entwicklung von Aktivitäten genutzt werden. Angekündigt wurde das Welt-Café in zwei lokalen Zeitungen sowie über direkte Einladungen an einzelne Bewohner. Das Welt-Café wurde in einem örtlichen Café durchgeführt.

Während der Veranstaltung, an der sich etwa 15 Personen beteiligten, ergaben sich intensive Diskussionen zwischen Teilnehmern und dem Wupperverband, bei der einige offene Fragen geklärt werden konnten, andererseits aber auch Sorgen der Teilnehmer zutage traten. Darüber hinaus konnten die Teilnehmer ihr z. T. erhebliches Detailwissen zur lokalen Situation einbringen. Die Methode wurde sowohl von den Veranstaltern als auch von den Teilnehmern als sehr positiv bewertet. Für zukünftige Veranstaltungen sollten Wege gefunden werden, mehr Personen zur Teilnahme zu motivieren. Ein möglicher

Ansatz wäre hier, Einladungen auch über bestehende Bürgerinitiativen oder Vereine zu streuen.

Welt-Café mit Schülerinnen und Schülern

Ein Ergebnis der Vorarbeiten war es, stärker auch junge Menschen mit in den Kommunikationsprozess einzubinden. Neben einer Exkursion mit einer Jugendgruppe zum Thema Hochwasserschutz wurde nach den guten Erfahrungen mit der Methode auch ein Welt-Café mit 22 Schülerinnen und Schülern einer 11. Klasse des Städtischen Gymnasiums Leichlingen durchgeführt. Ziele waren hier, über Hochwassergefahr zu informieren, zu erfahren, wie Schüler zum Thema informiert werden wollen sowie die Rolle von Schülern und Lehrern als Multiplikatoren zu nutzen.

Beim Welt-Café zeigte sich, dass die Schülerinnen und Schüler zwar nur wenige persönliche Erfahrungen mit Hochwasser haben, letztlich aber gut



Visualisierung der 100-jährlichen Hochwasserlinie an der Wupper in Leichlingen.
(Foto: Fleischhauer)

über Möglichkeiten des Hochwasserschutzes und der -vorsorge informiert waren. Als vorrangig gewünschte Informationswege wurden einerseits das Internet bzw. soziale Netzwerke genannt, andererseits wurde die Vermittlung im Rahmen des Unterrichtsstoffes in der Schule gewünscht.

Schlussfolgerungen für die Arbeit mit Schulen war auf der einen Seite die Erkenntnis, dass es sich aufgrund des engen Lehrplans insbesondere in der Oberstufe schwierig gestaltet, Lehrer zu finden, die einen solchen Ansatz unterstützen. Dennoch wurde die Methode auch hier als erfolgreich eingeschätzt.

Informationsstand in der Fußgängerzone Leichlingen

Schließlich wurde als weiteres Element zur Kommunikation über einen Informationsstand in der Fußgängerzone Leichlingen mit Plakaten, Gefahrenkarten, einem eigens dafür produzierten Flyer sowie über eine Visualisierung eines 100-jährlichen Hochwassers über die Hochwassergefahr informiert (Bild S. 12). Ziel war es, mit diesem Stand auch solche Personen zu erreichen, die in der Regel nicht zu Bürgerveranstaltungen o. ä. kommen. Beim Informationsstand ging es auch darum, Möglichkeiten der Eigenvorsorge aufzuzeigen sowie vonseiten des Wupperverbandes und der Stadt Leichlingen mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Der Stand wurde von ca. 50 Personen innerhalb von vier Stunden aktiv besucht, wobei sich Möglichkeiten zur Diskussion ergaben und sich die Besucher mit Informationsmaterial versorgten. Im Ergebnis haben sich sehr sachliche Diskussionen zwischen den Bürgern, dem Wupperverband und den Mitarbeitern der Stadt Leichlingen ergeben. Neben der Verknüpfung mit einer plastischen Visualisierung (Bild S. 13) hat sich insbesondere auch ein Angebot für Kinder bewährt, um Passanten zum Anhalten zu bewegen.

Schlussfolgerungen

Die Durchführung der einzelnen Projektarbeitsschritte sowie die Umsetzung der Elemente der Kommunikationsstrategie haben einige Schlussfolgerungen möglich gemacht, die auch für Aktivitäten in anderen Hochwasserrisikomanagementansätzen genutzt werden können.

Für die bearbeitete Fallstudie und somit auch für ähnliche Ansätze können folgende Punkte festgehalten werden:

- Es ist wichtig, Akteure überhaupt erst einmal zusammenzubringen,

Literatur

- Europäische Union (2007): Richtlinie 2007/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken.
- Fleischhauer, M., Firus, K., Greiving, S., Grifoni, P. & Stickler, T. (2011): Planung und Umsetzung einer Kommunikations- und Beteiligungsstrategie im Hochwasserrisikomanagement – Verfahrensleitfaden und Methodenbaukasten. Dortmund/Rom.
- SINUS-Institut (2011): Sinus-Milieus. Heidelberg.
- Thieken, A. & Beurton, S. (2012): Addressing the key findings of research related to Flood resilient communities – managing the consequences of flooding. ERA-Net CRUE Synthesis report.

- die Bewohner bzw. die Öffentlichkeit sind sehr offen für Informationen,
- das Betroffenheitsgefühl ist ein wichtiger Anlass, um sich zum Thema zu informieren,
- die Berichterstattung in den Medien sollte sehr sachlich sein und keine „Panikmache“ betreiben,
- Kommunikationsaktivitäten sollten als Anlass für Presseinformationen genutzt werden; umgekehrt lässt sich ein Presseinteresse nur bei besonderem Anlass erzeugen, man muss also Anlässe schaffen,
- eine zielgruppenspezifische Ansprache ist notwendig und
- neuere Ansätze der Information / Partizipation sollten genutzt werden (z. B. Arbeit mit SINUS-Milieus®, Risk-Governance-Bewertung).

Dr. Mark Fleischhauer ist wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Raumplanung der Technischen Universität Dortmund (IRPUD).

Prof. Dr. Stefan Greiving ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Raumplanung der Technischen Universität Dortmund (IRPUD).

Marc Scheibel ist Leiter des Fachbereichs Wassermengenwirtschaft und Hochwasserschutz beim Wupperverband.

Monika Ebers, Stabsstelle Information, Medien und Öffentlichkeitsarbeit beim Wupperverband.

Florian Flex ist wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Raumplanung der Technischen Universität Dortmund (IRPUD).

Risikokommunikation Naturgefahren

Praxiskoffer Risikodialog der Nationalen Plattform Naturgefahren in der Schweiz

Christoph Werner und Astrid Leutwiler

Naturereignisse können oft weitreichende Schäden verursachen. Um diese zu vermindern, müssen Schutzkonzepte erarbeitet und geeignete Schutzmaßnahmen getroffen werden.

Diese Maßnahmen können nur dann optimal wirken, wenn die betroffenen Personen sich der Risiken bewusst sind und aktiv beim Schutz vor Naturgefahren mithelfen. Darum müssen alle Beteiligten frühzeitig und auf verständliche Weise informiert werden. Es ist nicht nur wichtig, mit den richtigen Leuten zur richtigen Zeit Kontakt aufzunehmen, sondern auch eine klare und lösungsorientierte Kommunikationsstrategie im Umgang mit Naturgefahren zu verfolgen.

Der „Praxiskoffer Risikodialog Naturgefahren“ – eine Werkzeugkiste

Die Nationale Plattform Naturgefahren PLANAT hat sich in einem Aktionsplan mit der Kommunikation im Umgang mit Naturgefahren auseinandergesetzt. Dabei entstanden Hilfsmittel zum Risikodialog, die gemeinsam den sogenannten „Praxiskoffer Risikodialog Naturgefahren“ bilden. Praxiskoffer ist dabei im übertragenen Sinne gemeint. Es handelt sich um eine Sammlung von Dokumenten, die im Internet zum Download verfügbar sind.

Der Praxiskoffer eignet sich sowohl als Einstiegsplattform für interessierte Privatpersonen, wie auch als Arbeitshilfe für Behörden sowie für Kommunikations- und Naturgefahrenfachleute. Der Praxiskoffer liefert den dialogführenden Personen wertvolle Informationen und Hinweise zur Kommuni-

kation in Naturgefahrensituationen. Die PLANAT erarbeitete Dokumente, welche Anregungen für die Kommunikationsarbeit im Bereich der Naturgefahren geben und dazu beitragen, dass alle wichtigen Aspekte berücksichtigt werden. Es wurden Hilfsmittel in den folgenden Bereichen geschaffen:

Nationale Plattform Naturgefahren PLANAT

Die Nationale Plattform Naturgefahren PLANAT ist eine ausserparlamentarische Kommission, d.h. eine unabhängige Expertenkommission des Bundes in der Schweiz. Sie berät den Bundesrat in Fachfragen und erarbeitet die Schweizerische Strategie im Umgang mit Naturgefahren. Die PLANAT strebt das „Integrale Risikomanagement“ beim Umgang mit Naturgefahren an. Damit ist gemeint, dass beim Schutz vor Naturgefahren die Bereiche Prävention, Intervention und Wiederaufbau gleichwertig betrachtet werden. Zudem sollen Massnahmen zum Schutz vor Naturgefahren gemäss den Prinzipien der Nachhaltigkeit, Verhältnismässigkeit und Kosteneffektivität realisiert werden. Zum Auftrag der PLANAT gehört u.a. die Bewusstseinsbildung in der

Bevölkerung, mit dem Ziel zu einer gelebten Risikokultur zu gelangen. So soll nicht mehr die Einstellung vorherrschen, dass drohende Gefahren mit allen Mitteln aus der Welt geschafft werden können. Vielmehr muss sich neu die Erkenntnis durchsetzen, dass es keinen hundertprozentigen Schutz vor Naturgefahren geben kann und darum vielmehr die Frage im Zentrum steht, welcher Schutz zu welchem Preis erreicht werden soll. Aus diesem Grund setzt die PLANAT seit mehreren Jahren einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf den Risikodialog. Durch den PLANAT Aktionsplan Risikodialog werden wichtige Lücken an praxistauglichen Instrumenten geschlossen und der Risikodialog institutionalisiert und koordiniert.

- Vorhandenes Wissen für alle Akteure zugänglich machen und bündeln
- Praxisunterstützung bieten, insbesondere mit Schulungen und praxisorientierten Hilfsmitteln für die Umsetzung des Risikodialogs
- Zuständigkeiten und Aufgaben für alle relevanten Akteure klären

- Vernetzungs- und Austauschmöglichkeiten zum Thema Risikokommunikation schaffen
- Bevölkerung zu Naturgefahrenthemen sensibilisieren



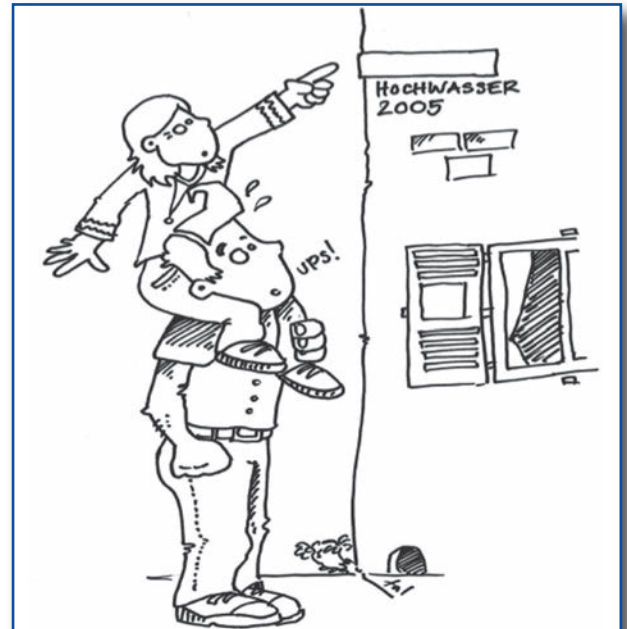
Dialogsituationen beim Umgang mit Naturgefahren.

Bei der Erarbeitung wurde konsequent auf den engen Einbezug der künftigen Nutzerinnen und Nutzer gesetzt. Der partizipative Ansatz trägt dazu bei, den Bewusstseinswandel bereits während der Erarbeitungsphase in Gang zu setzen und die neuen Instrumente zu verankern. Der Fokus liegt auf der Gemeinde-Ebene, wo der Dialog mit der Bevölkerung effektiv zu führen ist.

Hilfsmittel zum Risikodialog Naturgefahren

- **Checkliste Ansprechpartner:** Eine Übersichtsliste möglicher Ansprechpartner sowie eine Reihe von Hinweisen und Empfehlungen sollen den Austausch mit und unter den Ansprechpartnern verbessern und erleichtern. Die Liste gibt praktische Hinweise, wer in welcher Phase des Risikomanagements einbezogen werden sollte, wie den Interessen der Beteiligten Rechnung getragen und wie mit dem Gefälle beim Wissensstand umgegangen werden kann.
- **Checkliste Projektinformation:** Projekte sind ideale Gelegenheiten, um ein Anliegen ins Gespräch zu bringen. Aus diesem Grunde sollte der Kommunikation bei der Projekterarbeitung von Anfang an ein hoher Stellenwert beigemessen werden. Eine entsprechende Checkliste liefert Hinweise über den Zeitpunkt, die Ansprechpersonen und den Umfang der Projektkommunikation.

- **Informations- und Dialogmaßnahmen:** Eine Checkliste mit Beispielen gibt Anregungen, wie Grundlagen im Umgang mit Naturgefahren mündlich oder schriftlich kommuniziert werden können. Zudem finden sich im Praxiskoffer „Risikodialog Naturgefahren“ allgemeine Tipps und Ratschläge zur Kommunikation im Umgang mit Naturgefahren. Eine Reihe von Empfehlungen soll die Vorbereitung der Kommunikation vereinfachen.
- **Medienarbeit:** Ein konstruktiver Umgang mit Medienschaffenden ist wünschenswert und möglich. Da die Berichterstattung in den Medien nach einem Ereignis wesentlich zur Bildung einer neuen Risikokultur beitragen kann, sind die sogenannten „Windows of Opportunity“ zu nutzen: In der Zeit des Aufatmens nach der Bewältigung eines Naturereignisses ist die Bevölkerung sensibilisiert. Dieses Zeitfenster eignet sich für eine effiziente Information zu vorbeugenden Maßnahmen. Die Anliegen der Prävention und Vorsorge sollten deshalb in die Medienarbeit der behördlichen Kommunikationsdienste integriert werden. In einer nächsten Etappe werden entsprechend auch Hilfsmittel erarbeitet, die eine gemeinsame Sprache



Machen Sie Gefahren sichtbar!

der betroffenen Stellen unterstützen. Zudem wird es Grundlagen zu präventiven Themen im Koffer geben, die im Fall eines Ereignisses in die Berichterstattung einfließen können.

- **Online Datenbank Bevölkerungsinformation:** Eine Sammlung mit bestehenden Informations- und Kommunikationsmitteln wurde in einer Online-datenbank zugänglich gemacht.
- **Übersetzungshilfen:** Im Umgang mit Naturgefahren sind oft sehr unterschiedliche Akteure beteiligt: Privatpersonen, Behörden, Wissenschaftler, Versicherungsvertreter u. a. Damit Situationen von allen Beteiligten richtig und gleich verstanden werden und um die Kommunikation zu erleichtern, stellt der Praxiskoffer „Übersetzungshilfen“ zur Verfügung, welche die Brücke bilden zwischen den technischen Konzepten und dem Alltagsverständnis von Naturgefahren. Ein wichtiges Wörterbuch ist die Begriffsliste zum Thema Naturgefahrenmanagement. Dieses erklärt Fachbegriffe auf einfache und für Laien verständliche Weise.
- **Bilder:** Um das Verständnis komplexerer Situationen zu fördern, wurden Illustrationen verschiedener Naturgefahrenssituationen in unterschiedlichem Gelände angefertigt. Mögliche Schutzmaßnahmen wurden mit detaillierten Zeichnungen dargestellt. Diese Bilder sollen aufzeigen, welche Maßnahmen für welche Situationen möglich sind. Für die Betroffenen wird dadurch sichtbar, wie sie Eigenverantwortung übernehmen und gewisse Maßnahmen selbst realisieren können.
- **Präsentation:** Eine Powerpoint-Präsentation liegt im Internet zum Download bereit. Darin werden die wichtigsten Aspekte beim Umgang mit Naturgefahren erklärt. Die Präsentation kann von kommunalen PolitikerInnen und BeamtInnen wie auch von Fachpersonen eingesetzt werden, beispielsweise bei einer Informationsveranstaltung für die Bevölkerung.
- **Lesehilfe Gefahrenkarten:** Die tägliche Arbeit vieler Naturgefahrenfachleute in der Schweiz hat gezeigt, dass das Thema „Gefahrenkarte“ in der Kommunikation eine besondere Herausforderung darstellt. Dies deshalb, weil die Resultate und deren Bedeutung zu vielen Widerständen führen können und weil die Karte an sich und deren Entstehung für viele Laien schwierig zu verstehen ist. Aus diesem Grunde wurde eine „Lesehilfe Gefahrenkarten“ ausgearbeitet.
- **Weiterbildung:** Besonders für das Vermitteln komplexer Sachverhalte oder für Konfliktsituationen im Bereich Naturgefahren besteht bei vielen Behördenvertretern und Fachleuten Interesse an ei-

ner vertieften Auseinandersetzung und entsprechenden Schulung. Das Bedürfnis nach Trainings und Tipps ist groß. Aus diesem Grunde wurden Konzepte und Inhalte für Schulungs-Workshops zum Thema Risikodialog Naturgefahren erstellt. Die Workshops sollen Behördenvertretern und Naturgefahrenspezialisten aufzeigen, wie im Risikodialog Naturgefahren optimal kommuniziert werden kann.

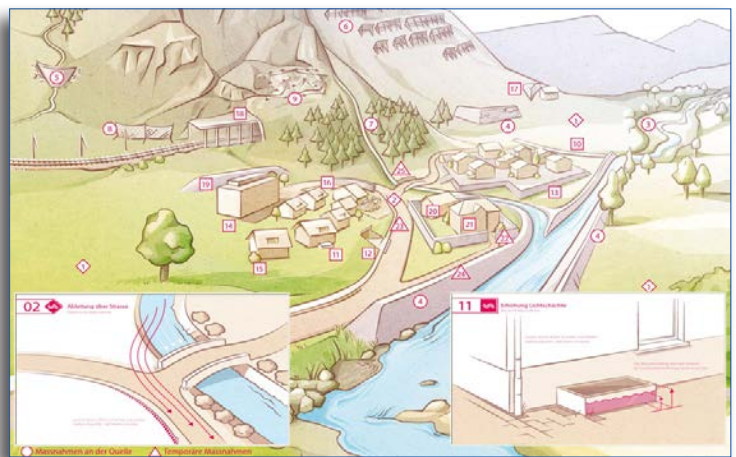


Schaubild alpine Landschaft.
(Grafiken: Nationale Plattform Naturgefahren (PLANAT), Schweiz)

Ausblick

Der Aktionsplan Risikodialog Naturgefahren wurde Anfang 2012 fertiggestellt. Die Resultate können auf der Website der PLANAT (www.planat.ch/de/risikodialog) heruntergeladen und verwendet werden.

Die PLANAT hat für die bevorstehende Phase die Funktion als Koordinationsstelle für die Umsetzung und Institutionalisierung der Aktivitäten inne. In den nächsten Schritten wird die PLANAT das Angebot weiter bekannt machen, Unterstützung bei der Umsetzung anbieten und zur Qualitätswahrung periodisch Aktualisierungen und Überarbeitungen veranlassen.

Christoph Werner ist stellvertretender Leiter der Sektion Risikogrundlagen und Forschungskoordination im Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS, Schweiz. Seit 2009 ist er Mitglied der Nationalen Plattform Naturgefahren PLANAT.
Astrid Leutwiler ist Informationsbeauftragte der Schweizerischen Nationalen Plattform Naturgefahren PLANAT.
planat@bafu.admin.ch

Von der Information zum Diskurs

Risikokommunikation besitzt einen hohen Anspruch, sowohl was die Nachhaltigkeit der Kommunikation angeht als auch die kommunikativen Wege. Sie ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am Austausch über Risiken. Deshalb sind Offenheit, Transparenz und Glaubwürdigkeit entscheidend für eine gute Risikokommunikation. Anstatt einseitige Informationen zu geben, muss ein Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern erreicht werden. Genau das versucht das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) im Hinblick auf die Risikokommunikation im Bevölkerungsschutz zu erreichen.

Elena Weber und Steffen Dieker

Risikokommunikation und ihre Bedeutung

Die Auffassung, Risikokommunikation sei bereits damit umgesetzt, dass Informationen über ein Risiko bereitgestellt werden, ist weit verfehlt. Schon in der Betrachtung dessen, was ein Risiko ausmacht,

regard dieses Ereignisses kombiniert, ist Risiko für den Nicht-Experten eher gleichbedeutend mit der Gefährlichkeit eines Ereignisses oder dem Ausmaß des potentiellen Schadens (Williams & Noyes, 2007). Darüber hinaus existiert auch ein gefühltes Risiko, das sich auf Bedrohlichkeit, Angst und Besorgnis stützt (Slovic & Peters, 2006). In der unterschiedlichen Wahrnehmung dessen, was ein Risiko ist, zeigt sich daher bereits die Schwierigkeit, dieses zu vermitteln. Risikokommunikation umfasst aus diesem Grunde mehr als die bloße Information über Risiken. Nicht ohne Grund beschreibt das BBK in seinem Glossar Risikokommunikation als den „Austausch von Informationen und Meinungen über Risiken zur Risikovermeidung, Risikominimierung und Risikoakzeptanz“ (BBK 2011).

Diese Ziele verdeutlichen den hohen Anspruch von Risikokommunikation zum einen an die Nachhaltigkeit der Kommunikation, zum anderen an die kommunikativen Wege, und vor allem an ihre Eigenschaften. Risikokommunikation muss als Daueraufgabe verstanden werden, die unabhängig von einem konkreten Anlass geführt wird und allgemeinen präventiven Charakter hat. Von besonderer Bedeutung ist es, frühzeitig relevante Öffentlichkeiten in den Austausch einzubeziehen, von der Fachwelt über Behörden, Verbände und Institutionen bis hin zu den von Risiken direkt Betroffenen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger (Wiedemann & Mertens 2005). Ziel ist es, durch die Sensibilisierung und Aufklärung über Risiken und Gefahren durch einen zwischen allen Beteiligten geführten



Risikokommunikation umfasst mehr als die bloße Information über Risiken.
(Foto: Maria Lanznaster/pixelio)

kommen unterschiedliche Perspektiven zum Ausdruck. Während die Fachwelt ein Risiko als eine statistisch bedingte Wahrscheinlichkeit eines Ereignisses betrachtet, die es mit dem erwarteten Schwe-

Dialog und in der Konsequenz einen gesellschaftlichen Diskurs Verhaltensänderungen zu stimulieren oder das Ergreifen von Schutzmaßnahmen. Durch den „interaktiven Austausch von Informationen und Meinungen über Gefahren und Risiken, über risiko-bezogene Faktoren und Risikowahrnehmungen“ (Hertel 2008), aber auch über Verfahren, mit denen Risikobewertungen und Risikomanagemententscheidungen getroffen werden, und durch die Erläuterung von Ergebnissen staatlicher Risikobewertungen in einen öffentlichen Diskurs soll eine wirksame Kommunikation in beide Richtungen gewährleistet werden, die auch Interessengruppen nicht außen vor lässt (efsa 2012).

Ruhrmann und Kohring bringen es auf den Punkt, wenn sie sagen, Risikokommunikation muss „als Herstellung sozialer Beziehungen verstanden werden, und nicht nur als einseitige Diskussion über technische Informationen. Das Hauptprodukt von Risikokommunikation sei nicht die Information selbst, sondern das soziale Verhältnis, das durch sie erzeugt wird“ (Ruhrmann & Kohring 1996). Risikokommunikation beabsichtigt folglich, ein dauerhaft angelegtes Vertrauensverhältnis zwischen allen an der Risikobewertung und am Risikomanagementprozess Beteiligten aufzubauen. Mit der Etablierung langfristiger Beziehungen einher geht die Gewinnung von Glaubwürdigkeit sowie letztendlich die Herstellung der Akzeptanzfähigkeit staatlicher Kommunikation. Nicht die einseitige Akzeptanz von Risiken durch die Menschen soll erreicht werden, sondern ein beiderseitiges Vertrauensverhältnis (Ruhrmann & Kohring 1996). Die Akzeptanz von Risiken muss letztlich der individuellen Entscheidung eines jeden Einzelnen vorbehalten werden. Gleichwohl soll Risikokommunikation jeder Bürgerin und jedem Bürger helfen, sich ein fundiertes Urteil bilden zu können, um bewusst mit den Risiken umzugehen, die uns im Alltag umgeben. Damit ist Risikokommunikation eine unabdingbare Voraussetzung für eine aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am Austausch über Risiken. Erst ein umfassendes Bewusstsein über die uns umgebenden Risiken bildet daher die Grundlage zur Teilhabe am politischen Entscheidungsfindungsprozess und für eigenständige Entscheidungen über den Umgang mit Gefahren und Risiken, über die persönliche Vorsorge und über das individuelle Verhalten in Not-situationen.

Gute Risikokommunikation zeichnet sich daher durch wenige, aber wesentliche Eigenschaften aus (efsa 2012):

Offenheit: Einbindung aller Beteiligten

Offenheit bildet eine unverzichtbare Grundlage für eine gute Risikokommunikation wie auch für den Ruf einer Organisation im Allgemeinen. Handlungs- und Maßnahmenempfehlungen für das Verhalten in bestimmten Situationen stoßen nur dann auf Vertrauen, wenn auch Grundlagen der Entscheidung kommuniziert und Risikobewertungen



Ein Merkmal guter Risikokommunikation ist die Einbindung aller Beteiligten. (Bild: Stephanie Hofschlaeger/pixelio)

rechtzeitig veröffentlicht werden. Ein offener Dialog mit Betroffenen und Interessengruppen sowie deren Einbindung in Prozesse ist eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass Verfahren der Risikobewertung Vertrauen geschenkt wird.

Transparenz: Unsicherheiten und Lücken kommunizieren

In engem Zusammenhang mit Offenheit steht Transparenz. Risikokommunikation bedeutet daher auch, Unsicherheiten zu vermitteln, wie mit diesen Unsicherheiten umgegangen wird und was sie für die Gesellschaft bedeuten.

Glaubwürdigkeit: Schnell, frühzeitig, regelmäßig informieren

Insbesondere Aussagen, die unabhängige Stellen, wie beispielsweise wissenschaftliche Institute, über Gefahren und Risiken treffen, werden als besonders glaubwürdig wahrgenommen. Zudem trägt eine schnelle und frühzeitige Kommunikation in der Risikokommunikation wie in der Krisenkommunikation auf lange Sicht mehr zur Glaubwürdigkeit bei, denn sie vermeidet, dass bei den Zuhörern Unsicherheit und Spielraum für Spekulationen entstehen.

Risikokommunikation und Krisenkommunikation: Was sie verbindet und was sie unterscheidet

Bei der Verwendung der Begriffe Risiko- und Krisenkommunikation fehlt es zuweilen noch an der nötigen Differenzierung, auch in Fachkreisen. Regelmäßig werden Risiko- und Krisenkommunikation in einem Atemzug genannt, so dass der Eindruck

der Krise legt. Gleichwohl unterscheiden sich Risikokommunikation und Krisenkommunikation in wesentlichen Punkten.

Beide Themen verbindet, dass sie auf denselben Grundsätzen der Kommunikation fußen: Offenheit, Transparenz, Glaubwürdigkeit und Dialogorientierung bilden das Wesen von Risikokommunikation, und sie sind auch entscheidend für das Gelingen von Kommunikation vor, während und nach einer Krise zwischen einer Organisation und den Medien wie auch der Bevölkerung. Andererseits ist die Krisenkommunikation innerhalb von Krisenstäben oder innerhalb strikter hierarchischer Strukturen beispielsweise in der Regel geprägt durch einseitig getroffene Entscheidungen.

Auch in der zeitlichen Dimension unterscheidet sich die Risikokommunikation von der Krisenkommunikation. Zielt Risikokommunikation vor allem auf die Prävention ab sowie darauf, die Menschen auf Gefahren und Risiken vorzubereiten, so ist sie dabei auf ein auf Dauer angelegtes Vertrauensverhältnis zu den Zielgruppen ausgerichtet. Dagegen zeichnet sich Krisenkommunikation durch kurzfristiges, zeitlich begrenztes Handeln aus, das einen akut drohenden Schaden vermeiden, beziehungsweise einen bereits entstandenen eingrenzen möchte, um die Gesamtsituation schnellstmöglich wieder in einen Normalzustand zurückzuführen. In diesem Punkt grenzt sich die Krisenkommunikation auch insofern von der Risikokommunikation ab, als dass sich Krisenkommunikation stets an einer konkreten Gefahr orientiert, wohingegen Risikokommunikation vor allen Dingen anlassunabhängig stattfinden soll und muss, um überhaupt eine nachhaltige Wirkung zu erzielen. Es gibt auch Krisensituationen, wie etwa eine Pandemie, die von langer Dauer sind und bei denen die Übergänge von Risiko- und Krisenkommunikation nicht trennscharf voneinander sind.

In diesem Punkt offenbart sich der enge Zusammenhang von Risikokommunikation und Risikoanalyse im Rahmen des staatlichen Risikomanagementprozesses, also einem kontinuierlich ablaufenden, systematischen Verfahren, das die Analyse und Bewertung von Risiken sowie die Planung und Umsetzung von Maßnahmen insbesondere zur Risikovermeidung, Risikominimierung und Risikoakzeptanz beinhaltet.



Risikokommunikation zielt vor allem auf die Prävention ab.
(Bild: Rudolpho Duba / pixelio)

entsteht, bei den beiden Begriffen handele es sich mehr oder weniger um ein und dieselbe Thematik. In der Tat stehen Risiko- und Krisenkommunikation in einem engen Zusammenhang miteinander, indem die Risikokommunikation ganz entscheidende Grundlagen für eine gelungene Kommunikation in

Risikoanalysen als Voraussetzung für behördliche Risikokommunikation

Im Zusammenwirken mit den Bundesländern, die für den Katastrophenschutz zuständig sind, erstellt der Bund gemäß § 18 Abs. 1 Satz 1 Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz eine bundesweite Risikoanalyse für den Zivilschutz. Ziel dieser Risikoanalysen ist es, einen möglichst umfassenden Überblick über unterschiedliche Gefahren und Ereignisse zu erstellen in Bezug auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit und das bei ihrem Eintreten zu erwartende Schadensausmaß. Bund und Länder arbeiten folglich zielgerichtet an einer Bestandsaufnahme der Gefahren, um auf deren Basis angemessene Schutz-, Vorsorge- und Bewältigungsmaßnahmen zu planen, zu kommunizieren und umzusetzen. Risikokommunikation als Teil dieses Risikomanagements baut dementsprechend auf den Ergebnissen der Risikoanalyse auf und muss in den umfassenden Risikomanagementprozess mit allen Beteiligten im Bevölkerungsschutz eingebettet sein.

Risikokommunikation im Bevölkerungsschutz

Seinem gesetzlichen Auftrag laut § 4 Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz entsprechend steht das BBK auf unterschiedliche Weise in Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Medien, mit Experten des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe wie auch mit gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsträgern auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Zielgruppenorientierte Kommunikation

Bisher waren Instrumente und Maßnahmen der tradierten Art wie die Broschüre „Für den Notfall vorgesorgt“ oder Teilnahmen an Fachmessen wie der „Interschutz“, der Internationalen Leitmesse für Rettung, Brand- /Katastrophenschutz und Sicherheit, und die Internetseite des BBK gängige Wege zum Austausch mit unseren Zielgruppen. Seit über einem Jahr richtet sich das BBK mit einer weiteren Website www.max-und-flocke-helferland.de gezielt an Kinder und Jugendliche zwischen sieben und zwölf Jahren, um diese frühzeitig auf ihre Rolle im Bevölkerungsschutz vorzubereiten. Das Ziel der eigen-

ständigen Vorsorge der Bevölkerung vor Alltagsgefahren, Katastrophen und Großschadenslagen soll neben der Schulausbildung auch über die Bildung von Kindern erreicht werden. Denn bei diesen Heranwachsenden wird davon ausgegangen, dass gelernte wichtige Verhaltensweisen im Rahmen von Brandschutz, Erste Hilfe oder Selbsthilfe nachhaltig in das gesamte weitere Leben wirken. Auch für Leh-



Auf der Basis sorgfältiger Risikoanalysen können angemessene Schutz-, Vorsorge- und Bewältigungsmaßnahmen geplant, kommuniziert und umgesetzt werden.

(Bild: Gerd Altmann, Hintergrund Hans Braxmeier / pixelio)

rer und Eltern wird sie Möglichkeiten bieten, das Thema Bevölkerungsschutz zusammen mit den Kindern im Schulunterricht zu bearbeiten oder sich zu Hause damit auseinanderzusetzen.

LÜKEX – effektive Risikokommunikation zwischen Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft

Mit der Länderübergreifenden Krisenmanagement-Übung / Exercise LÜKEX besteht zudem seit 2004 ein Instrument, das sich ausgezeichnet zur Sensibilisierung insbesondere von Behörden aller Ebenen, aber auch von Unternehmen, Wissenschaft und sonstigen Einrichtungen eignet. So bewirkte die erstmalige Berücksichtigung von Social Media im Rahmen der Übung, dass sich zahlreiche beteiligte Organisation erstmals mit den Vor- und Nachteilen die-

ser neuen Kommunikationswege überhaupt auseinandersetzen.

Über den Tellerrand geschaut: Risikokommunikation auf europäischer Ebene

Durch die aktive Mitwirkung des BBK am jährlichen Europäischen Bevölkerungsschutzkongress, der im September dieses Jahres zum mittlerweile achten Mal mit hoher internationaler Beteiligung in Bonn stattfand, wird auch der Austausch zu Risikokommunikation mit Institutionen und Organisationen des Bevölkerungsschutzes auf internationaler und EU-Ebene forciert. 2012 präsentierte das BBK im Rahmen eines Fachforums Beispiele aus verschiedenen Ländern zur Risikokommunikation mit dem Bürger.

BBK sieht Facebook und Co. als Chance, um direkte Risikokommunikation mit dem Bürger zu verbessern

Grundsätzlich sollte Risikokommunikation mehr sein als einseitige Information. Bürgerinnen und Bürger dürfen sich nicht ausgeschlossen fühlen, deshalb müssen neue Wege hin zum Dialog gefunden werden. Was zählt sind ein aktiver Austausch, ein transparenter Umgang mit bestehenden Risiken und die Einbeziehung aller Beteiligten. Dabei spielen zunehmend auch Social Media wie Facebook oder Twitter eine große Rolle, denn sie verbreiten nicht nur Informationen in ungeheurer Geschwindigkeit, sondern stellen zudem eine hervorragende Diskussionsplattform dar.

Im BBK werden derzeit zielgruppenspezifische Apps entwickelt, die der Bevölkerung praktische Tipps zur Ersten Hilfe, zum Selbstschutz und zur Selbsthilfe in Katastrophenlagen und Krisensituationen via Handy geben können. Auch in Sachen Social Media ist die Fachbehörde aktiv. So wird aktuell etwa ein strategisches Konzept in diesem Bereich entwickelt, um neben den traditionellen Formen der Kommunikation neue Wege des Dialogs mit den Zielgruppen zu finden und zu beschreiten.

Sowohl die „BBK-App“ als auch entsprechenden Social-Media-Kanäle verfolgen den Zweck, bestimmte Altersgruppen besser erreichen zu können. Dabei handelt es sich in erster Linie um Jugendli-

Literatur

- Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK, 2011), BBK-Glossar. Ausgewählte zentrale Begriffe des Bevölkerungsschutzes. Praxis im Bevölkerungsschutz, Band 8.
- Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (efsa, 2012), Wenn sich beim Essen etwas zusammenbraut.
- Hertel, R. F. (2008), Definition Risikokommunikation. Erstes BfR-Symposium Risikokommunikation. Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), 5.12.2008.
- Ruhrmann, G. & Kohring, M. (1996), Staatliche Risikokommunikation bei Katastrophen – Informationspolitik und Akzeptanz. Zivilschutz-Forschung – Neue Folge Band 27, Bundesamt für Zivilschutz.
- Slovic, P. & Peters, E. (2006), Risk perception and affect. *Current Directions in Psychological Science*, 15, 322-325.
- Weinheimer, H.-P. (2011), Behördliche Risikokommunikation im Bevölkerungsschutz. Standpunkt zivile Sicherheit, Nummer 4, Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit gGmbH.
- Williams, D. & Noyes, J. (2007). How does our perception of risk influence decision-making? Implications for the design of risk information. *Theoretical Issues in Ergonomics Science*, 8, 1-35.
- Wiedemann, P. M. & Mertens, J. (2005), Sozialpsychologische Risikoforschung. *Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis*, Nr. 3, 14. Jg.

che und Erwachsene mittleren Alters. Der Einsatz von Facebook und Co. könnte für das BBK also ein effektives Mittel sein, um die direkte Risikokommunikation mit dem Bürger zu verbessern.

Fazit

Offenheit, Transparenz und Glaubwürdigkeit – darum geht es bei jedweder Risikokommunikation. Sie muss als permanente Aufgabe verstanden werden, die losgelöst von einem konkreten Anlass geführt wird und allgemeinen präventiven Charakter besitzt. Absolut notwendig ist es dabei, im Sinne von Wiedemann & Mertens, relevante Öffentlichkeiten in den Austausch einzubeziehen, von der Fachwelt über Behörden, Verbände und Institutionen bis hin zu den von Risiken direkt Betroffenen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Elena Weber ist Mitarbeiterin im Referat Information der Bevölkerung, Presse, Öffentlichkeitsarbeit im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.
Steffen Dieker ist Volontär im Referat Information der Bevölkerung, Presse, Öffentlichkeitsarbeit im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Trinkwassernotversorgung

Betrieb eines Bundes-Notbrunnens in Darmstadt

Das Wassersicherstellungsgesetz regelt detailliert Bau und Vorhaltung von Brunnenanlagen. Praktische Erfahrungen mit der Inbetriebnahme gibt es aber kaum. Übungen mit unterschiedlichen Szenarien sollen hier Abhilfe schaffen und die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten – Bund, Länder, Kommunen und Versorgungsunternehmen – verbessern.

Peter Fischer, Jens Rönfeldt, Norbert Schindler, Peter Nees

Zur Zeit des Ost-West-Konfliktes wurden in der Bundesrepublik zahlreiche Strukturen geschaffen, um bei einem flächendeckenden Ausfall überlebenswichtiger Einrichtungen die Grundversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Wasser und Energie durch temporäre Maßnahmen eingeschränkt aufrecht zu erhalten. Einige dieser Strukturen mit effizientem Kosten / Nutzen-Aspekt bestehen weiterhin fort.

Dazu zählt auch die Trinkwassernotversorgung nach dem Wassersicherstellungsgesetz (WasSG), die in Großstädten und Ballungsgebieten besondere Brunnenanlagen vorhält. Sie sind an zentralen Stellen, wie z. B. Schulen, errichtet, vollkommen autark von der öffentlichen Wasserversorgung und fördern im Bedarfsfall trinkbares Wasser aus den oberen Grundwasserstockwerken. Die vom Bund errichteten Brunnen werden von den Kommunen gewartet und jährlich auf Funktion überprüft. Regelmäßige Pumptests und Wasseranalysen stellen die Leistungsfähigkeit sowie die Wasserqualität der Brunnen sicher. Das geförderte Wasser wird im Bedarfsfall am Brunnen direkt an die Bevölkerung abgegeben und kann über einen Zeitraum von vierzehn Tagen ohne Bedenken als Trinkwasser genutzt werden.

Obwohl die Trinkwassernotversorgung bestimmungsgemäß auf einen Verteidigungsfall ausgerichtet ist, kann sie auch bei anderen Notsituationen eingesetzt werden, in denen die Öffentliche Wasserversorgung als Bestandteil Kritischer Infra-

strukturen eingeschränkt oder abgeschaltet werden muss. In diesen Fällen greifen die Landesregelungen zum Katastrophenschutz.

Durch den fortschreitenden Klimawandel bedingte Naturkatastrophen, wie Stürme und Hoch-



Überwachung der Wasserqualität.

wasser, sowie resultierende Stromausfälle, aber auch durch Terroranschläge und eine damit verbundene Sensibilisierung der Menschen für Notfälle, hat die Trinkwassernotversorgung in den letzten zehn Jahren

eine merkliche Aufwertung erfahren. Zahlreiche Brunnen zur Notversorgung konnten hergerichtet oder neu niedergebracht werden und bestehende Brunnenanlagen wurden auf einen zeitgemäßen technischen Stand gebracht. Heute stehen in Deutschland mehr als 5 200 solcher Brunnenanlagen zur Verfügung.

Während in den einschlägigen Vorschriften zur Umsetzung des Wassersicherungsgesetzes Bau und Vorhaltung der Brunnenanlagen ausführlich geregelt sind, fehlt es wegen der geringen Anzahl der bisherigen Brunneninbetriebnahmen auf kommunaler Seite noch an praxisnahen Vorgaben zur Verteilung des Wassers sowie zur Kommunikation zwischen den beteiligten Stellen bei unterschiedlich schweren Einsatzsituationen. Übungen mit einem angenommenen Szenario zum plötzlichen Ausfall der Wasserversorgung können diesem Umstand wirkungsvoll begegnen und werden aus Bundessicht begrüßt. Besonders in Großstädten, wo in Not- und Krisensituationen eine Bereitstellung von Trink-



Übungsbeteiligte bei der Einweisung.

wasser mit Tankwagen für 10 000 Einwohner leicht an Grenzen stoßen kann, erkennen immer mehr Verantwortliche den Doppelnutzen der Trinkwasser-notversorgung und planen präventive Maßnahmen, um die vorhandenen Bundes-Brunnen im Einsatzfall schnell und pragmatisch nutzen zu können.

Nach mehrfachen Brunneninbetriebnahmen in Köln und einer größer angelegten fiktiven Schadenslage zur Einbindung der Notwasserversorgung

in Hamburg, die auch von der Polizei verfilmt wurde, fand dieses Jahr eine weitere Übung in Darmstadt statt.

Auf dem Gebiet der Wissenschaftsstadt Darmstadt befinden sich 18 Notbrunnen, die durch Mitarbeiter der Unteren Katastrophenschutzbehörde (Feuerwehr) betreut und durch Kräfte der Freiwilligen Feuerwehr Innenstadt in regelmäßigen Abständen überprüft werden. Die Aktivitäten der genannten Beteiligten befassen sich im Wesentlichen mit den Wartungs- und Reparaturarbeiten zur Aufrechterhaltung der Förderleistung und der dafür notwendigen technischen Infrastruktur. Störungen entstehen durch den Ausfall von Pumpen, leider aber auch durch Vandalismus.

Eines der wesentlichen Übungsziele der Notbrunnenbetriebsübung am 25. August 2012 war neben der Überprüfung der bestehenden Einsatzpläne, möglichst alle Verantwortlichen aus den Behörden der Kommune, dem Land und dem Bund sowie den Wasserversorger vor Ort zusammenzubringen, um den Beteiligten die Möglichkeit zu geben, sich persönlich kennenzulernen und über die fachlichen Probleme und die Schnittstellen für die notwendigen Problemlösungen zu diskutieren. Weiterhin wurde die Gelegenheit genutzt, für den Betreuungsdienst ein alternatives Szenario anzubieten, das nicht in die üblichen Übungslagen passt und daher nicht so häufig geübt wird. An der Übung waren folgende Behörden und Organisationen aktiv oder als Beobachter beteiligt:

- Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
- Deutsches Rotes Kreuz
- Feuerwehr Darmstadt (Untere Katastrophenschutzbehörde und Freiwillige Feuerwehr)
- Gesundheitsamt Darmstadt
- Hessenwasser GmbH & Co. KG
- Kreisverbindungskommando der Bundeswehr
- Obere Wasserbehörde (RP Darmstadt)
- Obere Katastrophenschutzbehörde (RP Darmstadt)
- Technisches Hilfswerk OV Darmstadt

Der betreffende Notbrunnen befindet sich auf dem Gelände einer Schule im Darmstädter Stadtteil Bessungen. Das Wasser wird dort aus einer Tiefe von 29 Metern gefördert. Es wurde der Betrieb einer

Gruppenzapfstelle (zehn Entnahmestellen) mit stationärer Stromversorgung und mit Notstromversorgung getestet.

Wesentliche Erkenntnisse der Übung

Die Leistungsfähigkeit des Brunnens wurde bestätigt. Die vom Regelwerk zur Wassersicherstellung geforderten Parameter (6 000 Liter pro Stunde in 15 Betriebsstunden pro Tag) können eingehalten werden. Mit Hilfe der Statisten wurden in 45 Minuten 715 Wasserentnahmen mit 10-Liter-Gebinden gezählt. Bei der Bewertung der Leistungsfähigkeit auf der Grundlage dieser Zahlen muss aber einkalkuliert werden, dass nicht alle Gebinde immer randvoll und nicht alle zehn Entnahmestellen permanent und zeitgleich geöffnet waren. Zudem führt die Altersstruktur der Bevölkerung zu unterschiedlichen Durchlaufgeschwindigkeiten. Grundsätzlich wäre sogar der Betrieb einer weiteren Gruppenzapfstelle an diesem Brunnenstandort möglich.

Im Rahmen der Einsatzplanung ist zu berücksichtigen, dass Generatoren für die Notstromversorgung aufgrund der hohen Anlaufströme der stationären Pumpen und den mehrtägigen Betriebszeiten der Wasserausgabestellen erhöhte Anforderungen erfüllen müssen.

Die Gerätschaften der Feuerwehr für die Wasserabgabe erfüllen nicht die Hygieneanforderungen des Wasserversorgers. Standrohre aus Edelstahl stellt der Wasserversorger zukünftig der Stadt Darmstadt zur Verfügung. Die Beschaffung von geeignetem Dichtungs- und Schlauchmaterial ist auf kommunaler Ebene zu klären. Für die endgültige Freigabe des Brunnens für die Trinkwasserausgabe sind im Ereignisfall noch Zeiten einzuplanen, die der Wasserversorger für die mikrobiologische Begutachtung benötigt. Es ist davon auszugehen, dass das Wasser innerhalb der ersten 24 Stunden nach Inbetriebnahme lediglich für die Körperhygiene verwendet werden darf. Generell erfolgt in der Wasserausgabestelle noch die Beigabe von Chlortabletten. Der Wasserversorger überwacht vor Ort permanent die Parameter Trübung, pH-Wert, Sauerstoffkonzentration, Leitfähigkeit und Temperatur.

Die Belastung der Statisten für die 45 Minuten dauernde Durchlaufübung war sehr hoch. Für die Übungsplanung sind für diesen Bereich ausreichend

leistungsfähige Mitwirkende erforderlich. Für den mehrtägigen Betrieb eines Trinkwassernotbrunnens müssen mindestens sechs Funktionen eingeplant werden, die im Schichtdienst zu besetzen sind. Planerisch wird davon ausgegangen, dass pro Brunnen die Versorgung von 6 000 Einwohnern möglich ist. Falls der zeitgleiche Betrieb von mehreren Brunnen in Darmstadt über mehrere Tage erforderlich sein sollte, wird sich diese Lage sehr schnell zu einer



Wasserentnahme.
(Fotos: Rönnfeldt)

überregionalen Lage entwickeln, da dann die lokalen Einheiten für den mehrtägigen Betrieb nicht mehr ausreichen.

Jens Rönnfeldt, Norbert Schindler und Peter Nees sind Mitarbeiter der Feuerwehr Darmstadt
Peter Fischer ist Mitarbeiter des Referates „Wasserversorgung, baulich-technischer Schutz Kritischer Infrastrukturen“ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Wendemanöver

Die angepeilte Energiewende birgt Herausforderungen für die Elektrizitätsversorgung

Aaron Praktijnjo und Georg Erdmann

Die Stromversorgung wurde organisatorisch und technisch für die Stromerzeugung in großen Kraftwerken ausgelegt. Diese Kraftwerke können technisch Strom abhängig davon erzeugen, ob Verbraucher diesen verwenden wollen. Durch die beschlossene Energiewende verändern sich Anforderungen an die Versorgung jedoch. Zunehmend kleine fluktuierende Stromerzeuger

sollen die Aufgaben von großen Kraftwerken verrichten. Allerdings erzeugen diese den Strom unabhängig vom Verbrauch aber abhängig von meteorologischen Gegebenheiten. Wir haben die sich hieraus ergebenden Diskrepanzen untersucht, die zu einer Erhöhung der Verwundbarkeit der Netzsteuerung und damit zu einem Anstieg des Risikos von Stromausfällen führen.

Elektrizitätsversorgung und Bevölkerungsschutz

Deutschland ist als moderne Volkswirtschaft und exportorientierte Industrienation sehr stark von einer zuverlässigen Elektrizitätsversorgung abhängig. Dementsprechend gehen Stromausfälle auch mit sehr hohen Schäden für die Bevölkerung einher. Wir schätzen die durch einen Stromausfall verursachten Kosten auf durchschnittlich etwa 8-10 Euro je ausgefallener Kilowattstunde (kWh). Der Vergleich dieser Kosten mit dem Strompreis in Deutschland – derzeit um die 25 Cent / kWh – zeigt, dass Stromausfälle mit hohen Kosten für die Bevölkerung einhergehen.

In der Vergangenheit hatte Deutschland, im internationalen Vergleich mit wenigen Versorgungsproblemen, stets ein sehr hohes Maß an Versorgungssicherheit. Abb. 1 zeigt, dass Deutschland auch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern bei den durchschnittlichen Stromausfalldauern sehr gut abschneidet.

Derzeit befindet sich das deutsche Elektrizitätssystem in Folge der Energiewende allerdings in einer grundlegenden Transformation. Aus diesem Grunde haben wir von der Technischen Universität Berlin in einer Studie für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) untersucht, ob und inwiefern diese Systemveränderungen die Verwundbarkeiten in der Stromversorgung ver-

ändern. Die Ergebnisse der Studie fließen in das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt im Rahmen des Nationalen Sicherheitsforschungsprogramms „Szenarioorientierte Grundlagen und innovative Methoden zur Reduzierung des Ausfallrisikos der Stromversorgung unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Bevölkerung“ (GRASB)¹ ein.

Das Projekt Energiewende

Die Bundesregierung hat sich als Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels das Ziel gesetzt, den heutigen Anteil an Erneuerbaren Energien im Stromsektor von rund 20 % auf mindestens 30 % bis zum Jahr 2020 und 80 % bis zum Jahr 2050 zu steigern (Abb. 2, siehe BMWi (2011) und BMU (2011)).

Mit der Umsetzung der Ziele der Energiewende gehen wichtige Entwicklungstendenzen für das Energiesystem einher, die für die Analyse der Verwundbarkeiten in der Stromversorgung besonders relevant sind.

- 1) Abnahme regelbarer Stromerzeugungskapazitäten: Unter regelbaren Kapazitäten fassen wir Stromerzeugung zusammen, die in Abhängigkeit von der Stromnachfrage Erzeugungsleistung bereitstellen kann. Hierunter fällt somit vorwiegend die konventionelle Erzeugung aus fossilen

Brennstoffen und aus Kernkraftwerken. Aber auch Wasser- und Biomassekraftwerke sind regelbare Kraftwerke.

2) Zunahme fluktuierender und regenerativer Stromerzeugung: Vor allem die dargebotsabhängige Erzeugung aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen wird stark ausgebaut. Diese Anlagen erzeugen Strom jedoch nur abhängig von Wetterbedingungen und weitestgehend unabhängig vom vorhandenen Strombedarf. Die geografische Verteilung der Wind- und Photovoltaikanlagen in Deutschland in 2010 ist in Abb. 3 dargestellt.

Aufbau und Betrieb der Stromnetze

Da Elektrizität ein quasi nicht-lagerbares Gut ist, wird Strom zeitlich dann erzeugt, wenn er von den Verbrauchern benötigt wird. Über Stromnetze wird er sodann zeitgleich vom Erzeuger zum Verbraucher transportiert.

Ein Teil der elektrischen Energie geht aufgrund von spezifischen Leitungswiderständen verloren. Um diese Verluste zu minimieren, wird die elektrische Spannung erhöht, da dies wirtschaftlicher ist als in den Leitungen teure Materialien mit niedrigem spezifischem Widerstand zu verwenden. In konventionellen Kraftwerken erzeugter Strom hat üblicherweise eine Spannung zwischen 6 und 21 Kilovolt (kV). Um die oben genannten Leitungsverluste zu minimieren, wird die Spannung in Transformatoren auf bis zu 380 kV erhöht.

Da diese hohen Spannungen für Endverbraucher generell nicht geeignet sind (Haushalte werden beispielsweise mit einer Spannung von 230 bzw. 400 Volt versorgt), wird der Strom in weiteren Transformatoren stufenweise heruntergeregelt. Dies geschieht verbrauchernah.

Insgesamt wird die Verbindung der einzelnen Spannungsebenen in Deutschland über rund 557.500 Transformatoren sichergestellt.

Im deutschen Stromnetz unterscheidet man deshalb nach den Betriebsspannungen zwischen



Abb. 1: Durchschnittliche Stromausfalldauer in Minuten in 2006 je Abnehmer in allen Spannungsebenen. Ausnahmen sind *ohne Niederspannung, **ohne Hoch- und Niederspannung, ***ohne Hoch- und Mittelspannung.²

vier Spannungsebenen. Abgrenzungen bei unterschiedlichen Netzspannungen fallen jedoch in der Fachliteratur häufig auseinander. Häufig werden folgende Spannungsgrenzen zur Unterscheidung verwendet:

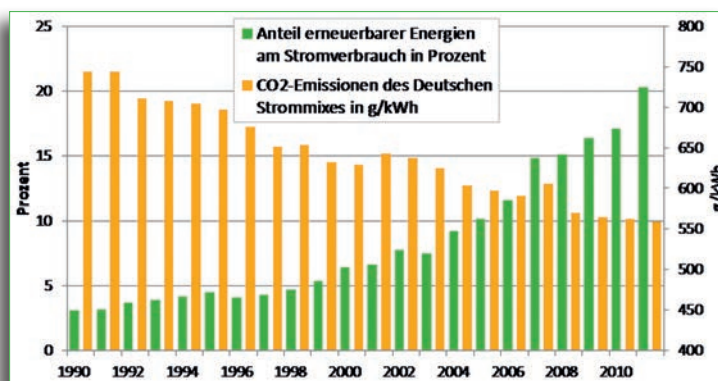


Abb. 2: Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien (linke Achse) und der spezifischen CO₂-Emissionen im Stromsektor (rechte Achse)³

- Das Höchstspannungsnetz hat eine Spannung von 380 bzw. 220 kV und dient der überregionalen Verteilung, beispielsweise in europäische Nachbarländer oder an sehr große Industriebetriebe.
- Die Hochspannungsnetze werden mit einer Spannung von 110 kV betrieben. Sie dienen der Versorgung größerer Gebiete, der Eisenbahnen und lokaler Stromversorger. Die Hochspannungsnetze werden aus den Höchstspannungsnetzen sowie aus Kraftwerken gespeist.
- Die Mittelspannungsnetze werden mit einer Spannung von 20 kV betrieben. Sie versorgen lokale Stromversorger und Industrie bzw. größere Gewerbebetriebe.

¹ Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Projekt GRASB. (2012)
² Council of European Energy Regulators (2008)
³ Energiedaten des BMWi (2011) und Entwicklung der spezifischen Kohlendioxid-Emissionen des deutschen Strommixes des BMU (2012).

- Die Niederspannungsnetze versorgen vor allem Haushalte, kleinere Gewerbebetriebe und Landwirtschaft von Spannungen von 400 bzw. 230 V.

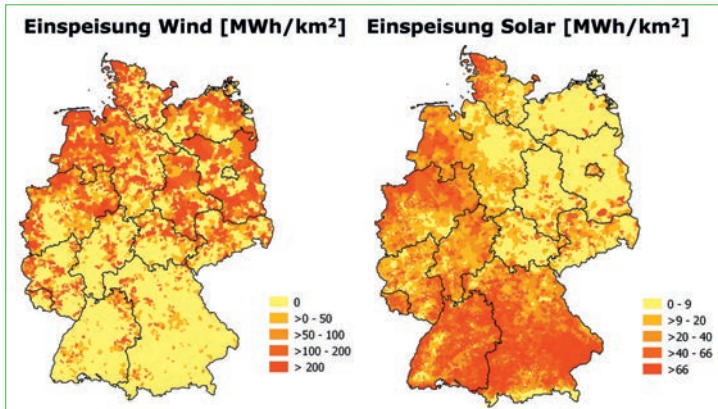


Abb. 3: Regionale Einspeisung von Wind- und PV-Strom in Deutschland in 2010.

In den verschiedenen Spannungsebenen wird dann schließlich Strom ein- und ausgespeist. In Abb. 4 sind die unterschiedlichen Ein- und Ausspeisungen in den jeweiligen Spannungsebenen schematisch dargestellt.

Die Stromnetze werden weiterhin in Übertragungs- und Verteilungsnetze unterschieden. Wie in Abb. 4 ersichtlich, sind vier Übertragungsnetzbe-

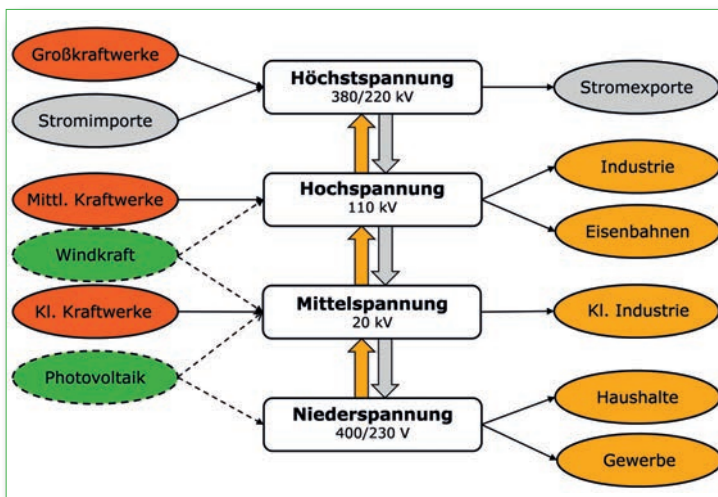


Abb. 4: Schematischer Aufbau des Stromnetzes in Deutschland.

treiber im Allgemeinen für den Betrieb der Höchstspannungsnetze verantwortlich, während rund 900 Verteilnetzbetreiber überwiegend für den Betrieb der Netze der untergeordneten Spannungsebenen (Hoch-, Mittel- und Niederspannung) zuständig sind.

Im Rahmen der Studie haben wir eine Untersuchung der Einspeisungen von Windenergie- und Photovoltaikanlagen in die unterschiedlichen Spannungsebenen der Netze durchgeführt. Die Ergebnisse unserer Untersuchungen zeigen, dass diese Anlagen im Gegensatz zu konventionellen Großkraftwerken hauptsächlich in die Stromnetze mit niedrigeren Spannungsebenen einspeisen, also den Netzen der Verteilnetzbetreiber.

Wahrung der Systemstabilität unter sich ändernden Rahmenbedingungen

Für eine sichere Versorgung der Anschlusskunden mit Elektrizität ist das Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure erforderlich. Gegenwärtig sind die Übertragungsnetzbetreiber durch das Energiewirtschaftsgesetz dazu verpflichtet, die Systemverantwortung für das Versorgungssystem zu übernehmen. Im Zuge der Liberalisierung des Strommarktes wurden die Netzbetreiber zur Stärkung des Wettbewerbs von den übrigen Akteuren der Elektrizitätswirtschaft abgetrennt. Allerdings sind die Übertragungsnetzbetreiber zur Wahrung der Systemstabilität und der Erbringung von sogenannten Systemdienstleistungen auf die Unterstützung der übrigen Akteure angewiesen. Dies geschieht in Form der Erbringung von sogenannten Systemdienstleistungen. Hierzu zählen beispielsweise Maßnahmen zur Frequenz- und Spannungshaltung im Verbundnetz oder Maßnahmen der Entlastung von Netzengpässen und zur schnellen Identifikation von Netzfehlern. Allerdings können Windkraft- und Photovoltaikanlagen sich aus zwei Gründen nur sehr stark begrenzt an der Erbringung von Systemdienstleistungen beteiligen.

Zunächst sind hier technische Gründe zu nennen. Photovoltaikanlagen erzeugen Elektrizität als Gleichstrom. Dieser Gleichstrom wird über Wechselrichter in Wechselstrom gewandelt, bevor er in die Stromnetze gespeist wird. Windkraftanlagen erzeugen die Elektrizität zwar als Wechselstrom, dieser kann aber aufgrund der inkonsistenten Eigenschaften nicht direkt in die Stromnetze gespeist werden.

⁴ Dittmar, L., 2011. Understanding the Regional Diffusion of Solar Photovoltaic in Germany: A Panel Regression Approach. Forschungskolloquium Energiesysteme 2011.

Stattdessen wird der inkonsistente Wechselstrom zunächst in Gleichstrom, dann über Wechselrichter zurück in konsistenten Wechselstrom gewandelt und in die Stromnetze eingespeist. Die über Wechselrichter in die Stromnetze einspeisenden Anlagen wie Windkraft- und Photovoltaikanlagen können technisch nach dem heutigen Stand aber nur stark begrenzt Systemdienstleistungen erbringen.

Zum anderen stellen schlicht und ergreifend organisatorische Gründe Hemmnisse zur Einbindung von Erneuerbaren Energien dar. Bei einer relativ kleinen Anzahl an großen Stromerzeugungsanlagen (Großkraftwerken), die Strom hauptsächlich in die Netze der vier systemverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber einspeisen, ist eine Koordination der zu erbringenden Systemdienstleistungen von dieser relativ überschaubaren Anzahl an Erzeugern noch vergleichsweise einfach. Wesentlich schwieriger wird die Koordination jedoch bei einer sehr hohen Zahl kleiner Erzeugungsanlagen (Wind- und Photovoltaikanlagen), die die erzeugte Elektrizität überwiegend in die Netze der ca. 900 Verteilnetzbetreiber einspeisen.

Mögliche Problemlösungen für die oben genannten Verwundbarkeitsaspekte werden derzeit hauptsächlich in der Implementierung neuer Informationstechnologien gesehen, einem sogenannten intelligenten Stromnetz oder Smart-Grid. Allerdings ist das Ausmaß der damit verbundenen Sicherheitsrisiken noch unbekannt, sodass in diesem Bereich möglicherweise weitere Risiken verborgen liegen.

Fazit

Durch den schnellen Zubau von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien und der Integration dieser Anlagen in das bestehende elektrische Versorgungssystem klaffen die Auslegungsgrundlagen des Versorgungssystems und die tatsächlichen Anforderungen an das System zunehmend auseinander. Die heutige Netzsteuerung wurde ursprünglich ausgelegt für folgende Fälle:

- a) Stromerzeugung zeitlich abhängig von der Stromnachfrage.
- b) Unidirektionale Versorgung durch relativ wenige, aber große Kraftwerke, die in Netzen hoher Spannungsebenen einspeisen zu den Verbrau-

Literatur

- BMWi und BMU, 2010. Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung.
- Ehlers, N., 2011. Strommarktdesign angesichts des Ausbaus fluktuierender Stromerzeugung.
- Praktiknjo, A., Hähnel, A. und Erdmann, G., 2011. Assessing energy supply security: Outage cost in private households. Energy Policy(39).
- prognos, ewi und gws, 2011. Energieszenarien 2011. Basel, Köln, Osnabrück.
- VDN, 2007. Distribution Code 2007: Regeln für den Zugang zu Verteilungsnetzen.
- VDN, 2007. Transmission Code 2007: Netz- und Systemregeln der deutschen Übertragungsnetzbetreiber.

chern, die den Strom aus Netzen niedrigerer Spannungsebenen entnehmen.

Durch die Energiewende verändern sich die Umstände in Zukunft jedoch folgendermaßen:

- a) Zunehmend fluktuierende Stromerzeugung, unabhängig von der Stromnachfrage und abhängig von meteorologischen Gegebenheiten.
- b) Bidirektionale Versorgung durch relativ viele Erzeugungsanlagen, die an niedrigen Spannungsebenen angeschlossen sind.

Wegen der hierdurch wachsenden Diskrepanzen ergeben sich große Herausforderungen für die Erhaltung der Systemstabilität und für die Versorgungssicherheit. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass durch die von der Bevölkerung gewünschte Umsetzung von Klimaschutzziele in Form des Großprojektes Energiewende mit einer steigenden Verwundbarkeit in der Stromversorgung und mit einem steigenden Risiko von Stromausfällen zu rechnen ist. Deshalb ist eine frühzeitige Analyse der Auswirkungen von Versorgungsunterbrechungen auch im Rahmen des Bevölkerungsschutzes unbedingt notwendig. Denn allein eine gute Vorsorge ermöglicht es, die Bevölkerung adäquat in kritischen Situationen vor Gefahren schützen zu können.

Aaron Praktiknjo ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Energiesysteme der Technischen Universität Berlin. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist die Energieversorgungssicherheit.

Prof. Dr. Georg Erdmann ist Leiter und Lehrstuhlinhaber des Fachgebiets Energiesysteme der Technischen Universität Berlin. Er gehört der vierköpfigen Expertenkommission der Bundesregierung zur Begleitung der Energiewende an.

Aufgabenorientierte Lagedarstellung für operativ-taktische Stäbe

Florentin von Kaufmann, Andreas Karsten

In vielen Stabsübungen ist immer wieder festzustellen, dass operativ-taktische Stäbe des Bevölkerungsschutzes nicht ihre Aufgaben, sondern diejenigen unterstellter Führungsgremien wahrnehmen. Dies liegt aus Sicht der Autoren unter anderem an der Lagedarstellung,

die sich in der Regel nicht von denen der unterstellten Ebenen unterscheidet. In diesem Artikel soll eine speziell auf die Aufgaben der operativ-taktischen Stäbe zugeschnittene Lagedarstellung vorgestellt werden.

Zustandsbeschreibung

Die Aufgaben eines operativ-taktischen Stabes (Stab eines Stadt- oder Landkreises) entsprechend der FwDV/DV 100 sind:

- Bildung des Einsatzschwerpunktes
- Ordnung des Raumes (Abschnittsbildung)
- Ordnung der Kräfte (Bereitstellen von Einsatzkräften und Reserven im Einsatzraum)
- Ordnung der Zeit (Reihenfolge der Maßnahmen, Ablösen von Einsatzkräften durch Reserven)
- Ordnung der Informationen (Aufbau und Betrieb einer Kommunikationsstruktur)

Ein wesentlicher Punkt ist, dass der Stab möglichst schnell aus einer defensiven Arbeitshaltung, also dem Reagieren auf die Lage in ein offensives Agieren vor die Lage kommt. Das kann er nur erreichen, wenn er sich mit der zukünftigen Entwicklung der Lage beschäftigt und nicht mit dem Versuch, die laufende Lage abzubilden.

Ziel muss es sein, ein übergeordnetes Gesamtziel für den Einsatzerfolg zu entwickeln und dies den nachgeordneten Stäben so zu vermitteln, dass alle im Sinne der übergeordneten Führung handeln können, sowie die Aufträge der Nachbarn und ihre wesentlichen Leistungen kennen.

Das Durchdenken der zukünftigen Lageentwicklung in den oben genannten Aufgabenbereichen und das Durchplanen der entsprechenden Maßnahmen sind der wesentliche Unterschied zu technisch-taktischen Führungsgremien (Technische Einsatzleitungen, Einsatzabschnittsleitungen,...) und machen es zwingend erforderlich, dass einsatztaktische Details entsprechend der Auftragstaktik gerade nicht behandelt werden. Betrachtet man die bisherige Lagedarstellung der entsprechenden Führungsgremien, so wird dies nicht deutlich.

Über alle Führungsebenen wird derzeit eine einheitliche Lagedarstellung verwandt. Sie beinhaltet u. a.

- Geografische Darstellung des Schadensgebietes
- Informationen zur kalten Lage
 - Wetter
 - Infrastrukturen
- Informationen zur Schadenslage in Schadenskonten unterteilt nach
 - Personenschäden
 - Umweltschäden
 - Sachschäden
- Informationen über Gefahren
- Übersicht der Einheiten, häufig sortiert nach
 - Nicht alarmiert
 - Alarmiert

- Auf der Anfahrt
- Im Bereitstellungsraum
- Im Einsatz

Folglich konzentrieren sich derzeit die höheren Führungsebenen im Wesentlichen darauf, die Informationen der nachgeordneten Führungsebenen verdichtet und gefiltert darzustellen.

Unberücksichtigt bleibt die Abfasszeit der einzelnen Lagemeldungen. Somit werden in den Lagedarstellungen Informationen, die die einzelnen Aspekte des Einsatzes zu unterschiedlichen früheren Zeitpunkten abbilden, so zusammen dargestellt, als ob sie die aktuelle Gesamtsituation darstellen.

Eine analoge Schadensdarstellung in allen Führungsebenen hat zwar den Vorteil, dass Führungskräfte sich leicht zurechtfinden. In einer sich sukzessiv aufbauenden Führungsorganisation werden dabei die Lagedarstellungen der unterstellten Führungsebenen von den übergeordneten Ebenen übernommen. Dies birgt die große Gefahr, dass die höheren Führungsebenen sich auf eine Kontrollfunktion beschränken, da sie sich in der laufenden Lage verfangen und es nicht schaffen mit ihren Planungen wirklich vor die Lage zu kommen und somit offensiv handeln zu können.

In vielen Stabsübungen ist aber immer wieder festzustellen, dass die „technisch-taktische“ Lagedarstellung in operativ-taktischen Stäben die Angehörigen der letzteren dazu verführen, ausschließlich die technisch-taktischen Aufgaben wahrzunehmen. Dies führt zum einen zu mangelhaften Ergebnissen, u. a. aufgrund der langen Meldewege, und zum anderen zur Frustration der unterstellten Führungsebenen.

In einem Workshop an der zum Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gehörenden Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) wurde eine „neue“ Lagedarstellung entwickelt, die den Denkprozess in den operativ-taktischen Stäben und die Fokussierung auf deren Aufgaben unterstützen soll. Einzelne Module werden bereits in Stabsübungen an der AKNZ erfolgreich umgesetzt. Andere sind für viele Stabsangehörigen eher fremd und werden bisher nicht angewendet.

Oberstes Ziel dieser Lagedarstellung ist es nicht, die Realität vor Ort darzustellen, sondern die Angehörigen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben effektiv zu unterstützen.

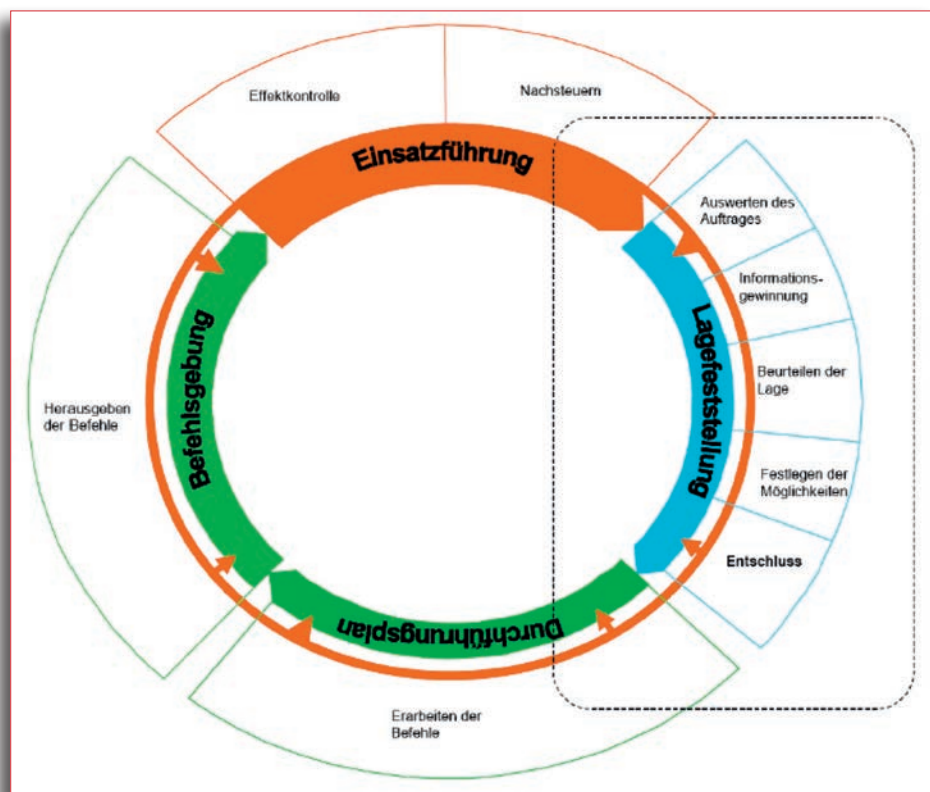


Abb. 1: Führungsvorgang.

Der Führungsvorgang

Entsprechend der FwDV 100 / DV 100 unterteilt sich der Führungsvorgang in drei Phasen:

- Lagefeststellung (Erkundung / Kontrolle)
- Einsatzplanung mit Beurteilung und Entschluss
- Befehlsgebung

Beeinflusst wird dieser Führungsvorgang durch die Lage und den Auftrag.

Ähnliche grafische Darstellungen zur Entscheidungsfindung finden sich vielfältig in der entsprechenden Literatur, auch wenn die Unterteilung gelegentlich anders gewählt wird. Im Folgenden

personellen und technischen Ausstattung sowie deren aktuellem Zustand, welcher aufgrund der bisherigen Einsatzdauer dieser Einheiten reduziert sein kann. Danach beurteilt der S3 die Lage im Gesamten und stellt die Möglichkeiten der Schadensabwehr grob dar. Dazu hat er anzugeben, welche

personellen und materiellen Ressourcen zu welchem Zeitpunkt an welchem Ort benötigt werden. Hier haben sowohl der S1 als auch der S4 sowie die Fachberater etwaige Bedenken zur Durchführbarkeit zu äußern. Nachdem alle Einsatzmöglichkeiten mit ihrem Für und Wider vorgestellt sind, entscheidet der Einsatzleiter – in dessen Abwesenheit der Leiter des Stabes – über die Einsatzoption, die ausgeführt werden soll.

Danach beginnt die Detailplanung in den einzelnen Sachgebieten

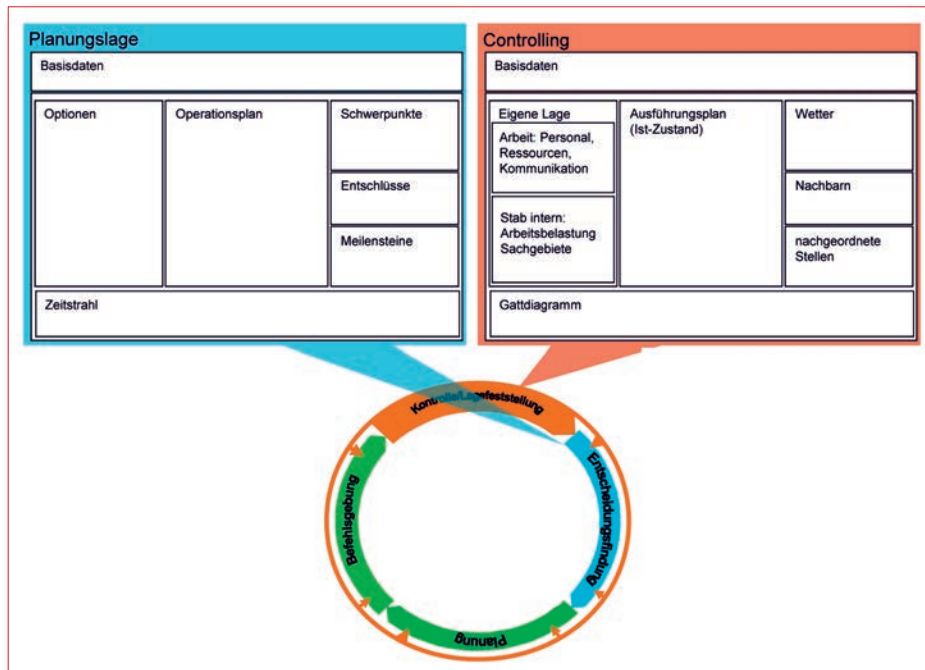


Abb. 2: Grundprinzip der aufgabenbezogenen Lagedarstellung.

soll ebenfalls eine etwas veränderte Darstellung des Führungsvorganges verwendet werden. Diese versucht die Gruppeninteraktionen im Stab bezüglich der Entscheidungsfindung abzubilden (Abb. 1).

Die Lagefeststellung beginnt – im ersten Umlauf – mit der Auswertung des Auftrages. Dies ist in der Regel die Aufgabe des Einsatz- bzw. Stabsleiters. Anschließend haben alle Stabsmitglieder den Auftrag, Informationen zu ihren Sachgebieten für einen ersten Lagevortrag zur Entscheidung zu sammeln. Dabei müssen sie neben dem Auftrag immer die Aufgaben entsprechend der FwDV / DV 100 berücksichtigen. Anders ausgedrückt bedeutet dies, immer das „Große Bild“ vor Augen zu haben und nicht ins Mikromanagement zu fallen.

Während des Lagevortrages zur Entscheidung (LVE) stellen der S2 die Schadenslage und der S3 unter Berücksichtigung der einsatztaktischen Fähigkeiten der unterstellten Einsatzkräfte die eigene Lage dar. Die einsatztaktischen Fähigkeiten der unterstellten Einheiten sind abhängig von deren

des Stabes. Schon vor der Detailplanung ist es vorteilhaft, unterstellte Führungsebenen über die Absicht des Einsatzleiters zu informieren, damit diese so früh wie möglich ebenfalls mit der Planung für ihren Bereich beginnen können. Während der Detailplanung sind ggf. umfangreiche Absprachen innerhalb des Stabes aber auch mit anderen Führungsgremien (z. B. der Polizei) notwendig.

Innerhalb der Detailplanung sind Meilensteine zu definieren. Dabei ist anzugeben, was bis spätestens wann erreicht werden muss, um den Einsatzauftrag als Ganzes zu erfüllen. Sobald die Detailplanung abgeschlossen ist, werden die Befehle an die unterstellten Führungsebenen ausgegeben.

Die Sachgebiete haben nun zu kontrollieren, ob ihre Befehle umgesetzt werden und ob diese zum gewünschten Ergebnis führen. Gegebenenfalls sind diese entsprechend zu korrigieren.

In der Folge sind regelmäßige Lagebesprechungen zur Unterrichtung durchzuführen, damit jeder im Stab über den Einsatzablauf im Bilde ist.

Solange die einzelnen Meilensteine erreicht werden oder sich die Lage nicht entscheidend verändert, wird der einmal gewählte Einsatzplan abgearbeitet. Werden allerdings einzelnen Meilensteine nicht rechtzeitig erreicht bzw. verändert sich die Lage – sei es durch neue Schadensereignisse oder durch Ausfall eigener Kräfte – hat der S3 neue Einsatzoptionen zu erarbeiten, die er in einem weiteren Lagevortrag zur Entscheidung darstellt, und der Führungsvorgang beginnt von neuem. Diese Arbeitsweise erlaubt auch das frühzeitige Entwickeln von Alternativen (Plan B). Im Falle, dass der ursprüngliche Plan nicht mehr durchgeführt werden kann, kann sofort eine Alternative, der Plan B, angestoßen werden.

Grundsätze der aufgabenbezogenen Lagedarstellung

An der Lagewand bzw. den Lagewänden wird nur das „Große Bild“ dargestellt, d. h. die Informationen, die für gemeinsame Arbeitsschritte mehrerer Sachgebiete benötigt werden. Dabei erfolgt die Darstellung in einer Form, die die oben beschriebenen Arbeitsabläufe unterstützt, die Gedanken der einzelnen Stabsmitglieder auf den Einsatzschwerpunkt fokussiert und die Dynamik des Einsatzgeschehens (Entwicklung der Schadensauswirkungen und Folgen der Einsatzmaßnahmen) wiedergibt.

Eventuelle Detailinformationen – wie die Kräfteübersicht beim S1 – werden nur in den einzelnen Sachgebieten vorgehalten. Dabei sind grafische Darstellungen, Tabellen und schriftlichen Beschreibungen vorzuziehen.

Die beiden Arbeitsschritte „Planung“ und „Kontrolle/Controlling“ werden auf zwei deutlich getrennten Bereichen der Lagewand dargestellt. Ihr Aufbau ist ähnlich: er besteht aus drei Spalten, die oben und unten von jeweils einer überspannenden Zeile begrenzt werden. Die obere Zeile dient zur Darstellung von Basisdaten, die untere zur Visualisierung der dynamischen Einsatzentwicklung. In der mittleren Spalte wird jeweils eine geografische Karte abgebildet. Die linke und rechte Spalte dienen zur Visualisierung weiterer wichtiger Lageinformationen (Abb. 2).

Im Folgenden sollen die einzelnen Bereiche näher beschrieben werden.

Lagedarstellung zur Darstellung der Einsatzmöglichkeiten (Planungslage)

Auf einer geografischen Karte wird das „Große Bild“ mit einem „dicken Stift“ dargestellt: Schäden, Gefährdungsbereiche, wichtige Transportwege,....

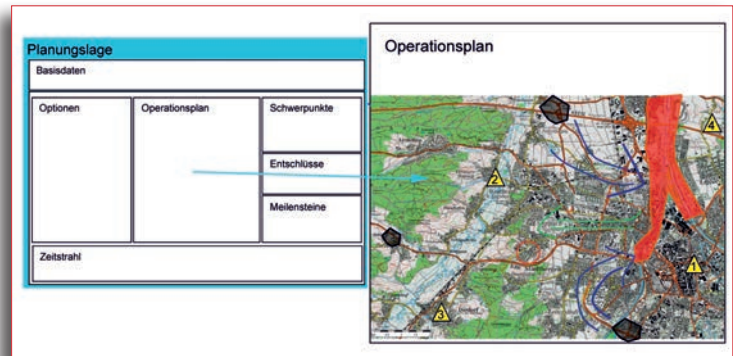


Abb. 3: „Großes Bild“ der Operationsplanung.

Zur Visualisierung der unterschiedlichen Einsatzoptionen werden Ablaufdiagramme verwendet. Wichtige Gründe, warum eine Option verworfen wird, werden entsprechend vermerkt, um den Entscheidungsprozess später – besonders bei bzw. nach einem Schichtwechsel – präsent zu haben. Daneben werden die Einsatzschwerpunkte, die Entschlüsse und die Meilensteine notiert.

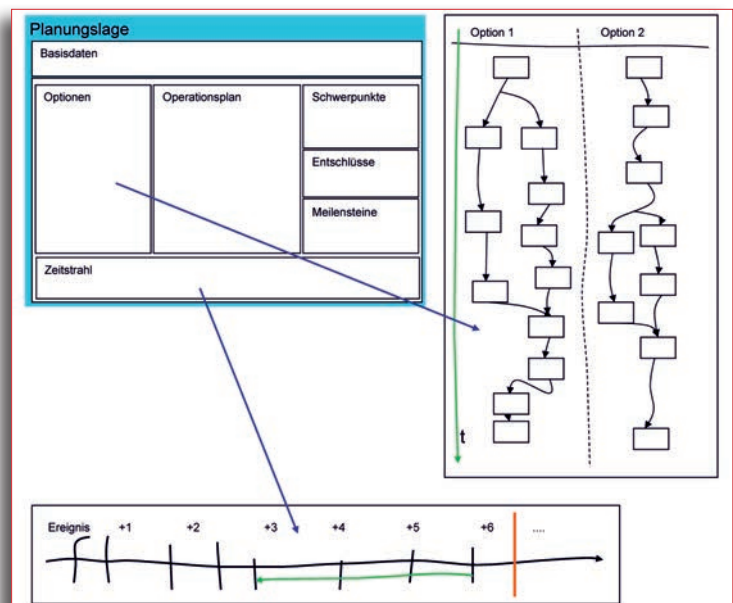


Abb. 4: Ablaufdiagramme der Einsatzoptionen und Zeitstrahl.

Unter der gesamten Darstellung wird auf einem Zeitstrahl die voraussichtliche Entwicklung

über die nächsten Stunden hinweg visualisiert. Wobei sowohl die Schadensentwicklung wie auch das Wirksamwerden der eigenen Maßnahmen abgebildet werden. Wichtige Meilensteine sind hier hervorgehoben zu visualisieren. Zusätzlich ist immer die aktuelle Zeit darzustellen.

chen und bevorzugt mittels intuitiv zu verstehender Visualisierungen abgebildet.

Als Beispiel soll hier die Personalsituation erläutert werden. Verschiedene Stabsbereiche sind in die Personalplanung involviert, deren Umsetzung abschließend durch den Bereich S1 erfolgt. Plane-

nrisch müssen sich folgende Stabsfunktionen mit Personal beschäftigen und bedürfen somit Informationen zur jeweiligen Personalsituation:

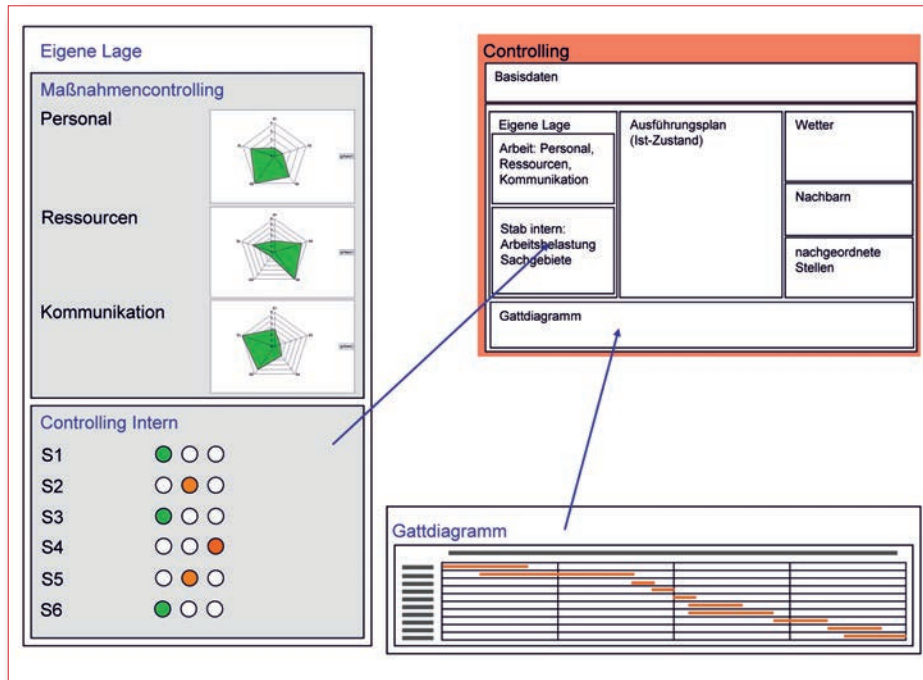


Abb. 5: Darstellung der eigenen externen und internen Lage sowie der Einsatzplanung mittels eines Gantt-Diagrammes.

- Politisch Gesamtverantwortlicher oder seine Vertretung: Abweichung der Qualität des Tagesgeschäftes im Vergleich zum politisch festgelegten Grundschutz
- Einsatzleiter: Stärke der Einsatzreserve für unvorhergesehene Ereignisse
- S1: Stärke der Einsatzkräfte, die für die vom Einsatzleiter genehmigten Einsatzoptionen notwendig sind, sowie der Reserven für die Ablösung der sich im Einsatz befindlichen Einsatzkräfte

Diese Darstellung sollte sich im direkten Blickfeld der Stabsmitglieder befinden, um diese zu animieren, bei den weiteren Planungen nicht ins Mikromanagement zu verfallen.

migten Einsatzoptionen notwendig sind, sowie der Reserven für die Ablösung der sich im Einsatz befindlichen Einsatzkräfte

- S3: Stärke der Einsatzkräfte, die für die Planung neuer Einsatzoptionen notwendig sind
- S4: Stärke der Einsatzkräfte, die für den Eigenschutz notwendig sind

Darstellung der Ist-Situation (Controlling)

Auf einer zweiten geografischen Karte werden die gemeldeten Lageberichte der unterstellten Führungsebenen abgebildet. Die geografischen Informationen werden hier detaillierter als bei der Planungslage dargestellt.

Übersichtlich können die verschiedenen Personalsituationen durch ein Spinnennetzdiagramm visualisiert werden. Ähnlich können alle anderen wichtigen Bereiche (zum Beispiel die Ressourcen- oder Kommunikationssituation) abgebildet werden.

Zusätzlich werden weitere Informationen zur eigenen externen und stabsinternen Lage sowie zur Lage der unterstellten und benachbarten Führungsgremien dargestellt.

Zusätzlich wird die Arbeitsauslastung der Stabsfunktionen bezogen auf die für den Einsatz erfolg notwendigen Arbeiten unter Verwendung einer Ampeldarstellung visualisiert:

Dabei werden einfache grafische Visualisierungen bevorzugt. Die eigene externe Lage wird getrennt nach den wesentlichen Aufgabenberei-

- Grün: Arbeitsauslastung ist deutlich unterhalb von 100%

- Gelb: Arbeitsauslastung ist nahezu 100%
- Rot: Arbeitsauslastung ist 100% bzw. darüber

Unterhalb der Spalten werden die detaillierten Einsatzpläne mittels eines Gantt-Diagrammes dargestellt. Dabei werden die einzelnen notwendigen Arbeitsschritte auf einer Zeitachse durch einen Balken der den Beginn und das Ende der Maßnahmen verbindet. Die Darstellung stellt die detailliert ausgearbeitete Planung des Zeitstrahls dar. Auch hier wird die aktuelle Zeit visualisiert, damit ständig ein Vergleich der Planung zur Ist-Situation erfolgen kann.

Die Situationen der benachbarten und unterstellten Führungsgremien werden durch die grafische Darstellung der Führungsorganisation (Führungsrechen), versehen mit einer Ampeldarstellung, visualisiert. Dabei gilt für die benachbarten Führungsgremien folgenden Kodierung:

- Grün: Lage ist im Griff (Entspricht der Meldung: „Feuer aus!“ bei einem Brandeinsatz)
- Gelb: Lage ist nicht im Griff, aber alle notwendigen Maßnahmen konnten eingeleitet werden (Lagemeldung ohne Nachforderungen)
- Rot: Lage nicht im Griff und einige notwendige Maßnahmen konnten noch nicht eingeleitet werden (Lagemeldung mit Nachforderung)

Die Darstellung für die unterstellten Führungsgremien erfolgt detaillierter, wobei immer die Aufgaben eines Führungsstabes entsprechend der Fw/DV 100 zu berücksichtigen sind. So ist eine Aufteilung zum Beispiel nach Personal, Ressourcen und Kommunikationsmöglichkeiten denkbar. Die Kodierung für die Personalsituation ist wie folgt:

- Grün: Alle Einheiten für den Einsatz, für die Ablösung und für die weiteren Einsatzplanungen stehen an der Einsatzstelle oder dem eigenen Bereitstellungsraum einsatzbereit zur Verfügung
- Gelb: Alle Einheiten für den Einsatz stehen zur Verfügung, die für die Ablösung und die weitere Einsatzplanung stehen nicht vollständig einsatzbereit im Bereitstellungsraum zur Verfügung, werden dies aber zum notwendigen Zeitpunkt
- Rot: Notwendige Einheiten stehen nicht zur Verfügung und nachgeforderte Einheiten erreichen den Einsatzraum zu spät

Fazit

Die beschriebene aufgabenbezogene Lage-darstellung stellt grundsätzlich nur die Informationen an den Lagewände dar, die für die Arbeit von operativ-taktischen Stäben notwendig sind. Die Darstellung erfolgt dabei in einer Art und Weise, die

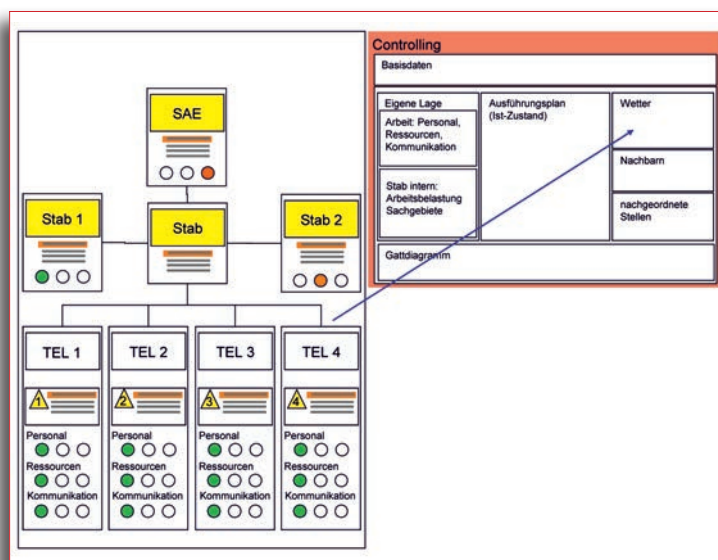


Abb. 6: Darstellung der Situationen anderer Führungsgremien.

sowohl schnell und Missverständnis minimierend als auch auf den Einsatzschwerpunkt hinweisend wahrgenommen wird.

Weitere Detailinformationen, die in den einzelnen Sachgebieten vorhandene sind – z. B. die detaillierte Kräfteübersicht – und für die Detailplanung benötigt werden, und nur ausnahmsweise bei Bedarf an einem Teil der Lagewand visualisiert. Dies kann zum Beispiel mittels moderner Software für interaktive Whiteboards erfolgen.

Florentin von Kaufmann, Landeshauptstadt München, Kreisverwaltungsreferat Branddirektion, Einsatzlenkung.
 Andreas Karsten, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz, Lehrbereichsleiter Zivilschutzausbildung der Führungskräfte im Katastrophenschutz.



Ehrenamt im ASB-Bevölkerungsschutz

Der Claim des ASB „Wir helfen hier und jetzt.“ zeigt seine Tradition und damit auch seine gesellschaftliche Verpflichtung, den Bürgerinnen und Bürgern in Notsituationen zu helfen: gestern, heute und auch in der Zukunft. Als Teil des in Deutschland etablierten integrierten Hilfeleistungssystems beteiligt



Harald Schottner ist Abteilungsleiter beim ASB-Bundesverband. Hier fallen in seine Zuständigkeit „Der ASB als Hilfsorganisation“, der Bevölkerungsschutz, die Auslandshilfe und der Rückholddienst des ASB. (Foto: ASB)

sich der ASB mit seinen Fachdiensten und den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz.

Formate des Helfens, der Helfergewinnung und -bindung beim ASB

Das Ehrenamt ist im Wandel. Um diesem Wandel zu begegnen, hat der ASB wichtige Schritte bereits auf den

Weg gebracht und wird dies auch in Zukunft tun. Auch wenn der ASB nur knapp drei Prozent der geschätzten 1,8 Millionen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz stellt (Quelle: BBK), muss er sich mit der Problematik der Helfergewinnung und Helferbindung auseinandersetzen. Denn ohne seine freiwillig Engagierten und deren Bereitschaft, in Sanitätsdiensten, Betreuungsdiensten, Information- und Kommunikation, Wasserrettungen oder Rettungshundestaffeln mitzuwirken, könnte der ASB diese Fachdienste nicht unterhalten. Ein Rückgang der Helferzahlen würde neben einer Bedrohung der Einsatzfähigkeit schlimms-

tenfalls auch die Funktionsfähigkeit der ASB-Gliederungen bundesweit einschränken.

Bis heute verzeichnet der ASB noch keine nennenswerten Rückgänge der ehrenamtlichen Helferzahlen, weder in Ballungszentren noch in ländlichen Regionen. Dieser Zustand kann sich aber schnell ändern – spätestens, wenn die Auswirkungen der Aussetzung der Wehrpflicht in Gänze auch hier angekommen sind. Denn auch beim ASB waren die Zivildienst- und Ersatzdienstleistenden Garanten für eine stabile Zahl der Einsatzkräfte in den Katastrophenschutzfachdiensten. Durch das Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 und das Aussetzen der Regelung über die Freistellung gemäß § 13a Wehrpflichtgesetz zum 1. Juli 2011 wurde diese Form der Helfergewinnung beendet. Damit wurde gleichzeitig auch eine Möglichkeit der Helferbindung gekappt, denn oft blieben die Ersatzdienstleistenden dem ASB auch nach dem Pflichtdienst treu und engagierten sich weiterhin.

Wertewandel, veränderte Arbeitssituationen und die Alterung der Gesellschaft sind einige Herausforderungen, die eine neue Helfergewinnung und -bindung bereits jetzt und auch zukünftig beeinflussen werden und neue Konzepte notwendig machen. Darum müssen neue „Formate des Helfens“ konzipiert werden. Es gilt, die Änderungen im Bereich des ehrenamtlichen Engagements in Hilfsorganisationen zu antizipieren und bereits jetzt neue Konzepte zu entwickeln.

Bisher war es üblich, dass Helfer langfristig im ASB ehrenamtlich tätig waren. Sie kamen als Jugendliche entweder über den Zivildienst, den Wehrersatzdienst oder aus Familientradition zum ASB und blieben nicht selten 15 bis 20 Jahre – manchmal sogar bis ins hohe Seniorenalter. Diesen Typus von Freiwilligen gibt es heute kaum noch und wird es in Zukunft auch nicht mehr geben.

Maßnahmen des ASB zum ehrenamtlichen Engagement

Bereits im August 2006 verabschiedete der ASB eine verbindliche „Rahmenempfehlung für die Mitarbeit von Freiwilligen im Arbeiter-Samariter-Bund“, in denen Standards für die Mitwirkung von Freiwilligen benannt wurden. Die Weiterentwicklung des freiwilligen Engagements und die verbandsübergreifende Fortschreibung helfen dem ASB, sich für die Aufgaben der Zukunft zu positionieren.

Seitdem wurden unterschiedlichste Projekte zur Förderung des Ehrenamts vorangetrieben. So wurde ein Helfergrundkurs konzipiert, der die „Einstiegsausbildung“ für eine ehrenamtliche Tätigkeit als freiwilliger Helfer darstellt. Danach kann sich der Interessent entscheiden, ob und wo er sich zukünftig im ASB freiwillig engagieren möchte. Im Ausland ist dies auch wieder möglich, mit den sogenannten First Assistance Samaritan Teams (FAST), den Schnelleinsatzteams in der Internationalen Katastrophenhilfe. Weitere Maßnahmen und mögliche Wege zur Erhaltung, Gewinnung und Bindung von Ehrenamtlichen könnten sein:



Freiwillige treffen sich regelmäßig zu Einsatzübung des ASB First Assistance Samaritan Teams (FAST).
(Foto: ASB / J. Bochnik)

- Es müssen Möglichkeiten der Aus-, Fort- und Weiterbildung geschaffen werden, die den veränderten Lebensgewohnheiten angepasst sind.
- Neue Zielgruppen wie Menschen mit Migrationshintergrund sollten angesprochen werden.
- Auch Inklusion sollte thematisiert und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen müssen bereitgestellt werden.
- Entwicklung von Tätigkeitsfeldern für Menschen auch mit geringem Bildungsniveau. Auch hier bedarf es einer zielgruppengerechten Ansprache.
- Entwicklung bzw. Ausweitung von Tätigkeitsfeldern für ältere und alte Menschen.

Das Ehrenamt ist unverzichtbar

Der Rettungsdienst ist ein integraler Bestandteil des Bevölkerungsschutzes in Deutschland und wurde in den vergangenen Jahrzehnten vor allem durch die Hilfsorganisationen erbracht. Derzeit wird der Rettungsdienst immer häufiger verstaatlicht und den Hilfsorganisationen entzogen oder nur unter marktwirtschaftlichen Aspekten betrachtet. Die Folge ist, dass das ehrenamtliche Engagement im Bevölkerungsschutz gefährdet ist. Der Rettungsdienst ist nach wie vor der erste Kontakt der Ehrenamtlichen mit dem Bevölkerungsschutz. Fällt diese Kontaktmöglichkeit weg, riskieren wir die Aufrechter-

- Bereits im Vorschulalter müsste eine Sensibilisierung für die Freiwilligendienste und das Ehrenamt erfolgen. Hier wäre eventuell der Schulsanitätsdienst ein guter Ideengeber.
- Junge Menschen müssen verstärkt, z. B. durch die Arbeiter-Samariter-Jugend, an die Tätigkeitsfelder im Bevölkerungsschutz herangeführt werden. Neue und altersgerechte Wege der Erreichbarkeit sind Facebook, Twitter und Co.
- Ein Schulterschluss mit den sogenannten konkurrierenden Hilfsorganisationen ist nicht nur im Einsatz erforderlich. Die Entwicklung gemeinsamer Strategien zur Sicherung des Ehrenamts sollte ein gemeinsames Ziel sein.
- Bisher war im Lebenslauf und in Bewerbungsgesprächen die Ausübung eines Ehrenamtes gerne gesehen und wurde mit sozialer Kompetenz gleichgesetzt. Inzwischen passt ein Ehrenamt nicht mehr unbedingt in die moderne Personalpolitik. Darum sind Maßnahmen wie spezielle Vereinbarungen mit den Arbeitgebern notwendig.



Junge Menschen sind auch im Arbeiter-Samariter-Bund eine wichtige Zielgruppe, um Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer zu gewinnen.
(Foto: ASB / F. Zanettini)

haltung des ehrenamtlichen Engagements und stehen damit vor ernsthaften Problemen für den gesamten freiwillig getragenen Bevölkerungsschutz.

Harald Schottner

Technisches Hilfswerk

Camping all inclusive: Bereitstellungsraum 500

Noch wird eifrig geplant und getestet, aber das Konzept steht: Das System Bereitstellungsraum 500 (BR 500) wird eine Kernkompetenz des THW. 500 steht dabei für die Verpflegung, Versorgung und Unterbringung von 500 Einsatzkräften im In- und Ausland.

Die Notwendigkeit eines BR 500 im THW

Die Herausforderungen im Katastrophenschutz werden zunehmend komplexer. Ob Hochwasser, Stromausfall oder Erdbeben – Großschadensereignisse erfordern eine schnelle Reaktion. Im THW bereits vorhandene Einsatzoptionen müssen optimiert und bekannte Abläufe standardisiert werden, um die reibungslose technische Hilfe zu gewährleisten. Die Idee hinter dem BR 500 ist: ein Konzept mit Ein-

satztaktik, Ausbildung und Ausstattung unter Einbeziehung des vorhandenen modularen THW-Systems zu entwickeln. Im Auftrag der THW-Leitung setzen zurzeit die Landesverbände Bremen, Niedersachsen und Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein gemeinsam mit der Bundesschule in Hoya diese Aufgabe um.

Aufbau des „Systems BR 500“

Das System BR 500 ist ein Einsatzinstrument, das bei Bedarf lageangepasst und nach Einsatzauftrag zusammengestellt wird. Erst am Einsatzort erfolgt die Umgliederung in die Aufbauorganisation Bereitstellungsraum 500. Im Einsatz beherbergt der BR 500 Einsatzkräfte, stellt die Versorgung mit Material und die Instandhaltung von Fahrzeugen sicher. Deshalb müssen Sanitäreinrichtungen, Verpflegungsmöglichkeiten, Schlafplätze sowie die materielle Versorgung und Wartung integriert sein.

Das System setzt sich aus folgenden fünf THW-Komponenten zusammen: Führung, Lotsen, Meldekopf, Logistik und Feldlager.

Die Führung wird durch eine Fachgruppe Führung und Kommunikation (FGr FK) sowohl auf dem Marsch als auch in der Aufbauorganisation sichergestellt. Lageangepasst unterstützen eine Lotsengruppe (L) und ein Meldekopf die Führung des Bereitstellungsraumes während eines Einsatzes.

Die Bereiche Logistik und Feldlager bilden die beiden Kernkomponenten des BR 500. Der Verband Logistik (Verb Log) übernimmt die Planung und Organisation der kompletten Logistik. Er besteht grundsätzlich aus den Fachgruppen Logistik des THW mit den Teilbereichen Verpflegung, Verbrauchsgüter und Materialerhaltung sowie der Logistik-Führung. Der Verpflegungsbereich kümmert sich um die Verpflegung sowohl für die im BR 500 untergebrachten als auch für die dort eingesetzten Personen. Der Bereich Verbrauchsgüter übernimmt die Lagerverwaltung für alle benötigten Materialien des BR 500 und stellt die logistische Versorgung sicher. Der Bereich Materialerhaltung prüft Einsatzfahrzeuge und -geräte auf Schäden, veranlasst Reparaturen und hält Ersatzteile bereit. Die Logistik-Führung hat die Aufgabe, den gesamten Logistikbereich des BR 500 zu führen.

Der Bereich Feldlager (FLgr) besteht aus den Fachgruppen Infrastruktur, Elektroversorgung und

Definition des BR 500 (nach DIN 13050 und FwDV 100)

Der Bereitstellungsraum 500 dient als Sammelbegriff und bezeichnet Orte, „an denen Einsatzkräfte und Einsatzmittel für den unmittelbaren Einsatz oder vorsorglich gesammelt, gegliedert und bereitgestellt oder in Reserve gehalten werden.“ Man unterscheidet verschiedene Arten von BR:

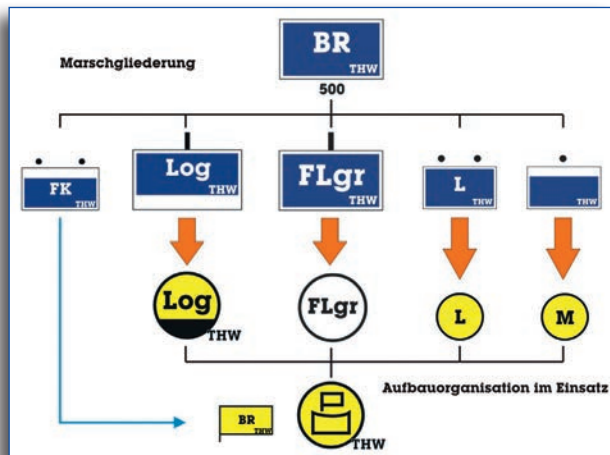
- Allgemeiner BR
- BR mit Meldekopf
- BR mit Führungsstelle

Der **allgemeine BR** ist eine Art Sammelstelle für die Einsatzkräfte, in der sie auf ihren Befehl zum Anmarsch an den Einsatzort warten. Eine geordnete Raumnutzung findet nicht statt. Diese Art von BR ist nur für eine kurzfristige Nutzung gedacht.

Der **BR mit Meldekopf** hat als Hauptaufgabe die Raumordnung und Erfassung der ankommenden Einheiten sowie die zeitweilige Führung der Einheiten im Auftrag der Einsatzleitung zu übernehmen. Dieser Typ ist für eine kurz- bis mittelfristige Nutzung geeignet. Bei einer mittelfristigen Nutzung müssen Maßnahmen wie die Bereitstellung von Sanitäreinrichtungen und ausreichend Verpflegungsmöglichkeiten gewährleistet sein.

Der **BR mit Führungsstelle** eignet sich sowohl für eine mittelfristige als auch für eine längere Nutzung. Dieser Typ wird im THW zum Einsatz kommen. Zwar ist der BR 500 für 500 Menschen ausgelegt, das Zusammenlegen mehrerer Verbände ermöglicht darüber hinaus die Einrichtung größerer BR bis zu rund 1000 Einsatzkräften.

Beleuchtung. Er ist für die Unterbringung und die Sanitärmaßnahmen (Wasser, Abwasser, WC und Duschen) aller Kräfte zuständig. Der Bereich Elektroversorgung ist das mobile Elektrizitätswerk mit mehreren Netzersatzanlagen. Die Fachgruppe Beleuch-



Darstellung des Systems BR 500.

tung verfügt über eine breite Palette von Beleuchtungsmitteln. Dem Verband Feldlager obliegen damit alle Maßnahmen für die Elektroversorgung und Beleuchtung im BR 500. Somit ist er für den gesamten Unterbringungs- und Infrastrukturbereich zuständig – vergleichbar mit einem Campingplatz inklusive aller Service-Angebote.

„Mit dem Bereitstellungsraum 500 schafft das THW eine neue Einheit und nutzt dazu bereits vorhandenes Potenzial“, erklärt Kai Pietsch, Referent im Grundsatzreferat des THW. Die verschiedenen Bestandteile des BR 500 können, wie bei jedem THW-Einsatz, unabhängig voneinander eingesetzt werden. Trotz der in den Fachgruppen üblichen hochwertigen Ausbildungen trägt das THW den Anforderungen an einen BR 500 Rechnung, indem es die vorhandenen Einheiten, insbesondere in der Führung, gesondert ausbildet und teilweise ergänzend ausstattet.

Der BR im Einsatz

Wie sieht die Praxis aus? Erste Ausbildungen und Trockenübungen sind bereits absolviert, Einsatzkräfte für die Führungsstellen im BR 500 werden geschult.

Im Einsatz könnte das so aussehen: Das THW betreibt und errichtet den BR 500 bei Schadenslagen vorsorglich in kompletter Eigenregie, also für Ein-

satzeinheiten, um schneller auf Anforderungen reagieren zu können. Die zweite Option: Das System BR 500 wird von Bedarfsträgern zur Unterbringung von Kräften angefordert. Eine dritte Möglichkeit: Das THW wird von Bedarfsträgern angefordert und nutzt zur Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit das System BR für THW-Kräfte. Schließlich ist noch die Aufnahme evakuierter Personen eine zusätzliche Einsatzoption.

Im Einsatzfall prüft ein Erkundungsteam die Lage, tauscht sich mit zuständigen Behörden, betroffenen Unternehmen, Ver- und Entsorgungsbetrieben sowie Bedarfsträgern aus. Im Idealfall lassen sich vorhandene Gebäude, Infrastruktur und Flächen vor Ort nutzen. Ansonsten erfolgt die Unterbringung in Zelten und eine temporäre Infrastruktur wird aufgebaut. Am besten eignet sich für die Errichtung ein Bereich in der Nähe der Einsatzstelle. Dieser muss außerhalb der Gefahrenzone liegen. Bei der Einrichtung gilt es außerdem, auf ausreichend große oder getrennte Zu- und Abfahrtswege zu achten, um Behinderungen zu vermeiden. Zudem benötigt ein Bereitstellungsraum dieser Größe nicht unerheb-



Camping all inclusive: Versorgungsgüter für den BR 500.

liche Ressourcen in den Bereichen der Ver- und Entsorgung, Elektroversorgung und Verbrauchsgüter.

Um „ad hoc“ einsatzbereit zu sein, laufen parallel zur Erkundung bereits die Anreise der Einsatzkräfte des BR 500 und der teilweise Aufbau. Inner-

halb von 48 Stunden soll der Aufbau abgeschlossen sein. Die entwickelte Einsatztaktik wurde bereits 2007 bei der großangelegten THW-Öl-Übung in Lübeck und 2009 während des NATO-Gipfels in Baden-Baden eingehenden Belastungstests unterzogen. Für die Einsatzkräfte von Feuerwehr und Hilfsorganisationen richteten THW-Aktive beispielsweise in Baden-Baden Bereitstellungsräume ein und stellten die Versorgung sicher. Beim Bundesjugendlager der THW-Jugend e.V. 2010 in Wolfsburg kam das System ebenfalls in Teilen zum Einsatz.

Ausblick

„Der BR 500 ist ein logistisches System, um eine größere Anzahl von Einsatzkräften oder Personen unterzubringen, zu verpflegen und zu versorgen“, fasst Pietsch die Besonderheit des Bereitstellungsraumes zusammen. Der BR 500 ist daher besonders bei Großereignissen ein wichtiges Mittel, um örtliche



Bundesjugendlager 2010 in Wolfsburg: Überblick über die Komponenten Verpflegung, Materialerhaltung und Versorgungsgüter sowie Unterbringung. (Fotos: THW)

und überörtliche Einsatzkräfte oder Personen zu beherbergen. Die erste Vollbetrieb-Übung ist für Sommer 2013 geplant. Bis dahin bereitet sich das THW weiter auf die Erprobung und den Aufbau des Bereitstellungsraumes 500 vor, der dann als Kernkompetenz das Aufgabenspektrum des THW erweitert.



Wasserrettungszüge üben bundesweit

Auf der Grundlage des Kennziffern-Katalogs der bundeseinheitlichen Gefährdungsbeschreibung der Arbeitsgruppe Risiken in Deutschland des Arbeitskreises V der Innenministerkonferenz vom Oktober 2003, die sowohl unterhalb als auch oberhalb der Katastrophenschwelle angefordert und erfüllt werden können, hat die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) Einsatzoptionen erarbeitet. Damit diese Einsatzoptionen auch von allen Einsatzkräften dargestellt werden können, werden im jährlichen Rhythmus in den Landesverbänden Katastrophenschutzübungen durchgeführt. Neben zahlreichen kleineren und hauptsächlich regionalen Übungen fanden 2012 wieder größere und überregionale Übungen von und mit Einsatzkräften der DLRG statt.

Unterschiedlich ausgeprägt unterstützt von Bund, Ländern und Kommunen nutzen die DLRG-Landesverbände Westfalen, Nordrhein, Brandenburg und Bayern die Zeit außerhalb der Wasserrettungssaison und üben die veröffentlichten Einsatzoptionen.

Westfalen: MS Mönnesee evakuiert

Der DLRG-Landesverband Westfalen führte eine komplexe Einsatzübung durch. Vom 17. bis 20. Mai übten 300 Einsatzkräfte die Suche nach vermissten Personen, die Sicherung von Deichen und die Evakuierung eines Fahrgastschiffes. Übungsorte waren der Möhne-, der Sorpe- und der Henneese sowie die Ruhr. Dabei zeigten die Einsatzkräfte den anwesenden Vertretern anderer Hilfsorganisationen,

Behörden und Ämter eindrucksvoll ihre Möglichkeiten und Einsatzmittel. Insbesondere die Evakuierung des Motorschiffs Möhnesee erregte großes Interesse.

Nordrhein: „Geheimdorf“ gar nicht mehr geheim

Am 22. September startete die heiße Phase der Katastrophenschutzübung des DLRG-Landesverbandes Nordrhein. 132 Einsatzkräfte in drei Wasserrettungszügen mit 27 Einsatzfahrzeugen, 18 Rettungsbooten, sowie Übungspersonal, Verletztendarstellern, Küchencrew, DLRG-eigenem TV-Team und fast 100 weiteren Mitwirkenden machten sich auf den Weg nach „Geheimdorf“. Dort findet die Übung seit vielen Jahren traditionell statt. Es galt, eine große vom Hochwasser gefährdete Schafherde zu transportieren und zu retten. Sind schon Menschen manchmal störrisch, dann zeigen Schafe in, auf und um die Boote herum, was sie davon halten, transportiert zu werden.

Brandenburg: Nächtliche Schiffskollision

Die Helfer der Brandenburger DLRG fanden sich bei ihrer Katastrophenschutzübung „Havelflut 2012“ in einem komplexen Szenario zu Tage und zur Nacht wieder. Rund 70 Einsatzkräfte mit Fahrzeugen und Booten übten im und auf dem Havellandkanal bei Wustermark nahezu realistische Einsatzszenarien. Anspruchsvolle Fahrübungen, das zu Wasser lassen von Booten mittels Kran und das Ab-

bergen Verletzter mittels Drehleiter stand auf dem Übungsprogramm. Verletzte und vermisste Personen einer nächtlichen Schiffskollision waren zu suchen, zu retten und dem Landrettungsdienst zu übergeben.

Bayern: 800 Hilfs- und Einsatzkräfte koordiniert

Den üblichen Rahmen solcher Übungen sprengte aber der DLRG-Landesverband Bayern: Erstmals seit Aufstellung der insgesamt 19 bayerischen Wasserrettungszüge durch den Freistaat Bayern zog er seine Wasserrettungszüge zentral zusammen. Voralarmiert und letztlich alarmiert fuhren diese Züge von ihren Heimatstandorten im geschlossenen Verband zur Otto-Lilienthal-Kaserne in Roth in Mittelfranken, um dort und am nahe gelegenen Main-Donau-Kanal umfangreiche Szenarien zu trainieren.

Sie übten u. a. die Zusammenarbeit bei der wasserseitigen Bekämpfung von Bränden, die fieldmäßige Verpflegungseinnahme, die Dekontamination von Einsatzkräften sowie die Evakuierung und Rettung von Hochwasserbetroffenen.

Beobachtet von zahlreichen Vertretern anderer Organisationen und Behörden konnten die Wasserrettungszüge in diesen Szenarien ihre Möglichkeiten aufzeigen. Unterstützung erhielten sie dabei von den Kameradinnen und Kameraden der Bundeswehr, der Bundesanstalt THW, des ASB, des BRK und der Feuerwehr. Für die Übungsleitung galt es, nahezu 800 Hilfs- und Einsatzkräfte zu koordinieren.



Erstmals im großen Verband: Die 14 Wasserrettungszüge der DLRG Bayern. (Foto: DLRG Bayern)



DEUTSCHER
FEUERWEHR
VERBAND

Kindergruppen öffnen Feuerwehr für Jung und Alt

DFV-Beiratsvorsitzende Crawford trifft Bambinigruppen in Rheinland-Pfalz

Die Freiwilligen Feuerwehren sollten Mädchen und Jungen bereits im Grundschulalter an ihre Arbeit heranführen – dafür hat sich die Beiratsvorsitzende des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), Bundesministerin a. D. Claudia Crawford, ausge-



Die Beiratsvorsitzende des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), Bundesministerin a. D. Claudia Crawford (hinten), und DFV-Vizepräsident Hans-Peter Schäfer (vorne) trafen beim 8. Deutschen Feuerwehr-Verbandstag in Frankenthal Mitglieder der Bambinigruppen aus Germersheim und Bunderthal.
(Foto: Sönke Jacobs)

sprochen. Beim 8. Deutschen Feuerwehr-Verbandstag traf sie in Frankenthal Mitglieder der Bambinigruppen aus Germersheim und Bunderthal sowie deren Betreuerinnen und Betreuer zum Kennenlernen dieser ehrenamtlichen Jugendarbeit. Außerdem wurde das Pilotprojekt der Feuerwehr Hilles-

heim durch Petra Cornesse vorgestellt. Hier geht man einen anderen Weg und bietet die Bambini-feuerwehr als Arbeitsgemeinschaft in einer Ganztagsgrundschule an. Die Bundesjugendleitung um DFV-Vizepräsident Hans-Peter Schäfer begleitete Crawford dabei.

Quicklebendig und hoch konzentriert schilderten die Mädchen und Jungen der Germersheimer „Löschzwerge“ und die Bunderthaler „Feuerwehrknirpse“ ihre regelmäßigen Treffen zum Spielen, Basteln, für gemeinsame Unternehmungen und die kindgerechte Beschäftigung mit dem Brandschutz im Feuerwehr-Gerätehaus. Besonders fasziniert zeigten sie sich von den Feuerwehr-Fahrzeugen. Familienministerin a. D. Crawford entlockte den Kindern aber auch, wie sie gegenüber Schulfreunden zu ihrem Hobby stehen und ob sie dort weiteren Kindern Lust auf die Bambinifeuerwehr machen.

Praktische Fragen wie beispielsweise der Versicherungsschutz oder Kindersitze für Ausfahrten sind geregelt. Herausforderungen seien dagegen die finanzielle Ausstattung und das Finden geeigneter Betreuer, erfuhr die DFV-Beiratsvorsitzende von Verantwortlichen. An dem Gespräch nahmen auch Fachbereichsleiter Michael Klein und Carl-Heinz Cäsar vom Landesfeuerwehrverband (LFV) Rheinland-Pfalz teil. Ihre konzeptionelle Arbeit und Unterstützung seitens des LFV fand große Anerkennung.

„Was andere Vereine und Institutionen können, das können wir doch auch“, meinte Cäsar. Und ein Betreuer ergänzte: „Wenn wir warten, bis die Kinder zehn Jahre oder älter sind, dann haben sie sich längst einem anderen Hobby zugewandt.“

„Das ist genau der Punkt: Kinder dürfen überall hin – oft nur nicht in die Feuerwehr“, folgerte die DFV-Beiratsvorsitzende. Kinder in eine solche Vorbereitungsgruppe der Freiwilligen Feuerwehr aufzunehmen bedeutet auch mehr, als sie frühzeitig für dieses Ehrenamt zu interessieren. „Es ist ein Hobby, das Kinder, Mütter und Väter gemeinsam haben können“, erfuhr Crawford bei dem Treffen. Denn der Tochter oder dem Sohn folgt gar nicht so selten auch die Mutter als Betreuerin und schließlich als Einsatzkraft in die Freiwillige Feuerwehr.

Der Deutsche Feuerwehrverband will den Trend zum jüngeren Aufnahmealter unterstützen. Er hat eine Projektgruppe mit erfahrenen und interessierten Vertretern aus den Bundesländern ins Leben gerufen, die Empfehlungen und Anleitungen

zusammenstellen sowie organisatorische Fragen klären. Eine Arbeitsgruppe ist damit beschäftigt, ein bundeseinheitliches Bildungskonzept zu entwickeln. Laufende Informationen gibt es im Internet unter www.jugendfeuerwehr.de.

Pressekontakt: Sönke Jacobs, Telefon (030) 2888488-00, E-Mail jacobs@dfv.org, Twitter [@FeuerwehrDFV](https://twitter.com/FeuerwehrDFV).

Feuerwehren positionieren sich für das Wahljahr 2013

DFV-Delegiertenversammlung beschließt bundespolitische Agenda

Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) und seine Mitglieder sind regelmäßig im Bundestag, in Gremien, Anhörungen und Ausschüssen in ganz Deutschland präsent, um die Positionen des deutschen Feuerwehrwesens zu vertreten. Für die Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2013 hat die 59. Delegiertenversammlung als oberstes Verbandsorgan nun die Politische Agenda des DFV beschlossen.

Im Rahmen des 8. Deutschen Feuerwehr-Verbandstages in Frankenthal (Rheinland-Pfalz) verabschiedeten die Delegierten aus ganz Deutschland politische Wegpunkte, an denen sich die Lobbyarbeit nicht nur im Jahr der Bundestagswahl 2013 orientieren wird. „Wir werden nun den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien diese Agenda übergeben und um Stellungnahme bitten; diese Antworten werden dann als Wahlprüfsteine veröffentlicht“, erläuterte DFV-Präsident Hans-Peter Kröger.

Auf dem Programm stehen Ausführungen zu folgenden Punkten:

- Beschaffungen von LF KatS und Schlauchwagen
- Flächendeckende Warnmöglichkeit
- Modul Brandschutz im Rahmen der Selbsthilfekonzeption des Bundes
- EU-Gemeinschaftsverfahren bei Katastrophen
- EU-Arbeitszeitrichtlinie
- Arbeitsmedizinische Untersuchung G 26
- Gesetz über den Notfallsanitäter
- Unfallverhütungsvorschrift „Feuerwehren“

- Kinder- und Jugendplan
- Kinder in der Feuerwehr
- Ganztagschulen
- Bürgerschaftliches Engagement
- Integration
- Demografie
- Gemeinnützigkeitsrecht

Die Politische Agenda wird im Internet unter www.feuerwehrverband.de/agenda.html zum Download zur Verfügung gestellt werden.

Pressekontakt: Silvia Darmstädter, Telefon (0170) 47 56 672, E-Mail darmstaedter@dfv.org, Twitter [@FeuerwehrDFV](https://twitter.com/FeuerwehrDFV).



Fazit nach sieben Jahren

Der Deutsche Beitrag zum Aufbau eines Tsunami-Frühwarnsystems im Indischen Ozean

Unmittelbar nach dem verheerenden Tsunami vom 26. Dezember 2004 begann eine Deutsche Initiative konkrete Ideen zum Aufbau eines Tsunami-Frühwarnsystems für Indonesien und weitere Anrainer im Indischen Ozean zu entwickeln. Basierend auf langjährigen Erfahrungen aus der Forschung zu Naturgefahren und Verbindungen zur Katastrophenvorsorge konnte bereits am 5. Januar 2005 ein Vorschlag präsentiert werden. Das Angebot der Bundesregierung auf der Kobe-Konferenz Mitte Januar 2005 wurde von Indonesien im März 2005 mit der Unterzeichnung einer „Joint Declaration“ angenommen. Die ersten Messinstrumente an Land und auf See konnten vom deutschen Konsortium bereits zwischen Frühjahr und Herbst 2005 installiert werden.



Das Ausbildungs- und Trainingsprogramm von PROTECTS ist modular und bedarfsgerecht, um gezielt einzelne Mitarbeitergruppen zu qualifizieren. Wissenschaftler werden für komplexe Tätigkeiten wie das Auswerten der Daten oder Managementaufgaben geschult, während Technikern vorrangig Detailwissen zu den Infrastrukturen vermittelt wird. Der Ansatz „train the trainer“ hilft dabei Kapazitäten aufzubauen und auch die über Indonesien verteilten BMKG-Regionalzentren mit einzubeziehen. (Foto: GFZ)

Ein erster Erfolg und wichtiger Meilenstein für das Gesamtsystem wurde im Zusammenhang mit der Erdbebenserie um die Hafenstadt Bengkulu (Süd-Sumatra; Magnituden bis 7,9) vom 12. und 13. September 2007 erzielt: Bei dieser Gelegenheit löste die indonesische Partnereinrichtung BMKG – der nationale Dienst für Meteorologie, Klimatologie und Geophysik – erstmalig eine eigenständige Tsunami-



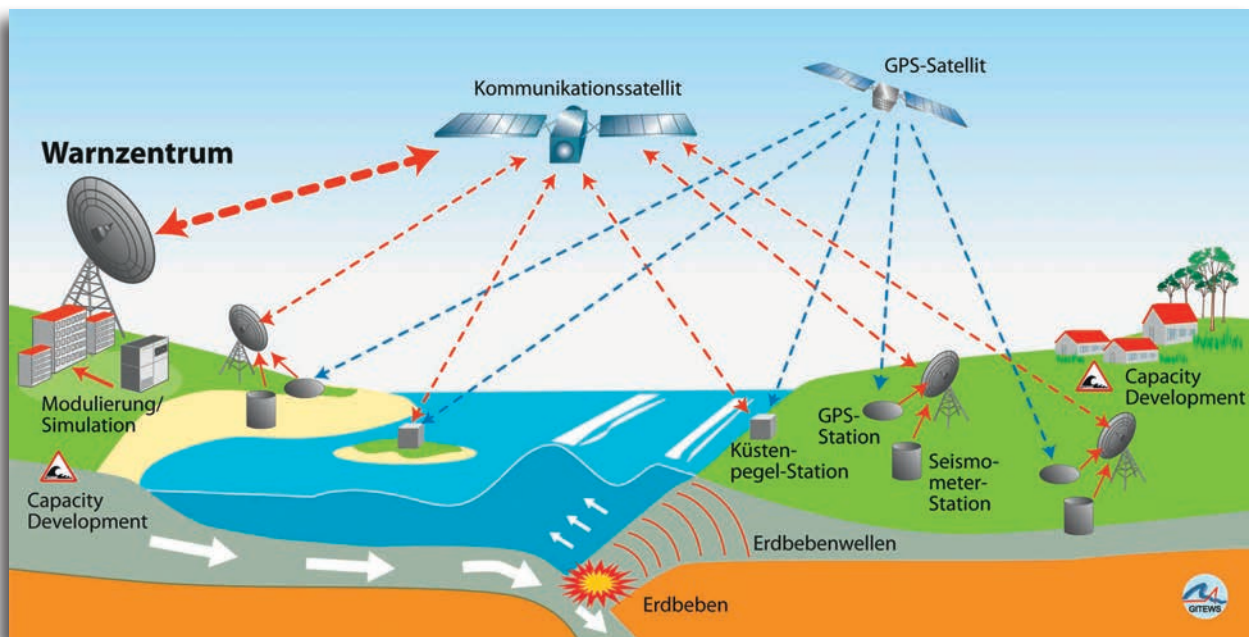
Der Kontrollraum des Warnzentrums ist rund um die Uhr besetzt. In jeder Schicht dieses sogenannten 24/7-Diensts arbeiten Schichtleiter, Operatoren und Support-Personal. (Foto: BMKG)

Warnung schon nach 4 Minuten und 40 Sekunden aus. Heute besteht der technische Anteil des „End-to-End“ Warnsystems aus einem modernen Netzwerk von rund 300 Sensoren, d. h. Erdbeben-, GPS-, und Küstenpegel-Stationen, deren Daten in Echtzeit ins Warnzentrum übertragen und in Monitoring-Systemen ausgewertet werden. Aus dem Abgleich mit Szenarien einer Simulations-Datenbank wird ein Lagebild generiert und in einem Entscheidungsunterstützungssystem aufbereitet. Die Verteilung der Warnmeldungen erfolgt dann über verschiedene, teilweise redundante Kommunikationskanäle wie Internet, Telefon, Fax, E-Mail, SMS, DVB an mandatierte Einrichtungen in den betroffenen Regionen sowie direkt an nationale Rundfunk- und Fernseh-Anstalten. Teilweise werden Sirenen in den betroffenen Küstenabschnitten auch direkt vom Warnzentrum aus aktiviert.

Bereits während der gesamten Aufbauphase spielten begleitende akademische Fortbildungen und technische Trainingskurse eine wesentliche Rolle. „Capacity Development“ wurde auf verschiedenen Ebenen initiiert: begonnen bei Doktoranden und Austauschprogrammen für indonesische Wissenschaftler, über institutionelle Beratung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, sowie Wissenstransfer mit lokalen Gemeinden. Hierzu wurden in drei Pilotregionen in Indonesien – Padang auf Sumatra, Cilacap auf Java und Kuta in Bali – Strategien, Maßnahmen und Verfahren für Katastrophenmanagement und -prävention erarbeitet und umgesetzt.

Und personelle Kapazitätsentwicklung bleibt integraler Bestandteil der Kooperation mit Indonesien. Das Projekt PROTECTS ist Teil des Nachsorge-Konzeptes und verfolgt das Ziel, den Betreiber des indonesischen Tsunami-Frühwarnsystems BMKG und dessen Partner in der anfänglichen Betriebsphase durch Ausbildung, Training und wissenschaftliche Beratung bis 2014 zu unterstützen.

Auch die gemeindeorientierte Katastrophenvorsorge wird weiter mit dem Ziel gefördert, staatliche Akteure, Gebietskörperschaften und die Zivilgesellschaft in die Lage zu versetzen, die zur Tsunami-Katastrophenvorsorge notwendigen Dienstleistungen dauerhaft zu erbringen. Das nachhaltige Potenzial eines Tsunami-Frühwarnsystems kann sich eben erst im Kontext funktionierender lokaler Katastrophenvorsorgemechanismen voll entfalten. Die bisherigen Erfahrungen und Produkte werden



Technisches Konzept von GITEWS.

(Quelle: GFZ)

als Input für die Entwicklung von nationalen Referenzen sowie die Integration von Tsunami-Frühwarnung und -Vorsorge in das indonesische Katastrophenmanagementsystem genutzt. Die Erfahrungen zu Teilbereichen wie Risikoanalysen, Vorsorgestrategien oder Notfallpläne bieten weiterhin wichtige Ansatzpunkte für den Umgang mit anderen Naturgefahren als auch die Anpassung an den Klimawandel. Das deutsch-indonesische Tsunami-Frühwarnsystem für den Indischen Ozean wurde am 29. März 2011 vollständig an Indonesien übergeben. Der verantwortliche Betreiber des Systems ist seitdem der Meteorologische, Klimatologische und Geophysikalische Dienst (BMKG) mit Sitz in Jakarta. Seit der Inbetriebnahme wurden mit dem Warnsystem allein in Indonesien tausende Erdbeben und mehr als zehn Tsunami erfolgreich registriert. Erdbebenmeldungen und Tsunami-Warnungen werden in weniger als fünf Minuten nach einem Beben ausgegeben, gefolgt von Aktualisierungen oder einer Entwarnung.

Bei ihrem Staatsbesuch im Juli 2012 besuchte Bundeskanzlerin Angela Merkel das Tsunami-Warnzentrum in Jakarta und würdigte die Aufbauarbeit als Paradebeispiel für eine erfolgreiche Kooperation. Insbesondere die hohe wissenschaftliche Qualität, besonders in der Ausbildung der indonesischen Fachkräfte, sei bemerkenswert.

Wenn die Projektförderung durch die Bundesregierung eines Tages endet, wird die Tsunami-ge-

fahr für Indonesiens Küsten unverändert hoch bleiben. Bei zukünftigen Erdbeben und Tsunamis sind Personen- und Sachschäden nicht zu vermeiden, doch das Tsunami-Frühwarnsystem wird einen Beitrag zur Minderung dieser Folgen leisten können.

Das GITEWS-Projekt (German Indonesian Tsunami Early Warning System) wurde vom Deutschen GeoForschungsZentrum GFZ in Potsdam koordiniert und gemeinsam mit weiteren Partnern realisiert: Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI), Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), Helmholtz-Zentrum Geesthacht – Zentrum für Material- und Küstenforschung (GKSS), Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), United Nations University – Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS), Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Konsortium Deutsche Meeresforschung (KDM), GEOMAR | Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel sowie vielen Indonesischen und internationalen Partnern. Die Bundesregierung förderte den Aufbau und die Optimierung des Tsunami-Frühwarnsystems mit über 53 Millionen Euro durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Weitere Informationen können unter folgender Internetadresse abgerufen werden:

<http://www.gitews.de>

*Dr. Alexander Rudloff, Dr. Jörn Lauterjung,
Dipl.-Geogr. Daniel J. Acksel*



Deutsches Rotes Kreuz

Haiti: Wappnen für die nächste Katastrophe

Ob Erdbeben, Stürme oder Überschwemmungen: Immer wieder wird Haiti von schweren Unwettern und Katastrophen getroffen. Für die arme Bevölkerung ist das eine schwere Belastung. Zusammen mit dem Österreichischen Roten Kreuz unterstützt das DRK zehn Gemeinden in den Bezirken Leogane und Gressier bei der Vorbereitung auf künftige Katastrophen und der Anpassung an den Klimawandel.



Evakuierungsplan
(Foto: DRK)

Leben mit Naturgefahren

Nicht nur Erdbeben – wie am 12. Januar 2010 – haben Haiti in der Vergangenheit erschüttert. Regelmäßig ist der Karibikstaat auch Schauplatz von Wirbelstürmen und Überschwemmungen, besonders in den Bergregionen. Allein 2008 trafen vier Wirbelstürme das Land, sie zerstörten Saat und Ernte einer ganzen Saison. Zudem kommt es gelegentlich zu Dürren. Die immer wiederkehrenden Katastrophen verschlimmern die Lage der Haitianer, die ohnehin unter Armut und instabilen politischen Verhältnissen leiden.

Stärken für die Zukunft

Um die Menschen für zukünftige Katastrophen zu wappnen und die Auswirkungen der Naturgewalten zu verringern, führt das DRK in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Roten Kreuz als Teil eines umfangreichen Wiederaufbauprogrammes auch Maßnahmen der Katastrophenvorsorge in den Bezirken Leogane und Gressier durch. Ziel ist, dass die Menschen in den zehn beteiligten Gemeinden besser über die Naturgefahren sowie die Folgen des Klimawandels informiert sind und im Katastrophenfall in der Lage sind, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Die Menschen lernen effektiv auf Erdbeben, Stürme, Hurrikane sowie Überschwemmungen zu reagieren – in Abstimmung mit dem Haitianischen Roten Kreuz und dem staatlichen Katastrophenschutz. So werden sie im Ernstfall weniger katastrophenanfällig sein.

Risiken und Schutzmöglichkeiten erkennen

Schützen kann man sich nur vor Gefahren, die man kennt. Deshalb ist eine Risikoanalyse für eine wirksame Katastrophenvorsorge unentbehrlich. Zusammen mit der lokalen Bevölkerung wurden die Gefahren und Risiken in allen zehn Gemeinden überprüft. „Wo sind in der Vergangenheit Fluten aufgetreten?“ und „Gibt es eine medizinische Versorgung?“ sind nur zwei Fragen, die dabei geklärt wurden.

Aber nicht nur Gefahren wurden bei der Analyse unter die Lupe genommen. Auch das Wissen um die Potenziale der Gemeinde im Katastrophenfall kann die Menschen besser schützen. So wurde gleichzeitig beispielsweise geprüft, wo fliehende Menschen Schutz finden, welche Straßen als Evakuierungsrouten dienen können oder wo sichere Wasserstellen sind.

Die Ergebnisse der Analyse wurden auf einer Karte festgehalten. So verfügt jede der zehn am Projekt teilnehmenden Gemeinden nun über eine Risikokarte, die die Bewohner jederzeit einsehen können, um Fluchtwege, Gefahrenzonen und sichere Orte zu kennen.

Katastrophenvorbeugung

Die Ergebnisse der Analyse wurden auch dem Geographischen Institut in Haiti zur Verfügung ge-

stellt, wo Experten die technischen Risiken in den Gemeinden überprüft haben. Aus den gewonnenen Informationen werden Maßnahmen entwickelt, um Katastrophen in Zukunft abzumildern oder gar zu verhindern. Für jede Gemeinde wurden bereits mindestens vier Maßnahmen erarbeitet. Beispielsweise wird aufgeforstet, um Bodenerosion vorzubeugen, es werden Kanäle gereinigt und Drainagen gebaut, damit der Niederschlag besser ablaufen kann. Gabionenwände – Mauern aus Drahtschotterbehältern – sollen dazu beitragen, dass Hänge gestützt werden.

Auch eine stabile Bauweise kann die Bevölkerung vor Katastrophen schützen. So schult das DRK Maurermeister in erdbeben- und sturmresistenten Techniken. Bis Mai 2012 wurden 30 Maurer ausgebildet.

Wissen schützt

Die richtige Vorbereitung auf eine Katastrophe mindert ihre Folgen. Für jede Gemeinde wird daher ein eigener Notfallplan entwickelt und mit dem Haitianischen Roten Kreuz sowie mit dem behördlichen Katastrophenschutz abgestimmt. Um den Betroffenen im Ernstfall die Orientierung zu erleichtern, werden Evakuierungsrouten, sicherere Orte sowie Gefahrenzonen gekennzeichnet. Durch Erste-Hilfe-Schulungen lernen die Menschen zudem, wie sie kleinere Verletzungen selbst versorgen können.

Damit die Bewohner wissen, wie sie sich im Notfall verhalten sollten und für Naturgewalten sensibilisiert werden, informiert das Rote Kreuz sie über die Katastrophenrisiken sowie Schutz- und Vorbeugungsmaßnahmen – etwa durch Radiospots, Videovorführungen, Flugblätter, Banner und SMS. Allein Anfang April 2012 hat das Rote Kreuz mit seiner Aufklärungskampagne rund 37.000 Menschen in Leogane erreicht. Beispielsweise wurden während der Übertragung von Fußballspielen über lokale Fernsehsender kurze Aufklärungs-Videos ausgestrahlt. Teil der Kampagne sind auch Theaterstücke, die von Freiwilligen aufgeführt werden.

Lokale Katastrophenhilfe-Experten

In jeder der zehn teilnehmenden Gemeinden bildet das DRK mindestens eine Katastrophenhilfe-Einheit aus. Diese lokalen Helfer lernen, wie sie die Menschen rechtzeitig warnen und für eine Evaku-

ierung mobilisieren können. Auch Rettungs- und Hygienemaßnahmen stehen auf ihrem Kursprogramm. Ihre komplette Ausrüstung erhalten die Helfer vom DRK.

Damit die Bewohner der Gemeinden ihre Kenntnisse festigen, führen die Katastrophenhilfe-Einheiten gemeinsam mit der Bevölkerung zum Abschluss des Projektes eine umfangreiche Evakuierungsübung durch. Früh übt sich

Im Katastrophenfall sind Kinder am meisten gefährdet. Um sie besser zu schützen, schult das DRK Lehrer. Sie lernen, wie sie ihre Schule sicherer gestalten, wie sie sich im Katastrophenfall am besten verhalten und eine medizinische Erstversorgung vornehmen können. Spezielle Unterrichtsmaterialien und Spielanregungen helfen den Lehrern, ihren Schülern das Thema altersgerecht nahezubringen.

Zudem wird für jede teilnehmende Schule ein Notfallplan entwickelt. Dazu werden sichere Orte und Evakuierungsrouten ermittelt und Evakuierungsabläufe festgelegt. In Evakuierungsübungen, die von dem Direktor, den Lehrern und ausgewählten Schülern durchgeführt werden, üben alle Beteiligten das Verhalten sowie die Abläufe im Katastrophenfall.

DIE JOHANNITER



Innovative Projekte zur Förderung des Ehrenamtes

Was bedeutet noch mal „supraventrikulär“? Kein Problem: Einfach eine Runde „Lewi’s Chase“ spielen und schon sind selbst schwierige Begriffe aus Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz geläufig wie das ABC.

Was bei Unfällen zu tun ist, lernen Grundschüler in Wittmund von älteren Schülerinnen und Schülern. Dabei können Sie nicht nur zusehen, son-

dern als Statisten das Szenario aktiv miterleben. Professionelle Maskenbildner unterstützen die „Rettungengel von Wittmund“ und sorgen für einen realistischen Anblick. Die zwei prämierten Projekte aus dem Verbandsleben der Johanniter zeigen Erfolg: Bereits 100 Kinder haben die „Rettungengel“ überzeugt. Sie engagieren sich inzwischen im Sozialen Lernstudio der Johanniter.

Die Rettungengel aus Wittmund

Blutbeschmiert liegt der Junge am Boden, neben ihm sein Fahrrad. Die Situation ist klar: ein Unfall, Erste Hilfe ist nötig. Wenn die Rettungengel solche Szenarien auf Schulhöfen durchspielen, ist ihnen die Aufmerksamkeit der Schüler gewiss. „Wir verbinden Erste Hilfe mit Action“, erklärt Jurij Ils, Leiter des Sozialen Lernstudios der Johanniter in Wittmund. Das 2007 gegründete Lernstudio ist mittlerweile bis über die Grenzen Ostfrieslands hinaus bekannt. Ziel der Einrichtung ist es, sozial benachteiligte Jugendliche zu fördern und so Bildungsbenachteiligung und Erziehungsdefiziten entgegenzuwirken. Routiniert demonstrieren die Rettungengel



Rettungengel im Einsatz.
(Foto: Jurij Ils)

ihrem jungen Publikum, wie man sich am Unfallort richtig verhält und Erste Hilfe leistet. Schüler, die mitmachen wollen, bekommen Rettungswesten und Handschuhe. Sie dürfen die Unfallstelle absichern, halten Zuschauer fern, reden beruhigend mit dem Verletzten.

„Das finden die ganz toll“, berichtet Ils, „davon erzählen sie noch eine Woche später, sagen uns die Lehrer.“ Die Rettungengel, das sind rund 20 Jugendliche von 13 bis 18 Jahren, die sich jeden Freitag im Sozialen Lernstudio treffen und dort ihre Auftritte vorbereiten. Zweieinhalb Jahre sind sie schon aktiv. Acht Grund- und Förderschulen im Umkreis von 20 Kilometern werden von der Gruppe bespielt. Regelmäßig präsentieren die Rettungengel dort mit zwei bis vier Teammitgliedern ein Unfallszenario mit Erste-Hilfe-Einsatz. „Die Idee dazu hatten unsere Jugendlichen selbst“, berichtet der Leiter des Lernstudios. „Sie wollten bei uns nicht nur eine Freizeitbeschäftigung finden. Da haben wir überlegt, wie sie sich im Sinne der Johanniter engagieren könnten.“ Die Geburtsstunde der Rettungengel. Ihr Engagement hat nicht nur die Schulleiter längst überzeugt. Beim Ehrenamtspreis „Helfende Hand 2011“ belegten die Rettungengel den zweiten Platz in der Kategorie „Nachwuchs- und Jugendarbeit“ und gewannen zusätzlich den Publikumspreis.

„Wir möchten, dass sich die Schüler in den Pausen sinnvoll beschäftigen“, erklärt Ils. Durch den Einsatz der Rettungengel werde speziell ihr soziales Verhalten gefördert. „Aber natürlich wollen wir als Johanniter auch Jugendliche für unsere Helferschaft gewinnen.“ Klappt gut: Die Hälfte der gut 200 Kinder und Jugendlichen, die im Sozialen Lernstudio gefördert werden, seien durch die Rettungengel dazu gestoßen, schätzt Ils. Und: Viele Schüler, die früher Zuschauer waren, gehören nun selbst zu den Rettungengeln.

Ein Lernspiel für Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz

„Du hast dich vergiftet. Gehe zum RTW.“ Darüber stiert ein grün angelaufener Kopf. Sandra Lötte lacht. „Das ist eine der Notfallkarten bei Lewi's Chase“, erklärt die stellvertretende Regionalausbildungsleiterin im RV Östliches Ruhrgebiet. Spaß muss schon dabei sein, wenn das Lernspiel für eine schnelle Runde im Dortmunder Rettungsteam ausgepackt wird. „Lernen ist viel einfacher, wenn man es mit spielerischen Elementen verbindet“ sagt Lötte. Rettungsdienstler und Helfer im Bevölkerungsschutz müssen viel wissen, um im Notfall schnell und richtig handeln zu können. Da kann es nicht schaden, dachte sich die kreative 40-Jährige, wenn dieses

Wissen von Zeit zu Zeit aufgefrischt wird. Dafür wäre ein Spiel doch prima geeignet.

Lötte fackelte nicht lange und legte los. Eigenhändig fertigte sie nach und nach 860 Wissenskarten an. Auf der einen Seite steht jeweils ein Fachbegriff aus dem Sanitäts- und Rettungsdienst, auf der anderen Seite die Erklärung. Dazu gestaltete sie ein Spielbrett mit verschiedenen Aktions- und Notfallfeldern, legte die Regeln fest und versah das Ganze, versteht sich, mit dem Logo der JUH. Fehlte nur noch ein Name für das Lernspiel. „Nach vielen Ideen bin ich einfach beim Sinnvollsten geblieben“, berichtet Lötte: „LE für Lernkarten, WI für Wissen und Jagd heißt auf Englisch ‚Chase‘. Ergibt zusammen ‚Lewi’s Chase‘, die Jagd nach Wissen.“

Damit sowohl Anfänger als auch Fortgeschrittene beim Spielen ihren Spaß haben, sind die Lernkarten in drei Schwierigkeitsstufen unterteilt. In Stufe eins gilt es Begriffe wie „Injektion“ erklären zu können, in Stufe zwei geht es bereits um „Regurgitation“, in Stufe drei kommt dann zum Beispiel die „Antipyrese“ ins Spiel. Da geraten selbst die ver-

der Johanniter 4.500 Euro. Verwendet werden soll das Geld, um eine Vision Wirklichkeit werden zu lassen: „Das Schönste wäre, wenn Lewi’s Chase‘ in Serie gehen würde“, sagt Sandra Lötte. „Spielend lernen wollen schließlich nicht nur die Retter in Dortmund“.

Frank Markowski / Verena Götze



Malteser

... weil Nähe zählt.

„Damit sind wir technisch an der Spitze“

Mit LUMIS vollziehen die Malteser einen Quantensprung in der Einsatzsteuerung

Am 23. September 2011 hält Papst Benedikt XVI. eine Marianische Vesper in Etzelsbach. 90.000 Teilnehmer pilgern teils kilometerlange Strecken von der als Busparkplatz dienenden Autobahn zur Marienkapelle. Bei der Heimfahrt fehlt ein Teilnehmer in einem Bus. Als die Polizei die Malteser Einsatzleitung nach dem Pilger fragt, kann diese anhand seines Namens sofort Auskunft geben: Er ist in einer der acht Unfallhilfsstellen der Malteser behandelt worden und hat sich wohl verlaufen, denn diese UHS liegt nicht unbedingt in der Nähe des wartenden Busses. Der Grund, warum die Einsatzleitung mit dieser Auskunft für ein gutes Ende auch dieser Pilgerschaft sorgen kann, lässt sich mit fünf Buchstaben ausdrücken: LUMIS.

Dieses digitale Führungsunterstützungssystem – LUMIS steht für das Lenkungs-, Unterstützungs-, Management- und Informationssystem des Unternehmens Euro-DMS – stellt die dezentralen Einsatzdaten in Echtzeit der Einsatzleitung und anderen Beteiligten, sofern sie sie brauchen, zur Verfügung. Dabei geht es nicht nur um eine – auch ge-



Lewis-Chase.
(Foto: Ilka Grosse)

siertesten Rettungsdienstler schon mal ins Schwitzen. „Natürlich brauchte ich auch Testspieler“, erinnert sich Lötte schmunzelnd: „Ich habe einfach meine Kollegen in der Dortmunder Rettungswache gefragt. Die haben begeistert mitgespielt und immer wieder eigene Ideen eingebracht.“ So wurde „Lewi’s Chase“ Runde für Runde optimiert – bis Ende 2011 ein unverhoffter Erfolg das Projekt krönte: Beim Ehrenamtspreis „Helfende Hand“ belegte das Lernspiel den zweiten Platz in der Kategorie „Innovative Konzepte“. Als Preisgeld erhielten die Dortmun-

richtlich verwertbare – Einsatzdokumentation, sondern auch um die Verwaltung der Einsatzkräfte, die Disposition und Alarmierung der Rettungsmittel und – wie gesehen – die Registrierung der Notfallbetroffenen bis hin zu einer Klassifizierung der



Rolf Schmidt weiß als erfahrene Führungskraft die Vorteile von LUMIS zu schätzen.
(Foto: Karolina Kasprzy)

behandelten Notfälle selbst. Das wiederum macht eine Lagebewertung und entsprechende Maßnahmen mit hoher Aktualität möglich, etwa wenn es um Einsätze bei großer Hitze oder anderen Stressfaktoren geht.

„Wichtig ist uns, dass wir mit LUMIS ein nicht nur schnelles, sondern auch sicheres System zur Nachrichtenübermittlung haben“, sagt Rolf Schmidt, Referent für Katastrophenschutz und Psychosoziale Versorgung im Generalsekretariat. „Mit den in Echtzeit kumulierten Daten können wir beispiels-

weise beim Kölner Karneval aktuell und ohne zusätzlichen Aufwand die Anzahl der Schnittverletzungen angeben oder bei einem mehrtägigen Open-Air-Festival anhand von sich häufenden Durchfall-Erkrankungen frühzeitig auf Gefahrenquellen in der Essensversorgung hinweisen“, berichtet der 42-jährige Rettungsassistent als erfahrene Führungskraft.

Dieses Führungsunterstützungssystem ist ein großer Schritt der Malteser in der Einsatzsteuerung. „Das bringt uns technisch an die Spitze“, freut sich Rolf Schmidt. Nach der Erprobung in Großeinsätzen ist LUMIS jetzt auch für Einsätze vor Ort verwendbar. Doch ohne Übung geht es auch hier nicht. Schmidts Tipp: „Ein regelmäßiger Umgang mit dem System erleichtert die Handhabung enorm!“

Christoph Zeller



Sicherheitsexperten aus aller Welt beim ABC-Zug München-Land

Ende Juli erhielt der ABC-Zug München-Land hochrangigen internationalen Besuch: Etwa siebzig Teilnehmer des Seminars „Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen/Terrorismus“ am George C. Marshall Center für Sicherheitsstudien informierten sich bei den Münchner Katastrophenschützern über die Einsatzmöglichkeiten des deutschen Bevölkerungsschutzes. Offiziere und Beamte der Gefahrenabwehrbehörden aus zwanzig Ländern waren im Katastrophenschutzzentrum des Landkreises München zu Gast.

Zunächst stellten ihnen Führungskräfte des ABC-Zuges die Aufgaben des deutschen Bevölkerungsschutzes im Allgemeinen und die des ABC-

LUMIS beim Katholikentag 2012 in Mannheim

Der Einsatz

- 1 Gesamteinsatzleitung
- 5 Einsatzabschnitte incl. Fahrdienst und Helferunterkunft
- Bis zu 15 Sanitätsstationen gleichzeitig
- 450 Helfer /14 Ärzte
- 134 Einsatzfahrzeuge
- 440 Patienten, von denen 229 ärztlich versorgt wurden
- 47 Patiententransporte

Die Technik

- über 80 eingesetzte Notebooks
- 44 zeitgleich an diversen Einsatzstellen über LUMIS vernetzt
- 9 Beamer
- 16 temporäre DSL-Leitungen
- 12 UMTS Datenverbindungen
- 1 Sat-Kom-DSL-Anlage
- 1,5 Kilometer Ethernetkabel
- 65 Mobiltelefone
- 16 ortsfeste Fernsprech-Anschlüsse



Teilnehmer des Seminars „Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen/Terrorismus“ am George C. Marshall Center für Sicherheitsstudien.
(Foto: George C. Marshall Europäisches Zentrum für Sicherheitsstudien)

Zuges München-Land im Besonderen vor. Die Schwerpunkte bildeten Einsatzmöglichkeiten nach tatsächlichen oder vermeintlichen terroristischen Anschlägen. Im allgemeinen Teil wurden ausführlich die Aufgaben der Analytischen und der Medizinischen Task Forces und der Zentralen Unterstützungsgruppe des Bundes für gravierende Fälle nuklearspezifischer Gefahrenabwehr vorgestellt. Der Vortrag zum ABC-Zug München-Land widmete sich unter anderem Einsatzerfahrungen der Münchner Regieeinheit bei Verdachtsfällen bioterroristischer Anschläge. Die Sicherheitsexperten informierten sich eingehend über die Bundesausstattung zur Dekontamination von Personen und die Ergänzung des Freistaats Bayern zur Verletzten-Dekontamination. Helferinnen und Helfer in der jeweiligen Schutzbekleidung gestalteten die Präsentation besonders realistisch.

In ihren Nachfragen zeigten die Teilnehmer vor allem Interesse am Zusammenspiel der Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in einem gemeinsamen Hilfeleistungssystem für den Bevölkerungsschutz. Für Erstaunen sorgte bei den Besuchern aus Ländern von Swaziland bis zu den USA aber eine andere Besonderheit des deutschen Bevölkerungsschutzes, nämlich die Tatsache, dass der Großteil der Hilfe nach Unglücksfällen von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geleistet wird. Das besondere Interesse der Sicherheitsexperten galt dem ABC-Erkundungskraftwagen sowie der technischen Ausstattung und den damit verbundenen ein-

satztaktischen Möglichkeiten: Mehrere der hochrangigen Beamten und Offiziere sind in ihren Heimatländern an der Planung ähnlicher Fahrzeuge beteiligt und an Kooperationen interessiert.

Umgekehrt konnten die Führungskräfte und Spezialisten des ABC-Zuges durch den Besuch einen besonderen Blick über ihren Tellerrand werfen: In den Gesprächen stellten die Gäste einige Details aus Sicht militärischer und nachrichtendienstlicher Möglichkeiten der Abwehr von Terrorismus und Angriffen mit Massenvernichtungswaffen dar. Der stellvertretende Leiter des ABC-Zuges München-Land, Stefan Sellmeier, machte in seinen Schlussworten für die deutsche Seite deutlich: „Die Vorbereitung auf Einsätze bei terroristischen Ereignissen gehört spätestens seit dem 11. September 2001 in den Ausbildungsplan jeder Einheit der zivilen Gefahrenabwehr.“

Das George C. Marshall Europäisches Zentrum für Sicherheitsstudien wird von den Verteidigungsministerien Deutschlands und der USA gemeinsam betrieben. Es zählt zu den wichtigsten Einrichtungen zur Ausbildung staatlicher Sicherheitsexperten in Europa. Seinen Sitz hat es in Garmisch-Partenkirchen. Das zweiwöchige Seminar „Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen/Terrorismus“ beinhaltete für die Teilnehmer sowohl die völkerrechtlichen, politischen und naturwissenschaftlichen Aspekte als auch Technik und Taktik in der Vorbeugung und Abwehr von Anschlägen und Angriffen mit Massenvernichtungswaffen.

Der ABC-Zug München-Land ist die Katastrophenschutz-Einheit des Landkreises München für Einsätze mit atomaren, biologischen und chemischen Gefahrstoffen. Die ehrenamtlichen Helfer stehen rund um die Uhr bereit, um im gesamten Landkreis und den angrenzenden Gebieten tätig zu werden. Schwerpunkte der regelmäßigen Einsätze sind die Autobahnen, Industriestandorte und Forschungszentren des Münchner Umlandes. Standort der Einheit ist Haar bei München.

Oliver Meisenberg

Japanisch-Deutscher Informationsaustausch im Katastrophenschutz

Das Japanisch-Deutsche Zentrum Berlin (JDZB) veranstaltete am 10. September 2012 in Zusammenarbeit mit der Vereinigung für internationale Katastrophenhilfe e. V. in Berlin eine Fachtagung zum japanisch-deutschen Austausch im Katastrophenschutz, an der rund 100 Repräsentanten aus Wissenschaft, Forschung, Politik sowie Vertreter von Katastrophenschutzorganisationen und Behörden teilnahmen. Als Referent und Moderator der Fachtagung war auch der Bundesvorsitzende der ARKAT und ehrenamtliche Präsident des Deutschen Schutzforums, Klaus-Dieter Kühn, zu der Veranstaltung eingeladen worden. Seine Expertise war während des Fachsymposiums gleich in mehrfacher Hinsicht gefragt. So ist er an der TU Braunschweig als Geschäftsführer des Netzwerkes ForschungRegion Braunschweig mit Fragen der Sicherheitsforschung sowie in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Deutsch-Japanischen Gesellschaft auch mit der japanischen Kultur besonders vertraut. Der Botschafter Japans, Takeshi Nakane, betonte in seinem Grußwort die Bedeutung der internationalen Katastrophenhilfe zur Bewältigung der Folgen des schweren Erdbebens vom 11. März 2011 im Osten Japans und dankte für die vielfältige internationale Unterstützung gerade auch aus Deutschland. „So sei es Ergebnis der „World Ministerial Conference on Disaster Reduction „ in Tohoku, im Juli dieses Jahres gewesen, in Japan die Maßnahmen für den Katastrophenschutz auszubauen, um so eine „wider-

standsfähige Gesellschaft“ zu schaffen, die besser gegen Naturkatastrophen gewappnet ist.“ Themen der Berliner Tagung waren u. a. die von deutschen und japanischen Regierungsvertretern vorgetragene Sichtweisen zur Verbesserung der internationalen Katastrophenhilfe, Beiträge der Wissenschaft und Forschung im Bereich der Katastrophenvorsorge und deren Bewältigung, ergänzt durch Fachvorträge zu Beispielen des Katastrophenmanagements auf kommunaler Ebene in Deutschland. Eindrucksvoll war die Schilderung der Einsätze von Feuerwehren, Verteidigungsstreitkräften und japanischem Roten Kreuz nach dem verheerenden Tohoku-Erdbeben vom März 2012. So referierte der Feuerwehrchef der Metropole Tokyo, Yoshio Kitamura, über Erfahrungen und Herausforderungen für das Tokyo Fire Department. Über das Ausmaß der Tsunamis Schäden und die Erfahrungen aus den Feuerwehreinsätzen in Sendai und Fukushima berichtete der Chef der Feuerwehr Sendai, Katsunori Numakura. Abschließend stellte der Direktor der Katastrophenschutzabteilung im japanischen Innenministerium, Yasuyuki Suzuki, notwendige Veränderungen seitens seiner Behörde in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Kühn beschrieb in seinem Beitrag die integrierten Organisations- und Managementstrukturen der behördlichen Katastrophenhilfe im föderalen Bundesstaat und skizzierte die künftigen Herausforderungen für den Zivil- und Infrastrukturschutz in Deutschland. Mit Professorin Akiko Yamana, Mitglied des japanischen Parlamentes und frühere Vize-Außenministerin, die an der Cambridge University die Friedens- und Konfliktforschung vertritt, war er sich in der Diskussion darüber einig, die Kooperation deutscher und japanischer Universitäten auf dem Gebiet der Sicherheits- und Katastrophenforschung zu intensivieren. Im Anschluss an das Fachsymposium wurde die japanische Delegation von Bundestagspräsident Norbert Lammert im Deutschen Bundestag empfangen.

Expertennetzwerk „Risikomanagement-Bau“ eingerrichtet

Mit einer Auftaktveranstaltung am 24. und 25. September 2012 nahm an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) das Expertennetzwerk „Risikomanagement-Bau“ seine Arbeit auf. Unter der Lei-

weit die Verbindung mit dem baulichen Bevölkerungsschutz diese Mitwirkung erfordert oder sinnvoll erscheinen lässt. Begleitet von Wissenschaft, Forschung und Praxis soll der Schutz von Menschen, Sachwerten und von gesellschaftlichen Einrichtungen verbessert werden. Das Netzwerk soll dauerhaft als weit reichendes Kompetenzgremium des Baulichen Bevölkerungsschutzes etabliert werden. Im Zuge der Gründungsveranstaltung wurden bereits erste Arbeitsaufträge formuliert, die sich ins-

besondere um das Segment Städtebauliche Risikoanalysen, Nutzung von Flucht- und Rettungswegen unter Extrembedingungen, Erdbbensicherheit von Gebäuden und die psychologische Komponenten bei der Planung von Flucht- und Rettungswegen ranken.

Die Mitglieder des Netzwerkes, dessen Geschäftsstelle im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe eingerichtet ist, werden – so die Planung – in der Zukunft in regelmäßigen Arbeitstreffen zusammenkom-

men, um dem Baulichen Bevölkerungsschutz Richtung weisende Impulse, technische Empfehlungen und Vorschläge zur Weiterentwicklung des nationalen und internationalen Normungswesens und administrativer Vorschläge zu geben.

Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) ausgezeichnet

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern Dr. Ole Schröder zeichnete am 18. August 2012 im Rahmen des „Tag der offenen Tür“ des BMI in Berlin die Mitwirkenden der Koordinierungsstelle NOAH für ihre herausragenden Leistungen in der psychosozialen Unterstützung von



Das Expertennetzwerk Bau hat seine Arbeit aufgenommen.
(Foto: BBK)

tung der Projektgruppe BauProtect im BBK trafen sich zahlreiche Vertreter aus der Bauwirtschaft, aus Hochschulen und Universitäten, aus Instituten und Mitarbeiter von Fachbehörden zu einem ersten Meinungsaustausch.

Das neu gegründete Netzwerk, dessen Hauptthema der bauliche Bevölkerungsschutz und der bauliche Schutz Kritischer Infrastrukturen ist, soll das Expertenwissen als Vorbereitung interdisziplinärer Entscheidungsprozesse und Handlungsstrategien vernetzen und damit ein weiteres nachhaltiges Instrument zukunftsweisender Innovationen werden. In diesem Netzwerk werden alle Fachrichtungen des Bauwesens, Aspekte des Städtebaues, Fragen des baulichen Risikomanagements für aktuelle und latente Gefährdungen, aber auch Disziplinen wie Soziologie, Psychologie und Medizin mitwirken, so-

Betroffenen und ihren Angehörigen nach schweren Unglücksfällen und Katastrophen im Ausland aus. Schröder dankte allen NOAH-Mitwirkenden für das hohe Engagement und für die effektive Vernetzungsarbeit innerhalb der Bundes- und Landesbehörden sowie mit Anbietern psychosozialer Dienste. Stellvertretend für das zehnköpfige Team nahm die Leiterin der Koordinierungsstelle NOAH, Dr. Jutta Helmerichs, die Auszeichnung entgegen. Geehrt wurden auch die 17 Kolleginnen und Kollegen aus anderen Abteilungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), die bei größeren Einsätzen die Koordinierungsstelle als Verstärkungskräfte unterstützen. Die besondere



(v.l.n.r.: Dr. Ole Schröder (BMI), BBK-Präsident Christoph Unger, (KIT) München und Notfallseelsorger Dr. Andreas Müller-Cyran, Dr. Jutta Helmerichs, Leiterin NOAH BBK)
(Foto: BBK)

Auszeichnung des Innenministeriums ging nicht zuletzt an all die Notfallseelsorger und Kriseninterventionsdienste in Deutschland, die NOAH seit Jahren als externe Experten – und dabei ehrenamtlich – zur Verfügung stehen. Stellvertretend für sie alle nahm Dr. Andreas Müller-Cyran, Notfallseelsorger und Begründer und fachlicher Leiter des Kriseninterventionsteams (KIT) München die Ehrung entgegen. Die Koordinierungsstelle NOAH entstand Ende 2002 in Zusammenhang mit den Anti-Terror-Maßnahmen der Bundesregierung nach dem 11. September 2001. Sie ist beim BBK in Bonn eingerichtet. Das psychosoziale Unterstützungsangebot von NOAH richtet sich an Bundesbürger, die im Ausland durch Terroranschläge oder schwere Unglücksfälle, Evakuierungen und Geiselnahmen zu Schaden gekommen sind, sowie an deren Angehörige. Die Ko-

ordinierungsstelle bearbeitet jährlich etwa 20 Einsätze unterschiedlicher Größenordnung. Ein schweres Unglück der jüngsten Vergangenheit, das NOAH bis heute beschäftigt und bei dem 12 Deutsche zu Tode kamen und 566 teilweise erheblich verletzte Bundesbürger evakuiert werden mussten, ist die Havarie des Kreuzfahrtschiffs Costa Concordia vor der Küste der italienischen Insel Giglio im Januar dieses Jahres.

Standorte für das Projekt ATF festgelegt

Im Ausstattungskonzept des Bundes, erarbeitet gemeinsam mit den Ländern, sind zu der bereits bestehenden Analytischen Task Force (ATF) für chemische Gefahrenlagen zusätzlich Spezialfähigkeiten für biologische Gefahren vorgesehen.

Mit der Benennung von Essen und Berlin als Standorte für das Pilotprojekt ATF-B macht das BBK einen wichtigen Schritt hin zur der Verwirklichung dieser Ressource. Eine der Kernaufgaben des Pilotprojektes ATF-B ist es, die künftige Zusammenstellung der Geräte, Labors und Fahrzeuge zu identifizieren. Die Task Force Biologie soll in der Lage sein, mobil immunologische und molekularbiologische Nachweise vor Ort durchzuführen. Dazu sollen in der Projektlaufzeit verschiedene Geräte erprobt und zu-



Übungsszenario mit BiGRUDi (Biologische Gefahrenlagen: Risikobewertung Detektion und ultraschnelle Identifikation von bioterroristischen Agenzien)
(Foto: BBK)

sammengestellt werden. Der Fahrzeugbedarf ergibt sich anschließend aus dem erforderlichen Equipment (Geräte und Zubehör).

8. Europäischer Bevölkerungsschutzkongress

Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich eröffnete am 18. September 2012 den zweitägigen Fachkongress für Katastrophen-, Zivilschutz und zivilmilitärische Zusammenarbeit in Anwesenheit von Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport der Schweiz, hochrangigen Experten und Interessenten aus dem In- und Ausland. BBK-Präsident Christoph Unger und THW-Vizepräsident Gerd Friedsam stellten das Programm vor. Schwerpunktthemen in den Fachforen waren: Aktuelle Forschung zum Schutz der Zivilbevölkerung, Herausforderung Katastrophenvorsorge bei den Unternehmen, Politische Maßnahmen für eine erfolgreiche zivilmilitärische Zusammenarbeit und Social Web: „Die Kommunikation der Krise und die Krise der Kommunikation“. Bundesinnenminister Dr. Friedrich hob die Bedeutung des Ehrenamtes im Bevölkerungssystem hervor und warb bei den Arbeitgebern um die Akzeptanz der ehrenamtlichen Tätigkeit in den jeweiligen Betrieben. Im Hinblick auf

das EU-Gemeinschaftsverfahren und die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten seien aus deutscher Sicht drei Punkte wichtig: Subsidiarität und Eigenverantwortung eines jeden Mitgliedstaates und die Solidarität. Dr. Friedrich wies noch darauf hin, dass Deutschland inzwischen mit allen seinen Nachbarn Hilfeleistungsabkommen für den Fall von Katastrophen und Unglücksfällen geschlossen hat. Hier lobte er insbesondere die bisherige Zusammenarbeit mit der Schweiz.

Erste Gerätewagen Sanität übergeben

Hochwertige medizinische Geräte, eine sechs Kräfte starke Besatzung sowie die Möglichkeit tages- und jahreszeitenunabhängig zu operieren sind nur einige Fakten, die für die enorme Leistungsfähigkeit des Gerätewagen Sanität sprechen. Jeweils sieben der modernen GW San wurden jetzt durch den Präsidenten des BBK Christoph Unger an den beiden Pilotstandorten der Medizinischen Task Force in Kassel und Mainz übergeben.



Übergabe der ersten Gerätewagen Sanität durch BBK-Präsident Christoph Unger im Bestückungslager Dransdorf.
(Foto: Dieker / BBK)

Sichere Fußball-Weltmeisterschaft 2014 in Brasilien

Vom 14. bis 18. September 2012 diskutierten in Bad Neuenahr-Ahrweiler rund 30 brasilianische Führungskräfte mit deutschen Experten über die Sicherheit bei Großveranstaltungen.

Anlass ist die Fußball-Weltmeisterschaft (WM) 2014, deren Gastgeber Brasilien sein wird. Die deutschen

Experten stammten aus den deutschen WM-Städten aus der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr, sowie aus städtischen Gesundheitsämtern. Von brasilianischer Seite waren die lokale und bundesstaatliche Ebene vertreten. Den fünftägigen Workshop veranstaltete die Arbeitsgruppe „Bevölkerungsschutzrelevante Aspekte von Großveranstaltungen“ (AG BAG) des BBK gemeinsam mit Engagement Global und der AGBF.



Deutsche und Brasilianer tauschten Erfahrungen zur Sicherheit aus.
(Foto: Dieker/BBK)

IMPRESSUM

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK),
Provinzialstraße 93, 53127 Bonn
Postfach 1867, 53008 Bonn
redaktion@bbk.bund.de
<http://www.bbk.bund.de>

Erscheint im Februar, Mai, August und November
Redaktionsschluss ist jeweils der 1. Werktag des Vormonats.

Redaktion:
Ursula Fuchs (Chefredakteurin), Tel.: 022899-550-3600
Nikolaus Stein, Tel.: 022899-550-3609
Margit Lehmann, Tel.: 022899-550-3611
Petra Liemersdorf-Strunk, Tel.: 022899-550-3613

Layout: Nikolaus Stein

Abo-Verwaltung: margit.lehmann@bbk.bund.de

Druck, Herstellung und Vertrieb:
BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag
Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn
Postfach 1280, 33042 Paderborn
Tel.: 05251-153-0
Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Heute: Burg Eppstein, Hessen



Am Rande des rhein-mainischen Ballungsgebietes im Vortaunus erhebt sich über Alt-Eppstein die überwiegend ruinöse Burg Eppstein. Erstmals wurde sie im Jahre 1122 urkundlich als „Ebbensten“ (Ebbos Stein) erwähnt. Seit dem 12. Jahrhundert bewohnte die Hochadelsfamilie der Herren von Eppstein (als Mainzer Erzbischöfe bestimmten sie die Reichspolitik mit) die Festung. Aus einem finanziellen Engpass heraus mussten die Herren von Eppstein im Jahre 1492 eine Hälfte der Burg an die Landgrafen von Hessen verkaufen. Diese bauten bis zum Jahr 1600 ihren westlichen Teil der Burg schlossartig aus. Im Jahre 1535 lebte keiner mehr der Herren von Eppstein und die noch verbliebene östliche Burghälfte fiel an die Grafen zu Stolberg-Wernigerode und später dann im Jahre 1581 an das Kurfürstentum Mainz. Bei der Neuordnung Deutschlands im Jahre 1803 kam Eppstein an den Herzog von Nassau. Er und ein späterer Besitzer ließen die Burg zwischen 1804 und 1823, bis auf einen Flügel in der Osthälfte, stilllegen, weil sie anscheinend nicht mehr zu verwenden war. Die Ruine verfiel zusehens und erst 1905 fanden erste Sanierungsarbeiten statt. 1908 gründete man das Burgmuseum in der einzigen voll erhaltenen Baugruppe, bestehend aus einem herrschaftlichen Wohnbau und einem Wirtschafts- und Wohngebäude. Die Fürsten zu Stolberg-Wernigerode, die zwischenzeitlich die Festung wieder erworben hatten, schenkten 1928 der Stadt Eppstein die Burg. Diese erhält und nutzt seitdem das Kulturdenkmal mit Unterstützung vom Main-Taunus-Kreis, dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Banken und Vereinen und mit besonderer Unterstützung des Burgvereins Eppstein. Von 1995 bis 1998 wurden diese Wohn- und Wirtschaftsgebäude aufwändig saniert. In den Jahren zwischen 1998 und 2002 gestaltete man die dort befindliche Dauerausstellung im Hauptbau komplett neu. Im Burgmuseum wird die 1000-jährige Geschichte dieses bedeutsamen Kulturdenkmals interessant dargestellt. Von der Ritter-



Burg Eppstein auf einem Bergausläufer im Vortaunus.
(Foto: Matthias Mittenentzwei / pixelio)

rüstung führt die Zeitreise bis zur romantischen Ruinenbegeisterung. Zudem finden heute viele öffentliche und private Veranstaltungen statt. Die bekannteste Veranstaltung sind die im Jahre 1913 gestarteten Burgfestspiele, das älteste sommerliche Freilichttheater im Rhein-Main-Gebiet.

Internetseite: www.eppstein.de

ml



Risikokommunikation – oft missverstanden als einseitige Übermittlung von Informationen und manchmal auch Verhaltensregeln – sollte anlassunabhängig das Bewusstsein schärfen für bestehende Risiken und im Idealfall Bereitschaft und Fähigkeit zu eigenverantwortlichem Handeln und zur Selbsthilfe stärken. Verschiedene Aspekte der Risikokommunikation bilden den Themenschwerpunkt dieser Ausgabe (S. 2 bis S. 22).

(Foto oben: M. E. / pixelio;
Titelfoto: Gerd Altmann / pixelio)